



*Die Kommunistische  
Internationale*

1925 / HEFT 8

1,50 MARK

**AUS DEM INHALT**

H. Waletzki: Zum Marseiller Kongress der II. Internationale / Jay Lovestone: Der amerikanische Imperialismus  
W. Kolarow: Die sozialen Grundlagen des Zankowregimes  
L. Donski: Stabilisierung oder Revolution / Bibliographie

**VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER**

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW  
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925  
Heft 8 August

## I N H A L T

	Seite
H. Waletzki: Zum Marseiller Kongress der II. Internationale . . . . .	825
A. Martynow: Die Verschwörung der britischen Imperialisten gegen die U. S. S. R. . . . .	842
Jay Lovestone: Der amerikanische Imperialismus . . . . .	858
W. Ulbricht: Zur Methode der Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen . . . . .	867
S. Erkner: Britischer Protektionismus . . . . .	876
W. Kolarow: Die sozialen Grundlagen des Zankowregimes . . . . .	883
L. Donski: Stabilisierung oder Revolution . . . . .	897
N. Lenzner: Der erste Parteitag der Bolschewiki . . . . .	906
M. T.: En Tsung Yen, die Politik der offenen Tür . . . . .	919
B. L.: Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie . . . . .	924
Denij: Zeichnung	

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 1,50
Quartal . . . . .	4,50
Halbjahr und Register . . . . .	9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Partei-Kolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Hamburg 24 227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45 547

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

H. WALETZKI:  
ZUM MARSEILLER KONGRESS  
DER II. INTERNATIONALE  
(Sozialistische Arbeiter-Internationale)

Die Internationale der Minister

Im Statut der in Hamburg 1922 wiedererweckten II. Internationale ist in dem Kapitel „Über das Exekutiv-Komitee“, nach einer Reihe von Punkten, die Zusammensetzung und sonstiges Technische der Organisation dieser Instanz behandeln, ein sehr origineller Punkt, der 15., vorhanden. Dieser lautet: „Beim Eintritt eines Exekutivmitgliedes in ein Ministerium erlischt automatisch seine Mitgliedschaft in der Exekutive. Nach dem Austritt aus der Regierung ist die Wiederwahl in die Exekutive sofort (!) wieder möglich.“

Der Referent zur Statutenfrage im Plenum des Hamburger Kongresses, Friedrich Adler, hat den Motiven und der Auslegung dieses Punktes folgende Worte gewidmet: „. . . Wir wissen, daß noch eine Reihe großer Probleme zwischen uns offen sind und daß wir auf diesem ersten Kongreß nach so vielen Jahren die Probleme der Landesverteidigung und der Koalitionsregierung beim besten Willen nicht gleich lösen können. Das sind zukünftige Aufgaben. In diesem Zusammenhang will ich auf Punkt 15 des Statuts hinweisen, der schon allerlei Mißdeutungen erfahren hat und der besagt, daß, wenn jemand Minister wird, er damit automatisch seine Mitgliedschaft in der Exekutive verliert und erst wieder eintreten kann, wenn er aufgehört hat, Minister zu sein. Diese Bestimmung bedeutet weder eine Anerkennung noch eine Ablehnung von Koalitionsregierungen, sie ist nur eine praktische Maßnahme, um die Exekutive der neuen Internationale von dem Problem des Ministerialismus zu verschonen.“ . . . (S. 49/50 des Protokolls.)

Es läßt sich schwer etwas Ungeheuerliches und dabei Dümmeres an Heuchelei vorstellen als diese Sätze. Natürlich war für alle in Hamburg damals versammelten Parteien die Frage der Teilnahme an bürgerlichen Regierungen durchaus keine „offene“ mehr, sondern durchaus im bejahenden Sinne entschieden, einschließlich der Partei Adlers selber, der österreichischen Sozialdemokratie, die das Rückgrad der Zweieinhalb-Internationale gewesen und die an der klerikal-sozialistischen Regierung 1918—1920 beteiligt gewesen war.

Von den auf jenem Kongreß vertretenen Parteien hatten die Parteien aus folgenden Ländern vor dem Kongreß an Koalitions- und sonstigen bürgerlichen Regierungen teilgehabt: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Armenien (Daschnaken-Partei), England, Estland, Frankreich, Georgien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rußland, Schweden, Tschechoslowakei, Ukraine (Ukr. Soz.-Dem. Arb.-Partei), Ungarn — kurz alle, mit Ausnahme der wenigen, die die Bourgeoisie bisher noch nicht in die

Ministerien hineinnahm. Gut die Hälfte der in Hamburg gewählten Mitglieder der ersten Exekutive bestand aus ehemaligen, aber durchaus nicht reumütig zerknirschten Ministern: an ihrer Spitze Vandervelde und Hermann Müller (die beide den Versailler Vertrag unterschrieben hatten, der eine im Namen der Sieger, der andere namens der Besiegten), sowie Otto Bauer, Branting, Zeretelli.

Allerdings waren im Zeitpunkte der Sitzung des Hamburger Kongresses nur die tschechoslowakischen Sozialdemokraten in einem Koalitionsministerium vertreten; aus den übrigen Ministerien waren sie entweder schon hinausgejagt oder hatten sich daraus noch vorher rechtzeitig fortgemacht. Es war das der Zeitpunkt, wo, wie es schien, die internationale Bourgeoisie den Kurs auf den Faschismus zusteuerte und noch nicht alle die kommende kurze „demokratisch-pazifistische Ära“ voraussahen. Vandervelde hielt es damals für nützlich, hin und wieder Artikel zu schreiben, die beweisen sollten, daß („vielleicht“) die Periode einer „partiellen Beteiligung der Arbeiterklasse an der Staatsmacht vorüber sei“ und daß („vielleicht“) die Arbeiterklasse erst wieder zur Macht gelangen wird, um sie dann ganz zu ergreifen. In seinem Hamburger Kongreßreferat hielt Vandervelde es für nützlich, zu erklären:

„So sehen wir, daß es Regierungen des Faustrechtes und Regierungen aus Geschäftsleuten gibt. Auf der einen Seite gibt es einen Mussolini, auf der anderen Seite einen Theunis in Belgien, einen Cuno in Deutschland und auch einen Poincaré in Frankreich, der ja in vielen großen (Aktien-)Gesellschaften sitzt. So sehen wir, daß die Regierungen sich gegenwärtig zusammensetzen aus Bankchefs und Bandenchefs.“

(Das war im Mai 1923. Ende Juni 1925 erklärte Vandervelde, Außenminister im neugebildeten klerikal-sozialistischen belgischen Kabinett, daß er die Kontinuität der belgischen Außenpolitik wahren, d. h. also die Politik seiner Vorgänger, der „Banken- (und Banden-) Chefs“ fortsetzen werde.)

Allein, sogar schon zur Zeit des Hamburger Kongresses der SAI, in einem Moment ungünstiger Konjunktur für die Koalitionsgeschäfte, zweifelte niemand daran, daß die Chefs der Sozialdemokratie sich kopfüber in die Umarmung der „Bankchefs und Bandenchefs“ stürzen würden, sobald sich die leiseste Möglichkeit dazu böte. — Im Zeitraum zwischen dem Hamburger Kongreß und heute befanden sich in bürgerlichen Regierungen und traten wieder daraus aus: die deutschen (Hilferding, Sollmann usw. — September-Oktober 1923); die englischen (Labour-Regierung 1924); die bulgarischen („weitherzigen“) Sozialdemokraten (diese nach dem Zankow-Umsturz im Juni 1923).

Im Zeitpunkt der Einberufung des jetzt bevorstehenden Kongresses der II. Internationale („Soz. Arb.-Intern.“) in Marseille befinden sich Sozialdemokraten in bürgerlichen Ministerien in folgenden Ländern: Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Schweden, Estland, Australien. In einer Reihe anderer Länder, vor allem in Frankreich, bilden die Sozialdemokraten Bestandteile parlamentarischer Koalitionen und Blocks und ermöglichen so als Stützpunkte das Bestehen der betreffenden Regierungen.

Man sollte meinen, daß in dem ganzen Zeitabschnitt von Hamburg bis Marseille die II. Internationale genügend praktische Erfahrung gesammelt hätte zur Vorbereitung der „Lösung dieser, nach Adlers Versicherung ‚offenen‘ großen Frage“. Einer offenen Diskussion wurde diese „Frage“ nicht unter-

zogen. Die Exekutive der „SAI“ selbst hütete sich, die „Frage“ des berichtigten Punktes 15 des Statuts zu berühren, sondern gab nur von Zeit zu Zeit ihren Mitgliedern Urlaub, solange sie, zeitweilig, unter die Minister gingen. Nur von Zeit zu Zeit schlug irgendein Spaßmacher aus der Zahl der „linken“ Führer (wie etwa Paul Levi) gegen den „Ministerialismus“ aus, während die Theoretiker in der Art von Hilferding, Kautsky, Vandervelde in schwerwiegenden Erörterungen ihre „vorsintflutlichen“, d. h. Vorkriegsanschauungen über den „Weg zur Macht“ einer grundlegenden Revision unterzogen und den Beweis antraten, daß der zuverlässigste und modernste Weg — das Lakaientum sei. Denn — wer könnte einen größeren Einfluß auf seinen Herrn gewinnen bzw. ausüben als ein kluger Diener!?

Und die Millionenmassen, die noch immer hinter der internationalen Sozialdemokratie herlaufen, verwirrt und schwankend, pendelten und pendeln jetzt noch einerseits zwischen der Hoffnung, wenn nicht alles, so doch etwas zu erreichen, auf dem leichtesten und billigsten Wege: dem der parlamentarischen Kombinationen, und anderseits der Enttäuschung und Unzufriedenheit, wenn das fällige ministerialistische Experiment einen Durchfall erleidet (wie in England). Gemäß der bewährten Behandlungsmethode jener heiklen „offen“ gelassenen Frage, ist sie denn auch nicht auf die Tagesordnung des bevorstehenden Marseiller Kongresses gesetzt worden. Während der letzten Exekutivsitzung der SAI (in Paris, am 9. und 10. Mai d. J.) hatten die französischen Sozialisten — von deren Führern ein Teil sich schon als künftige Minister fühlt, gleichzeitig aber auch die wachsende Unzufriedenheit bei einem Teil der sozialdemokratischen Arbeiter mit diesem Ministerium spürt — vorschlagen wollen, die Frage der „Teilnahme von Sozialisten an Regierungen kapitalistischer Länder“ auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen. (Dieser Antrag wurde — wie die Berliner menschwistische „Sozialistischeskij Westnik“ selbstgefällig berichtet — von Abramowitsch unterstützt.) Allein nach eingehender Beratung der Frage im Exekutivbureau und nach kurzem Meinungs austausch in der Plenarversammlung beschloß man, sich vorderhand mit folgender Resolution zu begnügen:

„Das Exekutivkomitee erinnert daran, daß die in Hamburg geschaffene Sozialistische Arbeiter-Internationale eine neue internationale Organisation darstellt, für die formell nur die von ihr selbst gefaßten Beschlüsse verbindlich sind. Hieraus ergibt sich für die SAI die Notwendigkeit, von neuem die Position der Sozialisten in den Grundfragen der Politik der Arbeiterklasse zu bestimmen und ihre Taktik entsprechend den wechselnden äußeren Umständen festzulegen. Diese große und schwere Aufgabe kann nur allmählich erfüllt werden. Um einen weiteren Schritt auf diesem Wege zu tun, beschließt das Exekutivkomitee, allen der SAI angeschlossenen Parteien schriftlich seine Erwägungen über die Teilnahme einer sozialistischen Partei an der Regierung in kapitalistischen Ländern zu unterbreiten. Soweit die eine oder andere der Parteien keine bestimmten Beschlüsse in dieser Frage hat, wird ihr vorgeschlagen, sie auf ihrem eigenen Kongreß zu beraten. Besonders ist es wichtig, daß jene Parteien ihre Erfahrungen mitteilen, die selbst schon einmal an einer Regierung teilgenommen haben. Alle diese Berichte und Referate werden der Internationale als Material zur Erforschung der betreffenden Frage dienen.“

So haben also die französischen Sozialisten, die sich vor einem Teil der ihnen folgenden Arbeiter fürchten und eine Sanktion seitens ihrer Internationale für den von ihnen vorbereiteten Eintritt in Ministerien (bei der ersten besten Gelegenheit) wünschen, es nicht durchgesetzt, daß diese Frage auf die Tagesordnung des Marseiller Kongresses gesetzt wurde (trotz der Unter-

stützung selbst durch Abramowitsch!). Die Exekutivmitglieder der II. Internationale verfahren offenbar nach dem weisen Rat, den ein deutscher Überopportunist, der alte Ignaz Auer, einst Eduard Bernstein (anlässlich dessen revisionistischem Auftreten) gab: „Sei kein Esel, Ede; solche Dinge sagt man nicht, man tut sie.“ Der erste Teil der oben angeführten Resolution, der daran erinnert, daß die 1922 in Hamburg begründete Internationale eine neue Organisation darstelle, richtet sich gegen die Vermutung, als ob die antimilitaristische Resolution, die der Internationale Sozialistenkongreß zu Amsterdam 1904 angenommen hatte, noch in Kraft bleiben könne.\*

Der zweite Teil der Resolution empfiehlt, vorläufig auf eine mündliche Behandlung der Frage zu verzichten und sie durch eine schriftliche zu ersetzen: durch Berichte und Referate, „die als Material zur Erforschung der Frage dienen könnten“. Es ist offenbar nötig, nicht nur das Exekutivkomitee, sondern auch die Kongresse mit diesem kitzlichen „Problem“ zu „verschonen“!

In Wirklichkeit ist natürlich das „Problem“ längst gelöst, der Generalstab der II. Internationale besteht durch die Bank aus ehemaligen, gegenwärtigen und zukünftigen Ministern, die im Namen des Proletariats die Staatsmacht in „kleinen Bissen“ herunterschlucken, um sie nach längerer oder kürzerer Frist, mehr oder weniger freiwillig wieder von sich zu geben, wobei aber, im Ergebnis einer solchen wenig verdaulichen Speise, der Magen des Proletariats gründlich verdorben wird.

Die Frage über die Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen überhaupt ist für die II. Internationale entschieden, wie für sie in der Tat auch die allgemeinere und grundlegendere Frage entschieden ist: Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft der Klassen. Natürlich im Sinne ihrer Arbeitsgemeinschaft. Diese Frage ist entschieden, wie auch die noch allgemeinere Frage entschieden ist: Sturz der kapitalistischen Ordnung oder: allseitige Unterstützung aller Anstrengungen, die auf ihre Wiederaufrichtung und Stärkung gerichtet sind. Der Ministerialismus, die Unterstützung kapitalistischer Regierung bis zu einer Teilnahme daran, — das ist der Eckstein der Politik aller Parteien der II. Internationale.

### Die Agenten ihrer Außenministerien

Dieser prinzipielle Ministerialismus bestimmt die Methode der Lösung aller Fragen im voraus, die offen auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt sind, vor allem der ersten beiden Tagesordnungspunkte:

\* Diese Resolution, die seinerzeit einen Sieg (wenn auch hauptsächlich einen Scheinsieg) des linken Flügels über den rechten, einen Sieg Bebel—Rosa Luxemburg—Guède's über Jaurès—Viktor Adler—Vandervelde war, lag manchem Sozialisten bis heute noch (wie die Deutschen das nennen) „wie ein Stein im Magen“. Bei der Beratung des Statuts der „neuen“ Internationale (SAI) in Hamburg, schrieb Camille Huysmans, ehemals Sekretär der II. Internationale vor dem Kriege, heute königlich belgischer Unterrichtsminister, im Brüsseler SP-Organ „Le Peuple“ mit Nachdruck, es sei durchaus unzulässig, daß wiederum Beschlüsse, die für alle Parteien bindend seien, einfach mit Stimmenmehrheit angenommen würden. Niemals dürfte sich der historische Skandal wiederholen, erklärte Huysmans dort — daß die Taktik der sozialistischen Parteien zivilisierter Länder von der Zufallsstimme irgendeines asiatischen Wilden abhängen. (Bekanntlich wurde die Amsterdamer Resolution 1904 mit einer Stimme Mehrheit angenommen; zu dieser Mehrheit gehörte auch der Genosse Katayama (Japan), heute Mitglied der K.I.)

1. „Pazifizierung Europas: Garantiepakte, Entwaffnung, Genfer Protokoll usw.“
2. „Verhütung künftiger Kriege in Westeuropa, Osteuropa, am Stillen Ozean.“

Es ist kein Zufall, daß Friedrich Adler damals zugleich mit der „offenen“ Frage des Ministerialismus eine andere, ebenfalls „offene“ Frage aufgezeigt hat, nämlich die der Vaterlandsverteidigung, die ebenfalls nicht offen auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt ist. In Wirklichkeit ist diese Frage ebenso im voraus entschieden wie die vorhergehende, und zwar entschieden in der Richtung der grundsätzlichen Verteidigung des bürgerlichen „Vaterlandes“ unter allen Umständen.

### Die Makler und Späher der internationalen Bourgeoisie

Das „Manifest zum 60jährigen Jubiläum der I. Internationale“, das im Namen der Exekutive der SAI herausgegeben (und, nach einigen Eigentümlichkeiten des Stils und Inhalts zu urteilen, von niemand anderem als dem alten Spießler Kautsky verfaßt) wurde, enthält folgenden pathetischen Passus:

„Die Eroberung der politischen Macht ist jetzt die erste Aufgabe der Arbeiterklasse. So proklamierte die Inaugural-Adresse vor nunmehr 60 Jahren, weil sie Hoffnung aus der Tatsache schöpfte, daß die Arbeiterbewegung damals nach einer Periode der Reaktion sich nicht nur in England, sondern auch auf dem Kontinent Europas wieder zu beleben begann. Heute sendet der Vorsitzende der britischen Arbeiterpartei, der Premierminister der britischen Weltmacht, seinen Gruß zu unserer Feier, heute steht die Arbeiterklasse in vielen anderen Ländern an der Schwelle der politischen Macht.“

Indem der Verfasser des Manifests sich mit heiligem Schauer vor dem Premierminister einer „Weltmacht“ verneigt, obgleich dieser die Schwelle der „Staatsmacht“ nur gerade auf 5 Minuten überschritten hatte, fährt er fort, die Inauguraladresse von Marx zu zitieren:

„. . . Es ist notwendig . . . sich der Geheimnisse der internationalen Politik zu bemächtigen, die diplomatischen Maßnahmen zu kontrollieren, ihnen mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln zu begegnen.“

Eins ist zweifellos: Die Helden der heutigen II. Internationale benutzen alle nur möglichen Mittel, um in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen. Sie erreichen dieses Ziel durchaus einfach: soweit die Führer der Sozialdemokratie nicht selbst die Funktionen als Außenminister ihrer bürgerlichen Vaterländer oder als deren Vertreter im „Völkerbund“ ausüben, sind sie in fast allen Ländern, mehr oder minder öffentlich, die Ratgeber, die Vertrauenspersonen und Agenten ihrer Regierungen, und dies sogar unabhängig davon, ob im jeweiligen Moment die Sozialdemokratie die betreffende Regierung offiziell unterstützt oder sich zu ihr in parlamentarischer Opposition befindet. Gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik mehr als auf jedem anderen verwicklicht die Sozialdemokratie so vollständig wie möglich, beständig und ununterbrochen, die nationale Einheitsfront mit ihrer Bourgeoisie. Freilich, innerhalb des Rahmens dieser nationalen Einheitsfront ist den Führern der Sozialdemokratie eine besondere Rolle zugewiesen, sie erfüllen besondere Aufträge, besondere Funktionen. Diese Funktionen bestehen vor allem darin, in anderen Staaten den Boden

für die Maßnahmen, die in Vorbereitung sind, abzutasten, in „Sondierungen“ aller Art; in einer geschickten Propaganda zugunsten des eigenen Landes und seiner Politik. Niemand verfügt über eine solche Meisterschaft, im Auslande die Politik des eigenen Vaterlandes in annehmbarer Form darzustellen, die Eigenart der heimatlichen Bedingungen zu betonen, für sie „Verständnis“ zu erwecken, niemand ist imstande, mit größerem Erfolge die Rolle des „ehrlichen Maklers“ bei allen sich anbahnenden Geschäften zu spielen als gerade die Führer der Sozialdemokratie. Zu diesen Zwecken wird auch die Existenz der SAI ausgenutzt, die von dieser veranstalteten Kongresse, Konferenzen und Einzelberatungen. Niemals tritt ein angesehenener Sozialdemokrat eine Auslandsreise an, ohne sich vorher mit „seinem“ Außenminister ins Benehmen gesetzt zu haben, niemals kehrt er von der Reise zurück, ohne eine offizielle oder doch offiziöse Berichterstattung an sein Ministerium. Bei ihrem Auslandsaufenthalt befinden sich die sozialdemokratischen Führer überhaupt im engsten Kontakt mit den diplomatischen Vertretern ihres Landes. Natürlich sind die Funktionen dieser eigenartigen diplomatischen und militärischen Agenten weit vielseitiger und komplizierter als die Funktionen gewöhnlicher Späher und Kundschafter; sie sind aber deswegen auch weit unersetzlicher. Erst im Winter vorigen Jahres kam im internationalen sozialdemokratischen Lager ein großer Skandal ans Tageslicht: die ungarische Sozialdemokratie sah sich gezwungen, ein Abkommen zu veröffentlichen, das sie im Dezember 1921 mit der Regierung des Grafen Bethlen abgeschlossen hatte, der im Namen von Horthy unterhandelte. Die wichtigsten Sätze dieses Abkommens lauten:

„Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, zu erklären, daß sie die universellen Interessen der Nation und des Landes (!) unter den heutigen Verhältnissen und nach den erworbenen Erfahrungen als gleichbedeutend mit den Interessen der Arbeiterschaft betrachtet; es muß also für die Interessen der Nation und des Landes auch die Arbeiterschaft kämpfen und Opfer bringen. Die Partei wird sich in ihrem Verhalten danach richten und sich nicht nur jeglicher Propaganda enthalten, die die Interessen Ungarns gefährdet, sondern sie wird im Gegenteil zugunsten Ungarns aktive Propaganda entfalten, und zwar einestheils bei den Leitungen der ausländischen sozialdemokratischen Parteien, bei den ausländischen Regierungen usw., und zu diesem Zwecke mit dem königlich ungarischen Minister des Äußeren kooperieren.

Die Sozialdemokratische Partei verpflichtet sich, daß sie sich in strittigen außenpolitischen Fragen, die die Gesamtheit der Nation berühren, ausdrücklich den magyarischen Standpunkt zu eigen macht, in einem Maße, wie dies die deutschen Mehrheitssozialdemokraten und andere gemäßigte Sozialdemokraten immer tun, die in derartigen Fragen nie den Standpunkt der Regierungen feindlicher Staaten vertreten.

Sie benützt ihre Verbindungen mit den ausländischen gemäßigten sozialdemokratischen Kreisen, um den über Ungarn verbreiteten unbegründeten (!) Terrornachrichten entgegenzutreten und ihren Einfluß in der Richtung geltend zu machen, daß das Ausland von Ungarn ein der Wirklichkeit (!) entsprechendes Bild erhalte.

Damit dieses Ziel erreicht werden könne, wird die Sozialdemokratische Partei vor allem in ihrem Organ, der „Nepszava“, einen objektiven Ton (!) anschlagen und die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Gesellschaft in diesem Blatte loyal zum Ausdruck bringen, was zur Folge haben wird, daß dieses Vorgehen in der Auslandspresse einen Widerhall finden wird.“

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß wesentlich gleichartige Abkommen bestanden und noch bestehen zwischen den Regierungen und den sozialdemokratischen Parteien einer Reihe anderer Länder, insbesondere Polens, Bulgariens (auch nach dem Austritt der SD aus dem Kabinett Zankow), der baltischen Staaten. Seinerzeit wurde festgestellt, daß am

Vorabend des Hamburgers Kongresses, im Mai 1923, im Hotel Adlon eine Geheimerberatung der Sozialdemokraten der Länder der Kleinen Entente und der baltischen Randstaaten (einschließlich Polens) stattfand zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Linie auf jenem Kongreß, und daß diese Beratung von dem Gesandten der Tschechoslowakei in Berlin (dem inzwischen verstorbenen Sozialdemokraten Tusar) veranstaltet wurde.

Die Beziehungen der sozialdemokratischen Führer zu ihren Regierungen in den westeuropäischen Großstaaten sind ein wenig komplizierter, sie sind nicht so grob, primitiv und offen wie etwa in Ungarn oder Polen, aber im Wesen unterscheiden sie sich wenig. Die Differenzen in Fragen der auswärtigen Politik zwischen sozialdemokratischen Parteien und ihren respektiven Regierungen — selbst, wenn sie aus „politischen“ Erwägungen nach außen hin aufgebläht und betont werden müssen, betreffen in Wirklichkeit nur Nuancen. Selbst wenn solche Differenzen anscheinend vorhanden sind (die aber eher auf dem bekannten „Spiel mit verteilten Rollen“ beruhen) hört deshalb die tatsächliche Arbeitsgemeinschaft nicht auf.

### Vom „radikalen Pazifismus“ zum Dawesplan und Garantiepakt

Im ersten Jahre nach dem Weltkrieg waren die sozialdemokratischen Partei- und die reformistischen Gewerkschaftsführer — oder doch ein Teil von ihnen — ganz gern bei der Hand, einen gewissen „radikalen Pazifismus“ zu bekunden, der ihre Mitarbeit am Versailler „Frieden“ maskieren sollte. Es ist nützlich, ihre Entwicklung zu einer offeneren und zynischeren Politik zu verfolgen, zu dem, was Hilferding „realistischen Pazifismus“ benamst, und was in Wirklichkeit die direkteste und aktivste Anteilnahme an der Politik des Dawesplanes und des Garantiepakts bedeutet, d. h. an einer Politik, die neue Riesenkriege vorbereitet, einer Politik der imperialistischen Großmächte.

Noch im Februar 1922 wurde auf der dem Hamburger Kongreß vorausgehenden Fünf-Länder-Konferenz in Frankfurt (an der die deutsche, englische, französische und belgische Partei teilnahmen, die damals teils zur Zweiten, teils zur Zweieinhalb Internationale gehörten) eine Resolution angenommen, die folgendermaßen schloß:

„Die Konferenz erklärt sich solidarisch mit den Beschlüssen der Internationalen Kongresse des Metallarbeiter-, des Bergarbeiter- und des Transportarbeiter-Verbandes, sowie mit denen des Kongresses des IGB, die sich bereit erklärt haben, auf jeden neuen Krieg mit einem Generalstreik zu antworten.“

Freilich, auch auf dieser Konferenz machten die Belgier Vandervelde und Huysmans — indem sie für die erwähnte Resolution stimmten — den Vorbehalt, daß sie Kriegsverträge zwischen einzelnen Ländern nicht für im Widerspruch stehend halten, mit dem Streben nach einem allgemeinen Frieden. („Der belgisch-französische Vertrag ist ein rein defensiver, er richtet sich gegen niemand.“) Als aber der feurige „Pazifist“ Tom Shaw einen Zusatzantrag zur Resolution einbrachte, der die Politik der Sonderverträge „vorbehaltlos, unter allen Umständen“ ablehnt, da waren es die deutschen Unabhängigen (noch vor ihrer formellen Vereinigung mit den

Rechts-Sozialdemokraten), die die Engländer beredeten, diesen Zusatzantrag zurückzuziehen und sich mit einer allgemeinen Formel des „Tadels“ der Sonderverträge zu begnügen.

Der internationale Friedenskongreß der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen im Haag (Dezember 1922), nahm wiederum eine Resolution an, die die radikal-pazifistische Parole „Generalstreik gegen den Krieg“ wiederholt.

Einige Monate später, im Mai 1923, trat der Gründungskongreß der erneuerten II. Internationale in Hamburg zusammen. Sehr charakteristisch ist der folgende Passus der dort angenommenen umfangreichen Resolution über den „imperialistischen Frieden und die Aufgaben der Arbeiterklasse“.

„Sie stellt sich auf den Boden der Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1921) über die ‚Aufgaben der Arbeiterklasse‘ und erkennt die Notwendigkeit an, zur vollständigen Klärung des Verhaltens der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen. Das Studium dieser Frage (von uns gesperrt, W.) wird Pflicht der Internationale sein.“ — Hier ist also die leere, aber immerhin radikal klingende Phrase vom „Generalstreik als Antwort auf den Ausbruch eines Krieges“ ersetzt durch die schon bescheidenere Aufforderung zum „Studium der Frage“. Allein auch in der Hamburger Resolution heißt es noch:

„. . . Erstes Erfordernis . . . ist es, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß ihre parlamentarischen Vertreter die Zustimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten verweigern.“ (S. 102 des Protokolls.)

Die Probe aufs Exempel: Marokko 1925.

Allein die Hauptsorge der Sozialdemokraten, sowohl in Frankfurt vor der Erneuerung der II. Internationale wie in Hamburg, war die Findung der besten „Lösung“ der Reparationsfragen, die Ausarbeitung eines „konkreten“ Planes, wonach Deutschland die ihm vom Versailler Vertrag auferlegten Kontributionen zahlen sollte. Hier ist nicht der Ort, eine detaillierte Geschichte dieser Bemühungen zu schreiben, die einige Jahre lang andauerten und im engsten Kontakt mit den interessierten Regierungen, den industriellen und Bankkreisen der beiden Ländergruppen geführt wurden. Es genügt, festzustellen, daß die Bemühungen der „ehrlichen Makler“ der II. Internationale endeten mit der Annahme des Dawesplanes im Jahre 1924, der die deutsche Arbeiterklasse versklavt, und daß die „ehrlichen Makler“ sich noch heute mit Stolz als die geistigen Väter dieses Planes betrachten.

Im Juni 1924 wurden auf einer gemeinsamen Beratung der Büros des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes und der SAI in Amsterdam einstimmig eine Resolution über das Sachverständigen-Gutachten angenommen. Diese konstatiert, daß der Dawesplan einige wesentliche Grundsätze verwirkliche, die die Frankfurter (sozialistische) Fünf-Länder-Konferenz 1922 formuliert habe, und kommt dann zu folgendem Schluß:

Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigen-Gutachtens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplanes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Noch charakteristischer erscheint die „Evolution“ der Parteien der II. Internationale von den vor einigen Jahren von ihnen noch benötigten

Phrasen über „allgemeine Entwaffnung und allgemeines obligatorisches Schiedsgericht“ — über das Genfer Protokoll hinweg zu einer vollen Unterstützung der „Garantie“-Verträge, die neuen Kriegen Tür und Tor öffnen.

Im Februar 1922 hatte die Frankfurter Fünf-Länder-Konferenz noch proklamiert:

„Die Rüstungspolitik der einzelnen Länder und die Bündnispolitik, die häufig nur zu einer Hegemonie eines Staates oder einer Staatengruppe über die andere führt, hat einem internationalen politischen Abkommen Platz zu machen, dessen Ziel die allgemeine Entwaffnung und die Garantie des Völkerfriedens ist . . .

Ein zuverlässiges internationales Abkommen kann nur durch eine solidarische Aktion der Arbeiter aller Länder erreicht werden.“

Die Hamburger Resolution von 1923 wiederholt nochmals, wenn auch bereits in einer vorsichtigeren, verklausulierten Form die pazifistischen Phrasen der vorigen Konferenz. Nur ist der „Generalstreik im Falle eines Krieges“ verschwunden und ersetzt durch die Aufforderung zum „Studium der Frage“. Die Ruhrbesetzung, die zur Zeit des Hamburger Kongresses noch andauerte und die von den französischen und belgischen Sozialdemokraten „abgelehnt“ wurde (wobei ein Teil der belgischen Sozialdemokraten die Besetzung offen unterstützte und Vandervelde für „zu links“ erklärte), als ein unzweckmäßiges Mittel, Reparationen aus Deutschland herauszupressen, war es, die eine weitergehende „Real-Politik“ (à la Hilferding) nicht begünstigte und damals zwang, noch „radikal“ und beinahe unversöhnlich zu reden.

Im nächsten Jahr änderte sich das Bild. In England gerieten die Zügel der Regierung in die Hände des Mitgliedes der II. Internationale, MacDonald. In Frankreich war nach dem Siege des „Links-Blocks“ über den nationalen Block“ der wilde Poincaré von Herriot abgelöst worden, den die Sozialisten unterstützten. Es brach die „Ära des demokratischen Pazifismus“ an. Als ein totgeborenes, aber immerhin schönes Kind dieser Ära erschien das Genfer Protokoll.

Der wirkliche Wert dieses Protokolls stellte sich auf den Plenarsitzungen der Exekutive der II. Internationale im Januar 1925 heraus, als — nach der kategorischen Weigerung seitens des neuen englischen konservativen Kabinetts, es dem Parlament zur Ratifizierung zu unterbreiten — in bezug auf das Protokoll Differenzen unter den Sozialisten selbst entstanden.

Die Franzosen, Belgier und Deutschen setzten sich für das Protokoll ein, die Engländer aber wollten es — obwohl es ein rechtes Kind ihres MacDonald war — nicht länger verteidigen. „Zum erstenmal“, sagten die Verteidiger des Protokolls (lt. dem offiziellen Tagungsbericht), „wird jeder Staat, der die Waffen ergreift, anstatt ein Schiedsgericht anzurufen, als Friedensbrecher erklärt, gegen den die internationale Gesamtheit der Staaten einzuschreiten hat. Zum ersten Male haben sich Aussichten auf eine internationale Abrüstungskonferenz eröffnet“. Aber die Engländer ließen sich nicht überzeugen. Sie fürchteten, daß das Protokoll England in einen Krieg hineinreißen könne. Wenn z. B. im Falle eines amerikanisch-japanischen Zusammenstoßes Amerika, oder im Falle eines russisch-polnischen Konfliktes Rußland sich weigern würde, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen, so wäre dem Protokoll gemäß Großbritannien gezwungen, den Krieg gegen Amerika oder Rußland zu führen . . . Die Labour Party wolle nicht, daß

England im Falle eines neuen Krieges die Rolle eines internationalen Polizisten spiele. Wenn dies schon notwendig sei, so müßten es wenigstens zwei Polizisten sein: England und Amerika. Dieses letzte Argument: der englische Polizist wolle in den dunkeln Winkeln des europäischen Kontinents nicht anders als in Begleitung eines amerikanischen Kollegen Patrouille gehen, weist darauf hin, wie hoch diese englischen „Pazifisten“ die Chancen der Erhaltung des Friedens durch das Protokoll einschätzen. Die Diskussion, die, wie der offizielle Bericht mitteilt, zuweilen „schroffste Formen“ annahm, endete mit der Stimmenthaltung seitens der Engländer.

Allein auf der nächsten Sitzung der Exekutive der SAI (in Paris, 10. Mai 1925) beantragten die Engländer selbst eine Resolution zugunsten des Genfer Protokolls mit folgender charakteristischer Motivierung: „Wenn (!) das Genfer Protokoll nicht ratifiziert und die Abrüstungskonferenz nicht stattfindet, dann werden die Völker danach streben, ihre Sicherheit durch Sonderverträge zu garantieren, was die Rückkehr zu miteinander konkurrierenden Mächtigkeitsgruppen und damit zu einer überall gesteigerten Kriegsgefahr bedeuten würde.“

Wiederum vergingen zwei Monate, und wiederum verwandelte sich das Bild, aber immer weiter in derselben Richtung. Auf der Sitzung des Exekutivbüros in London (4. Juni) wurde eine Resolution angenommen, die noch einmal alle Schönheiten des Protokolls proklamiert, aber . . . doch in Betracht zieht, daß man sich vielleicht mit einem abgeschwächten oder einem ganz anderen werde begnügen müssen. In diesem Falle, wenn (!) man genötigt sein würde, „Garantieverträge“ abzuschließen, sei es notwendig, darauf zu achten, daß ein solcher Vertrag den Prinzipien des (Genfer) Protokolls nicht „widerspreche“. Diejenigen sozialdemokratischen Parteien, „die ein Abkommen schließen, um diesen Vertrag zu unterstützen, müssen darauf achten, daß er im Rahmen und unter der Kontrolle des ‚Völkerbundes‘ abgeschlossen wird“. Dieser selbe Völkerbund wurde von der Wiener Arbeiterzeitung (vom 7. 7.), die etwas abseits der groß-imperialistischen Koalitionen steht und sich deswegen zuweilen gewisse Freiheiten und Seitensprünge erlauben kann, bezeichnet als: Oberste politisch-wirtschaftliche Organisation der Bourgeoisie! Die Engländer gerieten auch hier in Streit mit den kontinentalen Parteien ihrer Internationale, einigten sich aber schließlich auf eine Kompromiß-Resolution.

Und schließlich trat, auf Initiative des Büros der SAI am 19./20. Juni 1925 in Brüssel eine Konferenz der Vertreter „dreier Länder“, der Franzosen, Belgier und Deutschen zusammen. Auf dieser Beratung wurde beschlossen — größere Klarheit in bezug auf einige Punkte des in Vorbereitung befindlichen Garantiepaktes zu erlangen. Die wichtigste Frage: „gegen wen kann der Pakt sich richten?“ wurde durch folgende Erläuterung „gelöst“: Die von der öffentlichen Meinung Deutschlands und Rußlands geäußerten Befürchtungen betreffs der Anwendung des § 16 des Völkerbunds-Statuts im Falle von Konflikten, an denen Rußland beteiligt ist, würden im bedeutenden Maße (!) der Grundlage entbehren, wenn Rußland selbst in den ‚Völkerbund‘ eintreten würde.“

Aber die Teilnehmer dieser Beratung wußten, daß die USSR in die „Oberste politisch-wirtschaftliche Organisation der Bourgeoisie“, will sagen: in den Völkerbund nicht eintreten wird. Folglich . . .

Schließlich wurde beschlossen, noch vor dem Marseiller Kongreß eine weitere Konferenz einzuberufen und dazu die Vertreter der Außenminister, nein — die Vertreter der sozialistischen Parteien Polens und der Tschechoslowakei einzuladen.

### Gegen die USSR

Im Rahmen der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ gibt es wohl keine zwei Parteien, zwischen denen es nicht in den letzten Jahren zu Reibungen gekommen wäre, die sich bisweilen zu offenen Konflikten, auf Grund der Widersprüche ihrer „nationalen“ Interessen und Strebungen entwickelten. Aber ein einigendes Band umschlingt sie alle: das ist die Feindschaft gegen die große Arbeiter- und Bauernrepublik. Natürlich gibt es auch hier Schattierungen. Angefangen von der PPS, die in Polen unermüdlich zu den provokatorischsten Schritten gegen den Sowjetbund aufhetzt und die alleräußerste anti-Sowjet-Partei darstellt, bis zu . . . doch wir zögern, auch nur eine sozialdemokratische Partei (abgesehen von den links gestimmten sozialdemokratischen Arbeitern) als ganzes zu benennen, die man auch nur neutral gegenüber der USSR nennen könnte. Seit dem Hamburger Kongreß hat schwerlich auch nur eine Sitzung der Exekutive oder des Büros der II. Internationale stattgefunden, auf der nicht die „russische Frage“ besprochen worden wäre, auf der nicht ein Abramowitsch oder Zeretelli oder der Este Martner ihre wohlbekanntenen Blitz- und Donnerreden gehalten hätten, wo nicht eine entsprechende Resolution gefaßt worden wäre. Sogar die Resolutionen, die den bürgerlichen Regierungen die Anerkennung der USSR empfehlen oder sich gegen eine bewaffnete Intervention aussprechen, legen gleichzeitig „zweckmäßigere“ Methoden zum Sturz des verhaßten bolschewistischen Regimes dar.

In dem bereits erwähnten Manifest der SAI zum 60. Jahrestage der Gründung der I. Internationale findet sich folgender Absatz:

„Vor 60 Jahren war das Symbol des Selbstbestimmungsrechts der Nationen die Forderung nach Unabhängigkeit Polens. Die Unabhängigkeit Polens ist verwirklicht. Diese grundlegende Losung der I. Internationale erfordert das Selbstbestimmungsrecht für Georgien als des Symbols für alle übrigen Völker, die vergewaltigt werden.“

Georgien, als „Symbol“ für Indien, Ägypten, Marokko, China . . . Was ist allein der Gedanke wert; und dazu noch zum Gedenktag der I. Internationale.

Aber die schärfste Hervorkehrung der sowjetfeindlichen, hetzerischen Agent provocateur-Politik der sozialdemokratischen Parteien gegen die USSR bildet ihre neueste Tätigkeit im Zusammenhang mit dem „Garantie-pakt“.

Alle Anstrengungen der englischen konservativen Regierung sind darauf gerichtet, aus diesem Pakt ein Werkzeug und eine Waffe zum Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht zu machen, deren bloße Existenz von England für die größte Bedrohung seiner Kolonialmacht gehalten wird, für einen unaufhörlichen Aufruf an die Hundertmillionenmasse der Unterdrückten des Ostens, sich zu erheben. Schon kapitulieren die Führer der Britischen Labour Party vor der nationalen Politik ihrer Regierung. Schon unter-

stützt MacDonald und seine Clique, — entgegen den Beschlüssen seiner eigenen Parlamentsfraktion und auf einen Bruch mit ihr hinstuernd — die internationale Politik Chamberlains, indem er sich mit dessen „Erklärungen zufrieden gibt.\*

Aber die Hauptfechter in der gegenwärtigen Hetze gegen Sowjetrußland, die in gerader Linie zur Blockade, zur Intervention und zum Kriege führt — wenn nichts hindernd dazwischen tritt — die allerniederträchtigsten: das sind die Führer der deutschen Sozialdemokratie. Der „Ostorientierung“, d. h. der Orientierung auf Freundschaft und Bündnis mit Sowjetrußland, die in den breitesten Massen des deutschen Volkes populär ist, die instinktiv Hilfe und Stütze gegen das Joch der Sieger suchen, stellen die Führer der Sozialdemokratie die „Westorientierung“ entgegen.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik, schreibt der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom 19. Juni 1925 anlässlich der Absendung der deutschen Antwortnote nach Paris, gebe es zur Zeit in Deutschland nur zwei Programme, das kommunistische und das sozialdemokratische. Das kommunistische Programm suche die Lösung mit der stärksten Militärmacht, mit Rußland, das sozialdemokratische suche sie im Zusammenschluß der Völker mit westlicher Kultur und mit hochkapitalistischem Wirtschaftsniveau.

Man kann wohl nicht klarer reden und zynischer handeln. Dieselben sozialdemokratischen Führer, die die reaktionäre deutsche Regierung in ihrer internationalen Politik vollauf unterstützen, sie zum sofortigen, vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund drängen, in jene „Oberste politisch-wirtschaftliche Organisation der Bourgeoisie“, zur Zerreißung des Rapollovertrages — dieselben Führer forderten kürzlich von dieser Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetrepublik wegen des Urteilspruchs über die drei zu Spionage- und Terrorakten nach Moskau abkommandierten faschistischen Mordbuben. Das ist wohl das äußerste.

### Marokko und China

Auf der Januarsitzung der Exekutive der SAI wurde u. a. eine Resolution angenommen, die empfiehlt, „in Zukunft mehr Aufmerksamkeit dem Osten, Asien und den exotischen (!) Ländern, wie Mexiko, zuzuwenden, dort den Sozialismus zu propagieren und zu organisieren und der kommunistischen Propaganda entgegenzuwirken“. Dies ist eine praktische Resolution, die die Motive enthüllt, die die II. Internationale „nach Osten“ drängen, und ist ein prächtiger Kommentar zu den prinzipiellen Erklärungen des Hamburger Kongresses, die da lauten:

\* Interessant ist es, dem Verhalten MacDonalds im Unterhause folgendes gegenüberzustellen:

In einem Artikel, betitelt: „Der einzige Weg zum Frieden“, New Yorker „Nation“ (1. Juli 1925) spricht MacDonald von dem Risiko, das mit der einen wie der anderen Lösung der Sicherheitsfrage (besonders für Frankreich) verbunden ist. Seiner Meinung nach enthält „ein Militärvertrag zum Schutz einiger Punkte, zum Beispiel der Rheingrenze, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt ist“, keinerlei Risiko; er schließt im Gegenteil völlige Sicherheit in sich. „Wenn das der Schutz ist, den Frankreich wünscht, dann tut Frankreich alles Notwendige, daß der Angriff gegen es sicher ist, wie nur etwas im Leben sein kann.“



Der britische Imperialismus und das chinesische Volk

„Die Arbeiterklasse widersetzt . . . sich der Expansion der Kolonialreiche, der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und . . . verlangt die Selbstregierung der Kolonialvölker oder, wo deren Voraussetzungen noch fehlen, planmäßige und beschleunigte Vorbereitung der Selbstregierung . . .“ (S. 101 des Protokolls.)

Einen für diese Kolonisatoren nicht weniger interessanten Kommentar zu diesen Forderungen finden wir in dem Artikel von Hilferding „Realistischer Pazifismus“ (die „Gesellschaft“, November 1924):

„Der Krieg hat überall das Machtbewußtsein der Massen gestärkt, er hat in den bisher unterworfenen Völkern überall den Drang nach nationaler Freiheit und Selbstbestimmung geweckt. Das Erwachen der Völker Asiens und Nordafrikas schafft England in Indien und Ägypten die größten Schwierigkeiten. Seine Staatskunst mag hoffen, durch Gewährung von Autonomie und Selbstverwaltung der ungeheueren Schwierigkeiten Herr zu werden, den Zusammenhalt mit dem Mutterlande in anderer Form aufrechtzuerhalten. Aber diese Staatskunst muß versagen, wenn sie sich gewaltsamen Ausbrüchen gegenüber sieht, die mit revolutionärer Elementargewalt bisher passive Völker zur Revolution treiben. Der Sieg Japans über Rußland, die russische, türkische, persische Revolution, die Insurgierungsversuche des Bolschewismus in der asiatischen Welt werden für England als schwere Erschütterung seiner Stellung in Indien und Ägypten fühlbar. England braucht Ruhe und Frieden.“

Einige Seiten weiter kehrt Hilferding zum selben Gegenstand zurück, aber das handelnde Subjekt ist diesmal nicht mehr England, sondern die „Demokratie“ und die „Arbeiterbewegung“:

„So sehr die Demokratie und die Arbeiterbewegung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen muß, schon deshalb, weil die Herstellung der nationalen Freiheit und Autonomie auf die Dauer eine unerläßliche Bedingung dauernden Friedenszustandes bedeutet, so groß ist ihr Interesse an einer Entwicklung, die gewaltsame Eruptionen vermeidet. Denn die ökonomischen Rückschläge, die etwa mit gewaltsamen politischen Katastrophen in Indien oder Ägypten verbunden wären, würde die Kampfkraft nicht nur der englischen, sondern der europäischen Arbeiterbewegung lähmen, den Fortschritt des Sozialismus nicht fördern, sondern hemmen.“

In diesen Sätzen ist das Verhältnis der II. Internationale zum Krieg in Marokko und zur Revolution in China vorbestimmt, die einen ruhigen Verlauf des jetzigen Marseiller Kongresses nicht begünstigen und deshalb den „fortschrittlichen Sozialismus“ hemmen. Eben deswegen übergang die Plenarsitzung der Exekutive der SAI (im Mai d. J. in Paris) mit völligem Stillschweigen den sich entwickelnden Marokkokrieg, und die Sitzung ihres Bureaus im Juli faßte keinerlei Beschlüsse dazu — wegen des Fehlens des spanischen Delegierten! Eben deswegen unterstützten die Führer der französischen Sozialdemokratischen Partei die Regierung Painlevé in ihrer heldenhaften Vaterlandsverteidigung gegen die gewaltsame Eruption des Rif-„Vulkans“, unterstützten sie sie, trotz einiger Differenzen in bezug auf die Finanzpolitik Caillaux' und trotzdem ein immer größerer Teil der sozialistischen französischen Arbeiter „den Fortschritt des Sozialismus hemmt“, indem er sich den Kommunisten in ihrem Kampf gegen den kolonialen Raubkrieg anschließt. Die Führer der französischen Sozialistischen Partei (Sektion der SAI) unterstützen den Krieg gegen die Rifleute hauptsächlich deswegen, weil ihnen das als sicherster und kürzester Weg zum Frieden erscheint, der seinerseits bekanntlich notwendig ist zur Entwicklung der Kampfkraft des Proletariats und für den Fortschritt des Sozialismus.

Dem einen und andern in der II. Internationale erschien allerdings die letzt erwähnte Logik etwas gefährlich: Drei Teilnehmer an der Bureausitzung

vom Juni — Otto Bauer, Dan und Dr. Czech (Tschechoslowakei) — gaben eine Erklärung ab, wonach „in dem Verhalten der französischen Sozialistischen Partei zum Marokkokrieg die Keime aller jener Probleme liegen, die während des Weltkrieges zur Spaltung der sozialistischen Parteien geführt haben.“ Allein sie „bestehen“ nicht darauf, denn sie hegen volles Vertrauen zur französischen Sozialistischen Partei und hoffen, daß diese selber, ohne sie (Dan, Bauer und Czech), die richtige Lösung dieser Frage finden wird. Es gibt jedoch einige kleine Unterschiede zwischen der Lage von 1914 und 1925. Einer davon, der für die Arbeiterklasse sehr wesentlich ist, ist das Vorhandensein der Kommunistischen Partei und ihr Kampf.

Für China muß sich die II. Internationale — gemäß ihren eigenen Dokumenten — deswegen interessieren, weil es auch dort Kommunisten gibt, und ferner deswegen, weil das chinesische „Erdbeben“ geeignet erscheint, England aus seiner friedlichen Ruhe zu bringen. Deshalb war das einzige Echo aller chinesischen Revolutionsereignisse bei der II. Internationale (außer der platonischen Begrüßungsresolution, die von dem mahnenden Rat begleitet war, nicht ins Extrem zu fallen und sich vor „asiatischem Nationalismus“ zu hüten), eine noch festere Gruppierung um England, eine noch energischere Unterstützung seines fälligen Ausbruchs antisowjetischer Tollwut.

#### Vandervelde, königlich belgischer Außenminister

In den letzten Junitagen dieses Jahres, nach fast zweimonatiger Ministerkrise, wurde in Belgien ein sozialistisch-klerikales Kabinett mit Emile Vandervelde als Außenminister gebildet. Noch im Mai Teilnehmer an der Pariser Sitzung der Exekutive der SAI, erhielt Vandervelde zunächst gemäß Punkt 15 des Statuts nunmehr einen unbefristeten Urlaub bis zu seinem Ausscheiden aus dem Ministerium. Am 30. Juni erklärte er in seiner Programmdeklaration in der belgischen Kammer in Beantwortung der ihm von dem Kommunisten Jacquemotte und einem Liberalkonservativen gestellten Fragen:

„Hier wurde gesprochen von der Anerkennung der Sowjetunion und von der Stellungnahme der Regierung zum Rheinproblem. Ich werde nur diese beiden Fragen besprechen und zeigen, daß, dank der Kontinuität der belgischen Politik ich mit voller Aufrichtigkeit in diesen beiden Fragen die Position meiner Vorgänger weiter einnehmen kann.

Die Anerkennung der Sowjetunion gehört nicht zum Programm der gegenwärtigen Regierung. Ohne vorheriges Übereinkommen bliebe dieses eine bloße Geste, und wir halten es nicht mehr für zeitgemäß, diese Geste zu machen. Der Beschluß wird von den tatsächlichen Garantien abhängen, die die Sowjetregierung bereit sein wird, gegenüber den Forderungen unserer Mitbürger (compatriotes) zu leisten in bezug auf ihre Rechte und ihr Eigentum; es wird aber notwendig sein, auch für die Zukunft zu sorgen, den neuen Vorteilen Rechnung zu tragen, die wir etwa in Rußland gewinnen können.

Ich füge hinzu, daß es Dinge gibt, die wir im Laufe dieser Verhandlungen nicht vergessen werden und die ein unerschütterliches Moment in unserer Politik bleiben müssen. Das erste ist, daß die belgischen Unternehmungen in Rußland auf 3½ Milliarden Goldfranken bewertet sind, und es ist klar, daß wir nicht nur an die Geschäfte zu denken haben, die wir in Rußland in Zukunft haben können, sondern auch an diejenigen, die wir vordem hatten. Das zweite ist die Republik Georgien, die wir anerkannt haben und die nicht untergehen will.“

Mithin: Fortsetzung der Politik der Vorgänger; Nichtanerkennung der USSR; 3½ Milliarden Goldfranken alter und Garantien neuer Geschäfte; „Verteidigung“ Georgiens (wie hoch kann man sich die wohl bezahlen lassen?).

Weiter die Rhein-Barriere.

„Ich war einer der ersten, der die Aufmerksamkeit auf die ungenügende Entwaffnung Deutschlands lenkte. Eine Liste seiner Verfehlungen ist aufgestellt. So lange es nicht alle seine Verpflichtungen erfüllt hat, alle, ohne Ausnahme, hat die belgische Regierung beschlossen, die Kölner Zone nicht zu räumen.“

Wenige Tage vorher hatte derselbe Vandervelde dem Brüsseler Korrespondenten des Berliner „Vorwärts“ erklärt: Es werde keinerlei Hindernisse für die Räumung Kölns geben, sowie Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen sei („Peuple“ vom 27. Juni).

Im offiziellen Bericht über die Sitzung der Exekutive der SAI vom 6. Januar 1925 lesen wir: Das EK hat die Frage der Räumung Kölns behandelt. Die Diskussion ergab erfreuliche Einmütigkeit. Eine Resolution wurde angenommen, wonach die deutsche Regierung, indem sie geheime Rüstungen begünstigt und die Reaktion in Deutschland stärkt, eben damit jenen Elementen in den Ententeländern einen passenden Vorwand liefert, die aus ganz anderen Motiven die Räumung hinauszögern wollen. Die Resolution fordert die Räumung der Kölner Zone und fordert von allen sozialistischen Parteien, diese Räumung energisch zu vertreten. Vorsitzender auf der Sitzung der Exekutive war — Vandervelde.

Und noch ein letzter Strich zur Charakteristik dieses Menschen, der, wie kein anderer, alle Züge eines Führers der II. Internationale in sich vereinigt.

Im Herbst dieses Jahres unterliegt der Ratifizierung durch das holländische und belgische Parlament ein neuer Vertrag zwischen diesen beiden Ländern. Nach diesem Vertrag, der die „Neutralität“ Hollands garantiert (Belgien, vor dem Kriege neutral, ist jetzt durch engstes Militärbündnis mit Frankreich verbunden), übernimmt Holland die Verpflichtung — im Falle eines Angriffes gegen Belgien über holländisches Territorium — sich dem mit Waffengewalt zu widersetzen. Dies bedeutet natürlich eine riesige Vergrößerung der bewaffneten Macht und der Militärlasten des „neutralen“ Hollands.

Die holländischen Sozialdemokraten sind entschiedene Gegner dieses Teiles des neuen belgisch-holländischen Vertrages. Den Fußtapfen ihrer dänischen Gesinnungsgenossen\* folgend, fordern sie die völlige Abrüstung des neutralen Hollands und vom Völkerbund die Garantie dieser seiner Neutralität. Sie wollen keinen Krieg führen, weder für sich selbst, denn das

\* Die dänischen Sozialdemokraten, die 1924 als Minister im dänischen Parlament ein Projekt über völlige Abrüstung einbrachten, ließen sich dabei von rein praktischen Erwägungen leiten: „Es wäre ganz verfehlt“ — schreibt P. Weiland in dem Artikel „Das Problem der dänischen Neutralität und Abrüstung“ (die „Gesellschaft“, Dez. 1924) „in lyrischen Pazifismus zu verfallen und die dänischen Abrüstungspläne als kämpferische Propaganda des Pazifismus, als Verwirklichung radikal-pazifistischer Ideen darzustellen. Das allgemeine Problem des dänischen Pazifismus ist das Problem der Kleinstaaten in der heutigen Welt“ . . . „Bündnispolitik oder Abrüstung — das sind die einzigen Wege, die für ein kleines Land offen bleiben“ . . . „Nicht mit einem ideologisch-pazifistischen Element haben wir es hier zu tun, es handelt sich um die ehrliche Anerkennung unserer Schutzlosigkeit, wie sich der sozialistische (dänische) Landesverteidigungsminister ausdrückte.“

wäre aussichtslos, noch für andere, denn das wäre dumm. Der Führer (nach dem Abgang Troelstras) der holländischen Sozialdemokratie, Albarda, veröffentlicht im Amsterdamer „Het Volk“, dem Zentralorgan der Partei, einen scharfen Artikel gegen den belgisch-holländischen Vertrag. Vandervelde bleibt ihm nichts schuldig: In „De Telegraaf“, einem bürgerlich (liberalen) Organ, das im Solde Englands steht, veröffentlicht das Mitglied der Exekutive der SAI, zur Zeit in Urlaub und aktiver königlich belgischer Außenminister, die Antwort „an seinen Freund Albarda“. Vandervelde „begrift“ (und ob!) die holländischen Sozialisten, die besorgt sind, daß ihr Land in einen Krieg mit den Nachbarn hineingerissen werden könnte, aber er „lehnt es ab, übereinzustimmen“ mit der einengenden Auslegung internationaler Staatsverpflichtungen, sein Territorium zu schützen. Willst du, daß andere deine Neutralität verteidigen, so verteidige sie, bitte, selber. Die holländische Regierung hat diese einfache Wahrheit begriffen, vergrößert ihre Armee usw. Die holländischen Sozialisten aber wollen das nicht verstehen. Das ist nicht schön.

Dieser Zank „der einander nicht verstehenden“ Führer zweier benachbarter sozialdemokratischer Parteien ist jedenfalls sehr interessant für alle die, die das Wesen der heutigen Sozialdemokratie, das Wesen der „erneuerten“ II. Internationale erfassen wollen.

Allein Vandervelde, der Albarda überreden will zu einer Verstärkung des Militärbudgets des holländischen Vaterlandes, zur Verteidigung dieses Vaterlandes, er wendet sich nicht ganz an die richtige Adresse.

Denn: das Problem der Vaterlandsverteidigung ist in der erneuerten II. Internationale, der SAI, ja immer noch „offen!“.

Warum sollte sich Vandervelde nicht an den Marseiller Kongreß wenden mit dem Antrage, dieses Problem zum Abschluß zu bringen und es allen Sozialdemokraten zur Pflicht zu machen, ihre respektiven Vaterländer zu verteidigen und folglich auch die Vaterländer der anderen Sozialdemokraten, die sich im Militärbündnis mit ihrem eigenen befinden?

Freilich, Vandervelde ist ja „in Urlaub“ und kann auf dem Marseiller Kongreß keine Anträge stellen.

## A. MARTYNOW: DIE VERSCHWÖRUNG DER BRITISCHEN IMPERIALISTEN GEGEN DIE USSR

### *I. Die vertagte Offensive*

In der ersten Hälfte des Juli erreichte im Zusammenhang mit den Ereignissen in China die chronische Feindschaft der britischen Regierung gegenüber der Sowjetregierung das Höchstmaß von Spannung. Nicht nur die konservative Presse, sondern auch Mitglieder der Regierung — der Lord des Schatzamtes, der Innenminister und der Staatssekretär für Indien — schlugen einen bestimmten, auf den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetregierung hinzielenden Kurs ein. In derselben Richtung übte schon lange die Gesellschaft britischer Kreditoren einen Druck auf die Regierung aus, die in ihrem Memorandum von der Regierung energischere Schritte verlangte, welche vor einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht Halt machen sollten. Eine besonders unversöhnliche Haltung nahmen in dieser Gesellschaft die Großaktionäre, die Vertreter der Baku Consolidated Oilfields und andere Naphthaquellenbesitzer ein. Man beschränkte sich nicht nur auf Drohungen. Nach umlaufenden Gerüchten trat die britische Regierung in Unterhandlungen mit dem Quai d'Orsay bezüglich der Ausarbeitung eines gemeinsamen Ultimatums an die Sowjetregierung, in dem die Auflösung der Kommunistischen Internationale oder, zum mindesten, ihre völlige Absonderung von der Sowjetregierung und ihre Ausweisung aus Moskau nach einer anderen Stadt, sowie ein Verbot an die Angestellten der Komintern gefordert werden sollte, mit Reden über die Außenpolitik der Sowjetregierung vor die Öffentlichkeit zu treten. Man sagt, Briand hätte sich diesem Ultimatum gegenüber sympathisch verhalten. Vorläufig ist die Sache jedoch nicht weiter gediehen. Augenscheinlich beraten die Herren.

Im Vorgenuß der Freuden eines bevorstehenden Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland kamen alle in der Emigration befindlichen Weißgardisten in Bewegung und begannen, sich auf den Feldzug vorzubereiten. Die russischen Monarchisten beriefen einen Kongreß ein und beratschlagten, wem sie die Krone anbieten, wem das Oberkommando übertragen sollten. Auch die Petljura-Leute fingen an, sich zu regen. Die Vertreter der sogenannten „Ukrainischen Volksrepublik“ erzielten einerseits eine Verständigung mit Wrangel wegen einer militärischen Mitarbeit und erklärten sich andererseits, um die Sympathien Polens zu gewinnen, damit einverstanden, daß Rom das Recht eingeräumt werden solle, in der Ukraine katholische Propaganda zu betreiben. Sogar der „ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete (und jetzige Schufferle), Herr Alexinski, zog ins Feld, indem er mit den Monarchisten in Unterhandlungen trat.

Der Feldzug hat jedoch nicht stattgefunden. Die vernünftigeren und vorsichtigeren Elemente im englischen Kabinett gewannen die Oberhand. Die

Lage Englands im Innern und die internationale Situation bezeugten, daß der Augenblick zum Angriff nicht günstig gewählt war. Den Grund, weshalb Chamberlain es abgelehnt hat, gegenwärtig den Bruch mit Rußland herbeizuführen, teilt „Manchester Guardian“ in einem Artikel: „Keinerlei Schritte ohne Zustimmung der anderen Mächte“ mit. „Die Regierung“, sagt der Verfasser des Artikels, „ist bereit, sich an einer internationalen Intervention in China zu beteiligen, unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich gemeinsam mit den anderen Mächten ihre Bereitwilligkeit kundgeben, sich an der Intervention zu beteiligen. Der gleichen Voraussetzung ist die Regierungspolitik Rußland gegenüber untergeordnet . . . Es wäre unrecht, anzunehmen, daß die Regierung die Absicht hätte, sich zu einem unüberlegten und vorzeitigen Vorgehen gegen die Sowjetregierung hinreißen zu lassen. Im Gegenteil, die Regierung ist von der Absicht beseelt, irgendwelche Schritte dieser Art bis zum allerletzten Augenblick hinauszuschieben, in der Hoffnung, daß sie aufhören werden, notwendig zu sein.“ Die Phrase von der „Hoffnung, daß sie aufhören werden, notwendig zu sein“, ist natürlich bloße Heuchelei. Richtig ist, daß die britische Regierung sich nicht entschlossen hat, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, weil es ihr bislang nicht gelungen ist, eine Einheitsfront gegen die USSR zurechtzuzimmern.

Somit ist die Offensive diesmal ebenso wie nach dem Ultimatum Lord Curzons vorbeigelungen. Die einzige unmittelbare Folge des gegen die USSR unternommenen Feldzuges war vorläufig eine Einschränkung des Kredits. Unter dem Druck des Foreign Office begannen die englischen Banken den Kredit an die USSR zu beschränken. U. a. hat auch die Equitable Trust Co. von einer weiteren Erhöhung des Kredits abzusehen beschlossen. Da diese Bank eine amerikanische ist, so kann man daraus schließen, daß sich gegenwärtig an der Ausübung eines finanziellen Druckes auf die USSR, im Einvernehmen mit England, auch das amerikanische Finanzkapital (die Morgangruppe?) beteiligt. Die englische Bourgeoisie hat auch den Versuch gemacht, Deutschland zu der Finanzblockade heranzuziehen. Zu diesem Zweck begannen die englischen Banken die Diskontierung von Wechseln sowjetischer Institutionen auch dann abzulehnen, wenn sie mit dem Giro solider deutscher Firmen versehen waren.

Somit ist die offene Offensive vorläufig mißlungen und hat nur zu einem finanziellen Druck geführt. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die englische Regierung auf die Offensive nicht verzichtet hat; sie hat sie nur bis zu einem günstigeren Zeitpunkt vertagt.

## *II. Die Krise des britischen Imperiums und zwei Bewertungen derselben vom Klassenstandpunkte aus*

Die Hauptursache der tollen Attacke, die die konservative englische Regierung seit ihrem Bestehen gegen die USSR führt, ist in der Krise des britischen Imperiums zu suchen.

Die durch den Krieg verursachte Vernichtung des europäischen Marktes für die englische Industrie, das Wachsen einer selbständigen kapitalistischen Industrie in den britischen Kolonien und Dominions, der Übergang der weltwirtschaftlichen Hegemonie an die Vereinigten Staaten von Amerika, das

sich immer mehr verstärkende Gravitäten der britischen Dominions zu Amerika, das den Abfall von England nur noch zu einer Frage der Zeit macht, die Befreiungsbewegung in den Kolonien, die durch die revolutionäre Bewegung in China einen neuen und starken Anstoß erhalten hat — dies alles zusammen hat eine scharfe und unheilbare Krise des britischen Reiches zur Folge gehabt.

Die Produktion der Schwerindustrie geht in England zurück; die Roh-eisenerzeugung im Mai 1925 blieb hinter der vom Mai 1924 um 80 000 Tonnen zurück; die Stahlerzeugung verringerte sich um 150 000 Tonnen. Der Bau von Handelsschiffen ist nahezu völlig zum Stillstand gekommen: nach Mitteilungen des „Economist“ (Juli 1925) ist der Tonnengehalt der Seehandelsflotte 1925 gegenüber 1914 nahezu der gleiche geblieben (19,2 Mill. Tonnen) im Jahre 1925 gegenüber 18,8 Mill. Tonnen im Jahre 1914), während der Tonnengehalt der Handelsflotte der Vereinigten Staaten sich im gleichen Zeitraum mehr als versechsfacht, der Frankreichs und Japans sich verdoppelt und sogar der Tonnengehalt der Handelsflotte der britischen Dominions sich um das 1,5fache vermehrt hat. Die Aktienkurse der großen Eisenbahn-, Kohlen-, Maschinen- und Schiffbauunternehmungen sind gefallen. Die passive Handelsbilanz Englands wächst immer mehr und mehr. Die „Times“ schreiben in ihrer Nummer vom 6. Juli: „Während wir vor dem Kriege jährlich über rund 180 Millionen für neue Kapitalinvestierungen frei verfügten, ist diese Summe 1924 auf 25 Millionen zurückgegangen, und wir müssen, soweit es sich auf Grund der Handelsstatistik für die letzten fünf Monate dieses Jahres beurteilen läßt, mit einer wirklich passiven Handelsbilanz rechnen. Die unbedingte Folge davon ist, daß wenn diese Tendenz weiter andauern wird, wir von unserem Grundkapital werden zehren müssen.“ Am gleichen Tage erklärte der Handelsminister Sir Philip Lister im Parlament in seinem Bericht über die Lage des britischen Handels, daß die passive Bilanz in England ständig wachse: 1913 betrug sie 150 Millionen, 1921 203 Millionen, 1924 341 Millionen und in den letzten 12 Monaten von Mai 1924 bis Mai 1925 beläuft sich die passive Bilanz bereits auf 395 Millionen. Aus diesen Tatsachen zieht der Handelsminister folgenden bemerkenswerten Schluß: „Wenn ich auch nicht die Ansicht teile, daß wir schon jetzt auf Kosten unserer Reserven leben, so trifft es zweifelsohne zu, daß unsere neuen Kapitalinvestierungen nicht aus unseren Einnahmen, sondern aus den uns gewährten Anleihen stammen.“

Parallel mit dem Niedergang der Industrie wächst die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt gegenwärtig 1 300 000; sie ist um nahezu 300 000 größer als in der entsprechenden Woche des Vorjahres. In nur zwei Wochen — vom 25. Mai bis zum 6. Juni — vermehrte sich die Zahl der Arbeitslosen um 105 000.

Um die industrielle Krise zu bekämpfen, sucht die konservative Regierung alle schweren Folgen der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Während die Industriellen bemüht sind, den Arbeitslohn herabzusetzen, vollführt die Regierung ein Attentat auf die geltende soziale Gesetzgebung des Imperiums. Sie hat gegenwärtig im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge die Arbeitslosenunterstützung um 6,5 Millionen Pfund Sterling pro Jahr vermindert werden soll. Infolge dieses Ge-

setzentwurfes wird ein wesentlicher Teil der Arbeitslosen wieder gezwungen sein, die Hilfe der der Arbeiterklasse verhaßten Armenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Die konservative Regierung beginnt die Arbeitslosen mit entwickeltem, gewerkschaftlichem Bewußtsein wie Bettler und Strolche zu behandeln. Alles das ruft eine überaus starke Gärung bei der Arbeiterklasse hervor, ihre Linksentwicklung macht rasche Fortschritte, was die alten reaktionären Führer der Arbeiterpartei in Schrecken versetzt. Ein treuer Anhänger Macdonalds, der Führer der Dockarbeiter Sexton, erklärte in bezug auf den neuen Gesetzentwurf: „Das neue Arbeitslosengesetz ist in der Tat kein Damm gegen die Revolution. Im Gegenteil, es verstärkt lediglich die weit verbreitete Stimmung, die dem Glauben an verfassungsmäßiges Handeln jede Stütze raubt. Ich bedauere das, aber derartige Gesetzentwürfe erschweren außerordentlich die Arbeit derjenigen, die die konstitutionsfeindlichen Stimmungen bekämpfen. Wenn er Gesetz werden sollte, würden 30 Prozent der Dockarbeiter der Möglichkeit beraubt werden, von der Arbeitslosenversicherung Gebrauch zu machen.“ Für die Schärfe der englischen Industriekrise zeugt, daß die Zeitung „Nation“ in ihrer Nummer vom 18. Juli einen dem Berichte der Föderation der englischen Industrien (Federation of British Industries) gewidmeten Artikel wie folgt betitelt: „Die Föderation der englischen Industrien signalisiert von ihrem Schiff aus drohende Lebensgefahr.“ Ist die Krise des britischen Imperiums ein Unglück für das englische Proletariat? Durchaus nicht! Als der Genosse Lenin im Weltkrieg Losungen verkündete, die eine Niederlage Rußlands erhofften, wurde ihm vorgehalten, daß eine militärische Vernichtung des großen Rußland, die er durch seine Losungen fördere, zu einem wirtschaftlichen Niedergange des Landes und zur Zersetzung der proletarischen Armee führen würde, worauf Lenin antwortete: „Ich liebe unser Volk, die Großrussen. Aber gerade deshalb muß ich suchen, die große zaristische Monarchie zu sprengen, die auf einer Versklavung und Knechtung der fremden Nationalitäten aufgebaut ist, denn ein Volk kann nicht frei sein, das andere in Knechtschaft hält. Wir brauchen keineswegs zu fürchten, daß unsere Losung — das Recht der Nationen auf Abtrennung — zu einem Zerfall Rußlands führen werde. Die von der großrussischen Nation geknechteten Nationalitäten werden selbst, nachdem sie mit Hilfe des großrussischen Proletariats ihre Ketten abgestreift haben werden, sich freiwillig mit ihr auf der neuen Grundlage eines Arbeitsbundes vereinigen.“ Die Voraussage Lenins hat sich in vollem Umfange verwirklicht. Gerade weil die russischen Arbeiter unter der Führung Lenins rechtzeitig die Losung einer absoluten Selbstbestimmung der geknechteten Nationen, ihr Recht auf Loslösung von Großrußland, verkündet haben, haben sich die Ukraine, Weißrußland, die Kaukasische, Tartarische u. a. autonome Republiken, zu einem innigen Bündnis um Großrußland geschart, und dieses Bündnis erstarkt mit jedem Jahr.

Das englische Proletariat kann entschlossen den gleichen Weg gehen. Wenn das englische Proletariat der Befreiung der Kolonialvölker von der Knechtung durch den britischen Imperialismus seine aktive Unterstützung leihen wird, so wird es, den Zerfall des jetzigen, auf Unterdrückung und Ausnutzung begründeten britischen Imperialismus beschleunigend, den Boden schaffen für seine Wiedergeburt in neuer Form zur Bildung eines machtvollen Bundes zwischen dem britischen Proletariat und den Hunderten von

Millionen Bauern der früheren Kolonien. Es wird den englischen Arbeitern, die sich im Laufe vieler Jahrzehnte daran gewöhnt haben, in den Reihen des Weltproletariats eine bevorzugte Stellung einzunehmen, und die gewohnt sind, die Abfälle der Übergewinne, die die britischen Imperialisten aus den Kolonien herauschinden, zu genießen, nicht so leicht sein, diese Wahrheit zu erfassen. Wir sehen denn auch, daß sogar die linken Führer der englischen Arbeiterpartei in der Kolonialfrage gegenwärtig eine schwankende Haltung einnehmen. Aber die hoffnungslose Lage des britischen Imperialismus und die Unvermeidlichkeit der Befreiung von Hunderten von Millionen britischer Kolonialsklaven, bei denen das National- und Klassenbewußtsein bereits erwacht ist, aus imperialistischer Knechtung, werden die englischen Arbeitermassen rasch überzeugen — und haben sie bereits zu überzeugen begonnen — daß ihre einzige, aber sichere Rettung das innige Bündnis mit diesen Kolonialsklaven ist.

Wir wiederholen, das englische Proletariat braucht den Zerfall des heutigen britischen Imperiums nicht zu fürchten. Es wird mit seiner Unterstützung imstande sein, in der Form einer machtvollen Union von Sowjetrepubliken der Arbeiter und Bauern eine Wiedergeburt zu erleben. Aber für die englischen Lords und die englischen Finanzmagnaten wird der Zerfall des englischen Imperiums den Tod bedeuten. Das ist der Grund, weshalb sie, Böses ahnend, gegenwärtig so nervös sind, Himmel und Hölle in Bewegung setzen gegen Sowjetrußland, das für das britische Proletariat ein Vorbild seines künftigen Staates darstellt, und gegen die Kommunistische Internationale, den treuesten Freund der Hunderte Millionen Bauern in China, Indien und in anderen Ländern, über die die englischen imperialistischen Räuber sich lustig machen.

### *III. Planmäßige Vorbereitung der Offensive und ihre Vernichtungsziele*

Einer der wichtigsten Bestandteile des britischen Offensivplanes gegen die USSR ist bekanntlich der Abschluß des Sicherheitspaktes. Im Bestreben, diesen Pakt zustande zu bringen, der die politische Krönung des Dawesbaues bilden soll, tritt England offiziell als „Beschützer“ Deutschlands auf. In Wirklichkeit ist das kapitalistische England sehr weit davon entfernt, mit Deutschland einen Pakt der „ewigen Freundschaft“ zu schließen. Für England hat der Sicherheitspakt den Zweck, Deutschland mit dem Westen nur für eine Zeit, nur bis zu dem Augenblick zu verbinden, wo es England gelingen sollte, seinen gefährlichsten Feind, die Sowjetrepublik, zu zermalmen. Sollte England dies gelingen, so würde es wie früher den Rivalen abzuwürgen suchen. Die deutsche Bourgeoisie gibt sich in vollem Maße Rechenschaft über die wahren Motive, die das zu Deutschland plötzlich in Liebe entbrannte England leiten. Paul Lensch schreibt diesbezüglich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, es wäre leicht zu verstehen, weshalb bei der Entente, und namentlich bei England, plötzlich der leidenschaftliche Wunsch entbrannte, Deutschland sollte dem Völkerbund beitreten. Man will die günstige Lage, die Deutschland politisch und geographisch zwischen dem Osten und dem Westen einnimmt, beseitigen, man will Deutschland auf die Seite des Westens hinüberziehen, natürlich nicht als gleichberechtigte und

selbständige Macht, sondern als Haussklave der Entente. Man beabsichtigt, eine Einheitsfront gegen Rußland zu schaffen und das zu verwirklichen, was während des Krieges nicht gelang“ . . . „Diese Situation der westlichen Mächte müßte man im Interesse Deutschlands“, schreibt Lentsch weiter, „mit Energie, Klugheit und Tapferkeit ausnutzen. Die Schwierigkeiten der Entente würden noch weiter wachsen, und Deutschland befinde sich noch immer in schärfstem Gegensatz zu ganz Europa, soweit es durch die Siegerstaaten vertreten wird.“

England ist bestrebt, Deutschland in eine Kampfmaschine gegen die Sowjetrepublik, zu einer tiefgehenden Rückendeckung für die Banden zu gestalten, die bestimmt sind, die Offensive gegen Sowjetrußland zu ergreifen. Zu diesem Zwecke muß Deutschland auf Kosten Polens entschädigt werden, und England unterstützt Deutschland in dem Bestreben, den Danziger Korridor zu beseitigen. Für die Offensive gegen Sowjetrußland benötigt England jedoch auch die Unterstützung durch Polen. So werden denn gegenwärtig die Fühler ausgestreckt, um festzustellen, ob Polen bereit sein würde, sich für den Verlust des Danziger Korridors auf Kosten Litauens schadlos zu halten und sich mit einem anderen Ausgang zum Meere — über Memel — zufrieden zu geben.

Da Deutschland entwaffnet ist und Frankreich sich auf jede Weise seiner Bewaffnung widersetzt, weisen ihm die Verschwörer gegen die USSR nur eine passive Rolle im Angriffsplan zu: Es muß den Transport von Militär und Munition durch sein Territorium im Falle eines Krieges gegen die USSR gestatten und eine tiefgegliederte Rückendeckung für die Angreifer bilden. Eine lebendige, für eine unmittelbare Offensive bestimmte Kraft bereitet England an zwei Frontabschnitten vor, und zwar im Norden und im Süden. An der Nordfront organisiert England den Bund der Baltischen Staaten mit Finnland, Estland und Litauen, der sich bei seiner Offensive gegen die USSR auf den skandinavischen Block stützen können. Finnland, Litauen und Estland sind natürlich in keiner Weise an einen Krieg gegen die USSR interessiert, wie auch die USSR nicht interessiert ist an einem Kriege gegen die Grenzländer, mit denen sie vielmehr in Frieden leben will. Außerdem ist Finnland voller Mißtrauen den ihm aufgedrängten Verbündeten, Schweden, gegenüber. England kümmert jedoch wenig, woran diese kleinen Staaten interessiert sind und was sie wollen. Wie England vor dem imperialistischen Kriege, unter dem Vorwande der Verteidigung Belgiens, gegen den Willen der belgischen Regierung und entgegen den strategischen Verteidigungsplänen des belgischen Generalstabes, auf das Recht der Landung englischer Truppen auf belgischem Gebiet und auf die Einbeziehung Belgiens in den Krieg bestand, der früher oder später zwischen England und Deutschland entbrennen mußte, so organisiert es jetzt, unter dem Vorwande des Schutzes Finnlands, Litauens, Estlands gegen die Sowjetrepublik (die nicht daran denkt, diese Länder anzugreifen), planmäßig eine gepanzerte Faust gegen die USSR, gestützt auf die Macht seines Portemonnaies, seiner Flotte und seines politischen spezifischen Gewichtes in Europa.

Gleichzeitig organisiert England einen Kampfbund gegen die USSR auf dem Balkan und an der Donau, dessen Vorhut Rumänien bilden soll. Um diese zweite Faust zu schaffen, muß England in Ungarn und auf dem Balkan

einerseits jede gegenrevolutionäre Bewegung unterstützen und andererseits bemüht sein, diese Länder durch Kreditversprechungen, durch Bestechung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die USSR zu bewegen.

Es gibt in diesem Teile Europas keine noch so dunkle Affäre, bei der nicht zu erkennen wäre, daß England die Hand im Spiele hat.

Unter dem Drucke Englands lehnt Ungarn es ab, den Vertrag mit der USSR zu ratifizieren. England verspricht dagegen, die Militärmacht Ungarns wiederherzustellen, falls es sich bereiterklärt, der sowjetfeindlichen Donauföderation beizutreten, die von England organisiert wird. Der konterrevolutionäre Umsturz Achmed-Zoglus in Albanien wurde unter der Mitwirkung und mit den Kräften Jugoslawiens vollzogen. Im gegenwärtigen Augenblick ist jedoch Achmed-Zoglus Hauptstütze wiederum England, das angesichts der im Wachsen begriffenen revolutionären Bewegung gegen die albanischen Beks und die fremdländischen Agenten mit Achmed-Zoglu einen Vertrag abschließt dahingehend, daß, sollte ihm eine ernstliche revolutionäre Gefahr drohen, es eine vorübergehende Okkupation Albaniens durchführen würde. In Bulgarien unterstützt England das blutige Regime Zankows. Gerade England war es, das dem Henker Zankow die Verstärkung der Armee um 10 000 Mann gestattete, zur Abrechnung mit den bulgarischen Volksmassen, und zwar trotz des Widerspruches Jugoslawiens gegen eine Verstärkung der militärischen Kräfte Bulgariens. Jetzt sucht England Zankow, der sein blutiges Werk vollendet, das gegen ihn den glühendsten Haß der Arbeiter- und Bauernmassen sowie der Intellektuellen hervorgerufen hat, zu retten und empfiehlt ihm, sich mit den konstitutionellen Parteien auszusöhnen und eine Koalitionsregierung zu bilden. Für diese Zankow erwiesenen Dienste und für die ihm versprochene finanzielle Hilfe verlangt England einerseits die Zustimmung zur Einrichtung einer Kontrolle über die bulgarischen Finanzen, andererseits verlangt es Bulgariens Teilnahme, zusammen mit Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien, an dem Offensivbündnis gegen die USSR. England bemüht sich auch, die Türkei in diesen Bund einzubeziehen, und ist, um diesen Zweck zu erreichen, bereit, der Türkei in der Mossulfrage Zugeständnisse zu machen.

Indem England eine bewaffnete Offensive gegen die USSR im Norden und Südosten organisiert, bemüht es sich gleichzeitig, auch im Osten eine Barriere gegen die Sowjetrepublik zu errichten. Zu diesem Zwecke macht England Persien alle möglichen Versprechungen, ihm bei der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes behilflich zu sein durch Befreiung von der „wirtschaftlichen Vergewaltigung“ durch die USSR. Vorläufig kommt diese Hilfe übrigens nur darin zum Ausdruck, daß England ein Zucker- und Teemonopol in Persien zu erlangen sucht. Auch Afghanistan sucht England auf seine Seite hinüberzuziehen. Zu diesem Zweck zettelt es einerseits Verschwörungen an gegen die Afghanistaner Regierung und organisiert im Lande selbst Banden, um dann der Regierung seine Dienste anzubieten, diese Bewegung gegen eine entsprechende Kompensation zu unterdrücken.

Sieht man sich die Gebiete näher an, in denen England gegenwärtig für den Feldzug gegen das revolutionäre Moskau wirbt, so überzeugt man sich, daß England die typische Erhebung der Vendée gegen die USSR organisiert. Die lebendigen Kräfte für diesen Feldzug sucht England in den wirtschaft-

lich rückständigen, finanziell abhängigen Agrarländern. Die englische Bourgeoisie findet keine Mittel für die Unterstützung arbeitsloser Proletarier in England, aber sie scheut nicht das Geld, eine jede gegenrevolutionäre Bewegung in diesen Agrarländern zu unterstützen, um in ihnen bei der Vernichtung jener proletarischen Organisationen mitzuhelfen, die die politische Erkenntnis der Bauernschaft wecken. Nach dieser konterrevolutionären Vorbereitung beabsichtigt England die der Führer beraubten Bauernmassen in Kanonenfutter umzuwandeln und sie, unter dem Kommando der Kapitalisten und Gutsbesitzer, in den Krieg hineinzutreiben gegen das Land, in dem die verhaßte Kommunistische Internationale ihren Sitz hat, gegen das Land, das als Hölle geschildert wird, wo die Gottlosen die Kirchen in Brand stecken, wo die Frauen nationalisiert werden, wo dem Bauern der letzte Fetzen Land abgenommen wird.

Die von der englischen Regierung organisierte Vendée soll in der Sowjetrepublik die von England gestellte Aufgabe verwirklichen, in gewaltigem Umfange jene selbe blutige Abrechnung mit dem Proletariat zu wiederholen, die die Zankowhenker in Bulgarien vollbracht haben und mit Englands Unterstützung noch vollbringen. Dieser Stoß in das Herz des einzigen Proletarierbataillons, dem es bisher gelungen ist, die Macht an sich zu reißen, soll nach den Hoffnungen der Verschwörer die Einleitung zu einem unerhört reaktionären Angriff der Bourgeoisie gegen das Proletariat der ganzen Welt und in erster Linie gegen die beginnende Widerspenstigkeit des britischen Proletariats bilden.

Dies ist jedoch nicht das einzige Ziel des gegen die USSR zu organisierenden Feldzuges. Die verantwortlichen Leiter der gegenwärtigen englischen Politik sprachen sich wiederholt dahin aus, daß ihr Endziel die Zersplitterung Rußlands ist, die Losreißung Weißrußlands, der Ukraine, des Kaukasus, und die Verwandlung Rußlands in ein ohnmächtiges asiatisches Reich. England erstrebt somit gegenwärtig nicht nur eine Beseitigung der Räteordnung in Rußland, es erstrebt die Vernichtung von Rußland selbst, in der Hoffnung, daß der britische Imperialismus in seinem früheren Glanze wieder erstehen werde, wenn es ihm auf seinem Wege gelingt, das wirtschaftlich wiedererstehende Rußland zu zerstören, das ein Bindeglied ist zwischen Europa und Asien. Hierin kommt vielleicht in höherem Maße als sonstwo zum Ausdruck, daß der Imperialismus eine reaktionäre Macht in der Welt geworden ist. Ist es nicht eine Ironie des Schicksals, daß England, diese erstklassige kapitalistische, mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgerüstete Macht, sich eine Aufgabe stellt, die einst Tamerlan und Tschinggis-Chan sich gestellt haben! Sollte das kein Beweis dafür sein, daß der Kapitalismus abstirbt und sich in einen stinkenden Leichnam verwandelt?!

#### *IV. Die Gier des britischen Imperialismus erschwert die Schaffung einer Einheitsfront gegen die USSR*

Die Tatsache, daß England danach strebt, nicht nur die Räteordnung in Rußland, sondern auch den russischen Staat als solchen zu zerstören, der auf dem Landwege von Europa nach Indien liegt, zeigt, daß seine konterrevolutionären Pläne im engeren Sinne des Wortes sich mit dem Plan verflechten, alle seine gegenwärtigen und künftigen Rivalen in Europa auf die

Knie zu zwingen. Diese Doppelseitigkeit der Politik Englands kommt besonders deutlich in seinem gegenwärtigen Verhalten gegenüber dem „verbündeten“ Frankreich zum Ausdruck. Indem England sich um die Mitarbeit Frankreichs im Feldzuge gegen die USSR bemüht, unterminiert es gleichzeitig Frankreich auf Schritt und Tritt und ist bestrebt, ihm die Hegemonie in Europa zu entreißen, die Frankreich im Anschluß an den Krieg errungen hat. Und in dieser Hinsicht hat England in der Tat in kurzer Zeit große Erfolge erzielt, dank der Ausnutzung der schwierigen finanziellen Lage Frankreichs sowie mit Hilfe des amerikanischen Kapitals, das vorläufig mit England nicht in Europa, sondern an den Ufern des Stillen Ozeans konkurriert.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß England sich in jeder Weise bemüht, die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko zu erhöhen, daß es sogar die gegen Frankreich kämpfenden Rifkabylen mit Waffen versorgt. Der Sicherheitspakt hat nach dem Plane Englands nicht nur den Zweck, Deutschland in den antisowjetistischen Block einzubeziehen, er soll gleichzeitig auch die Position Frankreichs auf dem Kontinent schwächen. Sogar in Persien arbeitet England mit Deutschland zusammen. Sogar dort macht es sich die deutsche Technik zunutze, nicht nur, um Persien von der USSR loszureißen, sondern auch, um den Einfluß Frankreichs im Osten zu schwächen. Die gleiche Politik wendet England mit Erfolg auch auf dem Balkan an.

England monopolisierte das Naphtha in Albanien und läßt dort Frankreich nicht hinein. Frankreich legte Verwahrung ein gegen die Vereinbarung zwischen der Anglo-Persian Oil Co. und der albanischen Regierung, indem es darauf hinwies, daß dieses Abkommen der Politik der „offenen Tür“ und dem San Remo-Vertrage widerspricht, der zum Zwecke der Herbeiführung einer französisch-englischen Zusammenarbeit in Naphthafragen abgeschlossen wurde. Die englische Regierung hat diesem Protest jedoch keinerlei Beachtung geschenkt: die englische Regierung mische sich ja doch nicht in die Privatangelegenheiten einer Naphthagesellschaft ein! Einer der wichtigsten Stützpunkte für Frankreich auf dem Balkan ist Jugoslawien. Gegenwärtig drängt England auch dort seinen Einfluß zurück. Die Finanzgruppe Armstrong hat dort eine Anleihe emittiert. Die gleiche Gruppe hat sich bereit erklärt, Jugoslawien eine Anleihe für industrielle Zwecke und für die Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, wofür Jugoslawien sich verpflichten muß, die kriegerischen Pläne Englands gegen die USSR zu unterstützen. Frankreich verfolgt mit großer Unruhe das Eindringen des englischen Kapitals in Jugoslawien, steht dem jedoch infolge der eigenen zerrütteten Finanzen machtlos gegenüber.

Dieser englisch-französische Gegensatz, dieser systematische Kampf um die Hegemonie in Europa zwischen dem englischen und französischen Imperialismus erschwert natürlich bis zu einem gewissen Grade ihr einmütiges Zusammenarbeiten im Kampfe gegen die Sowjetrepublik. Dieser englisch-französische Antagonismus erschwert ganz besonders die Gewinnung jener europäischen Staaten für den antisowjetistischen Block, die zwar im europäischen Konzert die zweite oder dritte Geige spielen, aber immerhin etwas zu verlieren haben; die eine eigene Großindustrie besitzen, welche den russischen Markt für den Absatz ihrer Erzeugnisse benötigt; die ein eigenes klassenbewußtes Proletariat haben, dessen Aufstand die einheimische Bour-

geoisie fürchten muß für den Fall ihres Feldzuges gegen die USSR; Staaten, die mit Recht fürchten müssen, von England und Frankreich als Sturmbock benutzt zu werden, während diese selber hinter den Kulissen die Fäden lenken. Es sind dies Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei.

Das bürgerliche Deutschland haßt und fürchtet natürlich die Sowjetrepublik nicht weniger als England und Frankreich. Doch ist sich die deutsche Bourgeoisie darüber klar, daß sie, entwaffnet, wie sie ist, im Falle eines kriegerischen Konfliktes mit der USSR, in eine viel gefährlichere Lage geraten würde als 1923, da diesmal das deutsche revolutionäre Proletariat eine Unterstützung durch die russische Rote Armee erfahren würde, die selbst Kautsky in seiner provokatorischen Broschüre als „die disziplinierteste Armee der Welt“ bezeichnet. Andererseits weiß die Bourgeoisie Deutschlands, wie kurzlebig und falsch die Freundschaft Englands ist, und sie weiß auch, welche wirtschaftlichen Vorteile sie aus der Lage Deutschlands als Pufferstaat zwischen der Entente und der Sowjetrepublik ziehen kann. Das deutsche Handelskapital und seine kleinen Agenten toben und schreien zwar gegen das Außenhandelsmonopol in der USSR, und sie waren bereit, zum Zwecke der Beseitigung dieses Monopols den ersten besten Vorwand zu benutzen, um die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen. Es ist auch wahr, daß die feigen und durch den Haß ihres Renegatentums verblendeten Führer der deutschen Sozialdemokratie, die sich in ihrer Rolle als Lakaien der Entente gefallen, in den Chor der deutschen arbeitslosen Handelsreisenden einstimmen und ebenfalls mit den Waffen gegen die USSR rasseln. Aber die Industrie- und Regierungskreise Deutschlands, die bereit sind, sich die Schlinge des Sicherheitspaktes um den Hals zu legen, sind keineswegs begeistert und suchen vorsichtshalber nach Schlupflöchern, damit die Schlinge nicht zu einer tödlichen Schlinge werde. Daher hatte die Deutsche Volkspartei während der Unterhandlungen über den Sicherheitspakt eine, vermutlich mit Stresemann vereinbarte Plattform angeregt, in der es hieß, daß aus dem berüchtigten § 16 der Satzungen des Völkerbundes, der von dem obligaten gemeinsamen Vorgehen gegen den „Friedensstörer“ handelt, in bezug auf Deutschland alles entfernt werden müßte, was für Deutschland eine Kriegsgefahr bilden könnte, daß ferner der Rapollovertrag nicht vernichtet werden dürfte, und endlich, daß der Vertrag mit dem Westen zu keiner Politik gegenüber Rußland führen dürfte, die den deutschen Interessen zuwiderläuft. Auch der Reichskanzler Luther hat sich, wenn auch in vorsichtigerer Weise, im gleichen Sinne ausgesprochen: Was den § 16 der Völkerbundssatzungen anbetreffe, so befinde sich Deutschland in einer von den anderen Ländern so sehr abweichenden Lage, daß es gewichtige Gründe hat, zu verlangen, daß diesem Umstande und den daraus sich ergebenden Bedingungen für die Regelung der Frage Rechnung getragen werde. Deutschland müsse die Gewähr haben, nicht zum Aufmarschgebiet fremder Truppen und zur Operationsbasis für jene militärischen Konflikte zu werden, die bei dem allgemeinen Wettrüsten gerade infolge des Beschlusses des Völkerbundes auftauchen könnten. Wir wissen natürlich, daß allen diesen Einwendungen die Bedeutung einer gewöhnlichen Erpressung beim Geschäft zukommen kann. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Deutschland sich letzten Endes mit der Entente in bezug auf den Sicherheitspakt verständigen wird. Aber es ist mehr als zweifelhaft, daß die deutsche

Regierung sich bei Unterzeichnung des Sicherheitspaktes keine Schlupflöcher sichern, und daß die deutsche Bourgeoisie die Schwierigkeiten, die England und Frankreich zur Zeit verspüren, wie auch den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den beiden Ländern nicht ausnutzen sollte. Man denke an die Worte von Lensch.

Nicht weniger schwierig ist es für England, Polen vor seinen Wagen zu spannen. An der Spitze Polens steht eine reaktionäre Regierung, die bei sich zu Hause einen schonungslosen Kampf gegen den Kommunismus führt. Gleichzeitig sind die polnischen Militärkreise und die „Pilsudski“leute nach wie vor zu jedem Abenteuer bereit. Aber die polnischen Industriellen sind aufs äußerste daran interessiert und sie werden es in noch höherem Maße sein nach Aufhören der zollfreien Einfuhr polnischer Waren nach Deutschland, einen innigen Kontakt mit dem russischen Markt herzustellen. Die konservative „Volksdemokratie“, die von einer Konsolidierung des polnischen Nationalstaates träumt, blickt mit wachsender Unruhe auf den deutschen Kapitalismus. Sie ist im Interesse einer staatlichen Festigung Polens nicht nur nicht geneigt, zugunsten der englischen politischen Kombinationen auf den Danziger Korridor zu verzichten, sie ist vielmehr bereit, auch noch Ostpreußen an sich zu reißen. Selbst die Polen angebotene Kompensation in Gestalt des Memeler Korridors und einer Föderation mit Litauen lockt sie nicht im geringsten, da Polen hierdurch endgültig zu einem Staate werden würde, in dem die Polen eine Minderheit der Bevölkerung wären. Es ist bezeichnend, daß sogar der Pilsudski-Mann Srokowski zur Zeit seine Orientierung in dieser Frage ändert und in dem Organ Pilsudskis „Droga“ schreibt: „Lassen wir uns durch die gewaltigen Gebiete des Ostens, durch allerhand Polessje, Nowogrudki, Wolynien nicht irreführen. Was uns zu einer Großmachtstellung verhilft, ist das dicht bevölkerte Zentrum des Staates: der im Kern polnische Teil, Posen, der Danziger Korridor und Ostschlesien.“ Gewiß würde Polen, trotz dieser ganzen Deutschfeindlichkeit im Falle eines Krieges gegen die USSR nicht unbeteiligter Zuschauer bleiben. Aber jene aktive Rolle eines Initiators, die die Entente, und namentlich England, ihm aufhalsen möchten, wird Polen sehr ungerne auf sich nehmen.

Ebenso steht es um die Tschechoslowakei, deren Führer mit einem Auge nach Moskau schielen.

Während die Gier des englischen Imperialismus, während der englisch-französische Gegensatz bis zu einem gewissen Grade die Schaffung einer Einheitsfront gegen die Sowjetrepublik in Europa verzögert, schwächt der englisch-amerikanische Antagonismus in dem gleichen Sinne das konterrevolutionäre Vorgehen Englands im Fernen Osten. Die Vereinigten Staaten von Amerika streben natürlich ebenso nach einem kapitalistischen Eindringen in China und dessen Ausbeutung wie England und Japan. Aber die bessere Technik der Vereinigten Staaten, ihre unerschöpflichen Finanzquellen und ihre größere Nähe an China im Verhältnis zu England geben Amerika die Möglichkeit, China auf eine weniger räuberische Art, mit „pazifistischen“ Methoden zu erobern, als dies England tut. Nicht ohne Schadenfreude verfolgen daher gegenwärtig die Vereinigten Staaten die Empörung des ganzen chinesischen Volkes, die der englische räuberische Imperialismus auslöst, und sind nicht abgeneigt, eine Vermittlerrolle zu spielen, die letzten

Endes zu einer Verdrängung Englands aus China und zur Einnahme ihrer Position durch die Vereinigten Staaten führen muß. Für eine solche ver-söhnlichere Politik in China agitiert u. a. in Amerika energisch der Senator Borah, dessen Einfluß nach dem Tode Lafollettes stark gestiegen ist. Um das Verhalten der amerikanischen Bourgeoisie den gegenwärtigen Ereignissen in China gegenüber zu kennzeichnen, bringen wir nachstehend einen inter-essanten Auszug aus der „Washingtoner Post“: „Die Verteidigung briti-scher, französischer oder sonstiger Interessen in China ist nicht Sache der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Regierung ist weder moralisch noch sonst von irgendeinem Standpunkte aus verpflichtet, an der Herstellung einer stabilen Regierung (Chang-Tso-Lin? A. M.) in China oder an der Unterdrückung der kommunistischen Propaganda mitzuwirken. Die Kon-ferenz, die man einzuberufen beabsichtigt, wird in Amerika auf eine sehr geringe Opposition stoßen; sie wird im Gegenteil im Lande eine machtvolle Unterstützung finden, als neuer Beweis für die herrschende Rolle der Ver-einigten Staaten in internationalen Angelegenheiten.“

Die Stellung, die Amerika China gegenüber einnimmt, findet auch in den britischen Dominions ein zustimmendes Echo. So schreibt z. B. der „Daily Express“, dessen Besitzer, Lord Beaverbrook, Kanadier von Geburt, die in Kanada herrschenden Stimmungen durchaus richtig wiedergibt, fol-gendes zur chinesischen Frage: „Die chinesischen Proteste mit dem Geschrei über „Bolschewismus“ zu beantworten, ist ganz sinnlos. Die üble Gewohn-heit, alles Schlechte in der Welt den Moskauer Verschwörern zuzuschreiben, wird sehr leicht erfaßt, aber sie stumpft den Intellekt ab. Außerdem be-hindert sie ein wirkliches Studium der Ursachen, die zu den Unruhen ge-führt haben, ein Studium, das zur Heilung führen könnte . . . Es wäre ein-fach lächerlich, zu glauben, daß der nationalistische Aufruhr, der in vieler Beziehung dem 25 Jahre zurückliegenden Boxeraufstand (?) ähnlich ist, zu dessen Zeit noch niemand etwas von Lenin und seinen Genossen wußte, durch äußere Einflüsse hervorgerufen sein könnte.“ Es ist natürlich Unsinn, eine Analogie zwischen der revolutionären Befreiungsbewegung in China und dem alten antieuropäischen Boxeraufstand herstellen zu wollen. Die Warnung durch den „Daily Express“ ist jedoch sehr bemerkenswert. Noch bemerkenswerter ist die Rede des früheren australischen Premierministers, Hughes, im australischen Parlament: „Ich billige durchaus“, so erklärte er, „das Auftreten des Führers der Arbeiterpartei (der die englische Politik scharf kritisiert hatte. A. M.). Wenn das Schießen auf chinesische Natio-nalisten in deren eigenem Lande keine kriegerische Handlung sein soll, was ist dann noch eine kriegerische Handlung? Wenn jetzt Strolche einen chinesischen Arbeiter in Melbourne überfallen, so kann China seine Flotte gegen Australien senden, mit der Begründung, daß es das Leben und Eigen-tum der chinesischen Arbeiter schützt. Wir haben nicht das Recht, uns in die Angelegenheiten Chinas einzumischen. Man hatte nicht das Recht, den Kreuzer „Brisbane“ nach den chinesischen Gewässern zu senden, es sei denn, daß es auf den besonderen Wunsch Australiens geschah.“

Alle angeführten Tatsachen beweisen, daß die Schaffung einer breiten Einheitsfront gegen die Sowjetrepublik und gegen den revolutionären Osten durch innere Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten erschwert wird. Es wäre jedoch überaus leichtfertig, daraus zu folgern, daß die Ge-

fahr einer Intervention in der USSR nicht bestehe. Man kann im Gegenteil mit Bestimmtheit sagen, daß, falls nicht vorher ein imperialistischer Krieg aus anderen Gründen zum Ausbruch kommt, ein Krieg gegen die Sowjetrepublik früher oder später unvermeidlich entbrennen wird, denn der Haß und die Furcht der Bourgeoisie uns gegenüber sind grenzenlos. Dieser Haß und diese Furcht können die Bourgeoisie in den Krieg treiben, auch wenn es der britischen Regierung nicht gelingen sollte, eine Einheitsfront sämtlicher imperialistischer Großstaaten zurechtzuzimmern. Wir können nur sagen, daß uns zur Zeit eine gewisse Atempause gewährt ist, deren Dauer wir nicht vorauszusagen vermögen.

Die einzig reale Gewähr dafür, daß die Intervention bis aufs äußerste verzögert werden und mit einem Mißerfolg endigen wird, ist daher nicht in den Gegensätzen zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern, sondern in der Schaffung einer Einheitsfront der Proletarier aller Länder und in dem Ausbau des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft in diesen Ländern zu suchen.

#### *V. Einheitsfront des Proletariats gegen die Einheitsfront der Bourgeoisie*

Das Vorgehen des britischen Imperialismus gegen die USSR, das früher oder später zu einem bewaffneten Zusammenstoß zu führen droht, birgt eine gewaltige Gefahr in sich, nicht nur für die Sowjetrepublik, sondern auch für das Proletariat und die Bauernschaft der ganzen Welt. Angesichts dieser Gefahr ist die Schaffung der proletarischen Einheitsfront eine Frage von größter Aktualität, die um keinen Tag, um keine Stunde verzögert werden darf.

Zum Glück ist diese Einheitsfront bereits im Werden begriffen. Die erste Bresche in die Feste der II. Internationale, die das Proletariat im Interesse einer Errettung des Kapitalismus spaltete, haben die englischen Arbeiter gelegt. Dies rief bei der englischen Bourgeoisie und ihren Lakaien sofort die größte Unruhe hervor. Der reaktionäre englische Arbeiterführer Snowden schlug bereits im Juni in den Spalten der liberalen „Daily News“ Lärm: „Das Ziel der britischen Kommunisten, das sie verheimlichen“, schrieb er wutschnaubend, „ist, alles zu vernichten: sowohl den kapitalistischen Apparat und das Parlament als auch die Arbeiterpartei und das Britische Reich; vor kurzem stellten sie sich sogar die Aufgabe, den irischen Freistaat zu stürzen und eine revolutionäre Republik Irland zu begründen . . . Ihr Kampf gegen die Arbeiterpartei wird intensiver geführt denn je. Dem Rate Lenins folgend, bemühen sich die Kommunisten seit einer Reihe von Jahren, in die Arbeiterpartei einzudringen, um sie von innen zu sprengen.“ Weiterhin hebt Snowden hervor, daß die Kommunistische Partei, obgleich klein an Zahl, bei den Massen bereits Anklang findet: „So wurde im Laufe der letzten Wochen drei Arbeiterdeputierten von örtlichen Organisationen eine Mißbilligung ausgesprochen, weil sie es abgelehnt hatten, bei Arbeiterdemonstrationen gemeinsam mit den Kommunisten zu reden. Der Generalrat der Trade-Unions erklärt sich mit den russischen Bolschewiki solidarisch . . . Ein Arbeiterdeputierter in Glasgow hieß kürzlich die Jahreskonferenz der britischen Kommunisten willkommen. Entgegen den Entschlüssen der

Kongresse der Arbeiterpartei sprach sich ein Parlamentsmitglied für eine Parlamentskandidatur der Kommunisten aus.“ In der gleichen Tonart sprach in der Konferenz der Konservativen Partei der Innenminister Johnson Hicks. „Die Rote Internationale“, sagte er, „diese große Moskauer Organisation, weiß, daß Großbritannien der Mittelpunkt des Individualismus ist, und daß sie, wenn es ihr nicht gelingen sollte, die Trade-Unions zu erobern, nach Ablauf einiger Jahre sterben wird. Sie hat daher ihre Tätigkeit nach London verlegt, um die verschiedenen Arbeiterorganisationen zu einer festgefühten Armee zusammenzuschweißen.“ Auf die Gefahr hin, Herrn Hicks zu ärgern, müssen wir sagen, daß die Rote Internationale nicht nur ihre Tätigkeit nach London verlegt hat, sondern daß sie auch die Trade-Unions zu erobern beginnt. Bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung der englischen Arbeitermassen ist, daß die zur Zeit in England sich entwickelnden großen Schlachten des Proletariats auf wirtschaftlichem Boden die Forderung nach Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und der Sowjetrepublik zur Folge haben. Als Unterhandlungen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland begannen, warnte der Generalrat der Trade-Unions in deren Namen Chamberlain auf das nachdrücklichste vor diesem Schritt. Dieser Akt der Solidarität mit dem russischen Proletariat findet in den Herzen der britischen Arbeitermassen einen lebhaften Wiederhall. Bezeichnend ist, daß selbst Bernard Shaw, der für die Stimmung der englischen Arbeiter ein feines Gehör hat, gezwungen war, in der Presse („Daily News“) in bezug auf das Auftreten Snowdens, den er zu seinen Gesinnungsfreunden zählt, zu erklären: „Die Arbeiterpartei handelt richtig, wenn sie ihre Festung verteidigt, sie darf aber nicht die weiße Fahne der Bourgeoisie herausstecken, denn eine solche Fahne auf einer Arbeiterfestung bedeutet die Kapitulation. Man darf dies gegenwärtig umsoweniger vergessen, als gewisse Kräfte sich bemühen, die Arbeiter vom Sozialismus (einschließlich den Kommunismus) loszureißen, um sie wieder in das Flußbett des reinen Trade-Unionismus, d. h. in das kapitalistische oder liberaldemokratische Flußbett zurückzuführen.“ Viel entschiedener und jedenfalls viel aufrichtiger trat John Bromley auf der Versammlung der Eisenbahner in Chester gegen die Versuche auf, die Arbeiter gegen die Kommunisten aufzuhetzen: „Obgleich ich nicht Kommunist bin“, sagte er, „und mit vielem nicht einverstanden bin, was die Kommunisten lehren, weiß ich doch das eine, daß die Kommunisten den Kampf führen gegen dieselben, gegen die auch wir kämpfen. Die Kommunisten kritisieren auch mich, aber ich weiß, daß sie stets an unserer Seite sein werden, wenn wir in den Kampf ziehen werden. Ich hoffe, daß wir dem Rate von Johnson Hicks nicht folgen werden. Wir werden nicht so dumm sein, uns Wunden beizubringen. Die Bewegung der Minderheiten strebt nach einer Beseitigung des kapitalistischen Systems, und das ist auch unser Ziel. Der Kapitalismus ist der Fluch unseres Landes. Wenn die Konservativen uns sagen, die Interessen von Kapital und Arbeit seien identisch, so ist das eine erbärmliche Lüge. (Zustimmung.) Wir müssen dies System nicht gewaltsam beseitigen, wir müssen es mit anderen Mitteln beseitigen, aber die Beseitigung dieses Systems ist unvermeidlich, denn dieses System ist nicht christlich, nicht menschlich, es ist unvernünftig und brutal. Ihm muß ein Ende bereitet werden, und wir arbeiten daran, dieses Ende zu beschleunigen.“

Bromley hat, wie diese Rede lehrt, sich noch nicht von der Illusion befreit, der Kapitalismus könnte mit friedlichen Mitteln beseitigt werden; aber in dem Maße, wie er aufrichtig den Kapitalismus beseitigen will, in dem Maße, wie ihm die Heuchelei der Herren Macdonald & Co. fremd ist, wird ihn das Leben lehren, sobald der Augenblick für das entscheidende Ringen gekommen sein wird. Einige englische Arbeiterführer haben bereits aus dem Leben gelernt. Ein beredtes Beispiel hierzu bietet die Rede des schottischen linksstehenden Arbeiterdeputierten Campbell Stephan im Parlament aus Anlaß des Gesetzentwurfes der Regierung über die Arbeiterversicherung. Campbell Stephan erklärte im Parlament: „Diese scheinheilige Regierung, deren Minister Psalmen singen und Predigten halten, hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der darauf berechnet ist, die Ärmsten der Armen auszuplündern. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterklasse dieser Regierung bald ein Ende bereiten wird, und zwar ein Ende auf nicht konstitutionellem Wege. (Zustimmung auf den Bänken der Arbeiterfraktion.) Diese Art Gesetzgebung wird ihre Früchte tragen, und manche Mitglieder dieser Regierung werden noch am Laternenpfahl ihr Leben beenden.“ (Große Bewegung.)

Die englischen Arbeiter sprechen sich immer entschiedener für eine Einheitsfront mit den Bolschewiki aus, und einige ihrer Führer fangen schon selbst an, die Sprache von Revolutionären zu führen. Dies mußte einen Widerhall bei den sozialdemokratischen Arbeitern der anderen Länder finden und hat ihn auch schon gefunden. Sie haben lange an all die Märchen geglaubt, die die sozialdemokratischen Führer ihnen über Sowjetrußland auftrichteten. Der Bericht der englischen Arbeiterdelegierten über das, was sie in diesem Lande, über das von den Kapitalisten und ihren Nachbetern so viel gelogen wird, gesehen haben, hat Zweifel in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeitermassen aufkeimen lassen, mit dem Ergebnis, daß viele Arbeiter nach der Sowjetrepublik zu pilgern begannen. Den englischen Arbeitern folgten belgische, den belgischen deutsche, auf die deutschen folgten schwedische, und sie alle erklären einstimmig: man hat uns betrogen, wir hatten keine Ahnung, daß neben uns ein großes Land vorhanden ist, in dem trotz gewaltiger Schwierigkeiten tatsächlich am Aufbau des Sozialismus gearbeitet wird, in dem die Arbeiterklasse sich als Herr fühlt. Die Einmütigkeit der Äußerungen aller Arbeiterdelegierten, die in Rußland gewesen sind, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, überzeugt uns davon, daß die Einheitsfront des Proletariats nicht nur möglich ist, sondern daß sie in naher Zukunft verwirklicht werden wird, wenn wir alle unsere Energie darauf konzentrieren werden.

Der englische Imperialismus, der mit so großem Erfolge die Politik der Einkreisung Deutschlands betrieben hat, die zum Kriege führte, unternimmt nunmehr den gleichen Versuch gegenüber der Sowjetrepublik. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht. Die Lügen und Verleumdungen über die Sowjetrepublik beginnen sich in den Reihen der westeuropäischen Arbeiter zu zerstreuen . . . Es wird den Imperialisten jetzt nicht mehr gelingen, die Massen zu übertölpeln, sie davon zu überzeugen, daß der Krieg, den sie gegen die Sowjetrepublik anzetteln, ein Befreiungskrieg sei.

Und wenn trotzdem der Krieg zum Ausbruch kommen sollte, so kann man überzeugt sein, daß die Arbeiter sich ihm gegenüber nicht so passiv

verhalten werden, wie sie sich zu dem Kriege 1914 verhalten haben, denn die europäischen Arbeitermassen haben seitdem so manchen revolutionären Sturm erlebt. Sie haben in Deutschland, in Italien, in England und in anderen Ländern gesehen, daß die Macht der Bourgeoisie zermürbt und zum Sturze reif ist. Sie haben an den Erfahrungen Rußlands erkannt, daß das Proletariat fähig ist, die Macht in die Hand zu nehmen und sie während einer ganzen Reihe von Jahren zu halten, unbeirrt weiterschreitend auf dem Wege zum Sozialismus. Für sie ist der Sozialismus nicht nur mehr Zukunftsmusik, er ist zum Greifen nahes Ziel. Wir sind daher überzeugt, daß, wenn die britischen Imperialisten erneut den Weltbrand entzünden sollten, die europäischen Arbeiter anfangen werden, russisch zu reden. Und diese Sprache wird den Brandstiftern nicht gut bekommen.

**JAY LOVESTONE:**  
**DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS**  
**AMERIKA VON HEUTE**

Was veranlaßte die amerikanischen Kapitalisten, gerade den 4. Juli zu wählen, den Geburtstag der nationalen Unabhängigkeit der Yankee-Bourgeoisie, um der übrigen Welt gegenüber eine Parade ihrer politischen Gewaltmittel und ihrer industriellen Macht zu veranstalten?

Die Wahl des 4. Juli als Tag dieser ostentativen Demonstration seitens der amerikanischen herrschenden Klasse ist eine logische historische Konsequenz einer Reihe politisch-ökonomischer Ereignisse von allererster Bedeutung. Für die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten hat der 4. Juli aufgehört, ein Symbol ihrer nationalen Befreiung von Groß-Britannien zu sein. Dieser Tag ist zum Symbol geworden sowohl der ernstesten Bedrohung der Unabhängigkeit zahlreicher Völker als auch des Kampfes des internationalen Proletariats um seine Klassenbefreiung durch den amerikanischen Imperialismus.

*Die Entwicklung des amerikanischen Imperialismus*

Die Geschichte des Aufstiegs des amerikanischen Imperialismus von einer um ihre Freiheit kämpfenden Gruppe von dreizehn britischen Kolonien zur ersten imperialistischen Weltmacht kann im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung in drei Perioden eingeteilt werden.

1. In der Periode von 1763—1815 erkämpfte sich der amerikanische Kapitalismus seine nationale Unabhängigkeit.

2. In der Zeit von 1815—1893 konsolidierte sich die Yankee-Bourgeoisie und zentralisierte sie ihre Herrschaft über die Produktion und den Handel. In diesem Stadium der ökonomischen Entwicklung wurde das Fundament gelegt für die gegenwärtige hoch zentralisierte Regierungsform und die intensive Ausbeutung der Naturschätze des Landes auf einer nie dagewesenen Stufenleiter.

3. Wirtschaftlich betrachtet, war es das Jahr 1893, das die dritte, die imperialistische Ära des amerikanischen Kapitalismus einleitete — das Endstadium des amerikanischen Kapitalismus. Die amerikanische Bourgeoisie redet heute von „Einflußsphären“, von der „offenen Tür im Fernen Osten“ und von „Oberhoheit im Stillen Ozean“.

Politisch gesprochen, erfolgte das Debut Amerikas auf der imperialistischen Bühne im Jahre 1898, dem Jahr seines erfolgreichen Krieges gegen Spanien. Unmittelbar nach dem Sieg über Spanien machte die Yankee-Bourgeoisie den Golf von Mexiko und das Caraibische Meer zu dem sechsten

großen amerikanischen See. Kuba, Porto Rico, die Philippinen, Guam und Hawai fielen bald unter die Gewalt der Washingtoner Wallstreet-Regierung. Seit dem Tage hat sich die imperialistische Entwicklung der Vereinigten Staaten mit wachsender Schnelligkeit vollzogen.

### *Der Aufstieg eines imperialistischen Riesen*

Die amerikanische Bourgeoisie beherrscht heute ein Gebiet von 150 000 Quadratkilometern mit mehr als 10 Millionen Einwohnern in Zentral-Amerika und im Caraiben-Gebiet. Die Flagge von Wall-Street weht im Stillen Ozean über ein Inselreich von mehr als 125 000 Quadratkilometern mit fast 15 Millionen Einwohnern. Der Umfang dieses imperialistischen Besitzes entspricht der Fläche von England, Frankreich und Belgien zusammengenommen.

Der Satz, daß Amerika der Weltgeldgeber des Kapitalismus ist, ist mehr als eine bloße Phrase. Er ist eine Tatsache von Weltbedeutung. Das imperialistische Amerika hat aufgehört, nur ein wenn auch riesiges Land zu sein, das sich auf die eigentlichen Vereinigten Staaten und Alaska beschränkt. Das imperialistische Amerika ist heute zum mindesten ein Kontinent. Es ist in Wahrheit mehr als ein Kontinent, mehr sogar als zwei Kontinente. Das imperialistische Amerika ist in mancher Hinsicht heute eine Welt für sich selbst. Die Vereinigten Staaten sind zur Zeit die am wenigsten auf die übrige Welt angewiesene kapitalistische Macht. Die Yankee-Bourgeoisie verfügt über ausgezeichnete, unübertroffene Häfen am Atlantischen und am Stillen Ozean. Die Yankee-Imperialisten beherrschen die Eisenbahnen Nord-, Mittel- und Südamerikas.

Die Bedeutung dieser strategischen Lage des amerikanischen Imperialismus ist von Mr. Semle in seinem Buch „Die amerikanische Geschichte und ihre geographischen Bedingungen“ treffend wie folgt charakterisiert worden.

„Der wichtigste geographische Umstand in der vergangenen Geschichte der Vereinigten Staaten war ihre Lage am Stillen Ozean Europa gegenüber; der entscheidendste geographische Umstand im Hinblick auf die Zukunft wird wahrscheinlich ihre Lage am Stillen Ozean gegenüber Asien sein“.

Man hat gesagt, daß der Weltkrieg die Vereinigten Staaten zur führenden imperialistischen Macht erhoben habe. Solche Behauptungen sind im besten Falle halbe Wahrheiten. Sie sind darum doppelt irreführend und geben eine falsche historische Perspektive. Es war für den amerikanischen Imperialismus nur eine Frage der Zeit, wann er die führende Macht in der internationalen imperialistischen Politik werden würde. Die gewaltigen, fast unbegrenzten Naturschätze auf einem zusammenhängenden ungeheuren Gebiet, die glänzend entwickelte Technik der Ausnutzung dieser Schätze, die ausgezeichnete strategisch-geographische Lage, das sind nur einige wenige der hauptsächlichsten Faktoren der schnellen Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus.

Der Weltkrieg hat diese Entwicklung nur beschleunigt. Der Weltkrieg mit seiner vier Jahre währenden Zerstörung und Selbstauspöterung der europäischen Konkurrenten Amerikas, in Verbindung mit der intensivsten ökonomischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten, hat die unvermeidliche Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus nur näher gebracht.

### *Amerikas Reichtum*

„Wir halten in unseren Händen jetzt drei Trümpfe in dem Spiel um kommerzielle Größe: Eisen, Stahl und Kohle. Wir sind lange Zeit die Kornkammer der Welt gewesen. Unser Streben geht jetzt danach, ihre Werkstatt zu werden, und später wollen wir ihr Clearing-House werden.“ Diese Worte hat vor 30 Jahren der Präsident der amerikanischen Bankier-Vereinigung bei der Eröffnung des Kongresses dieser Vereinigung gesprochen. Alle diese Wünsche sind heute Wirklichkeit geworden. Wenn wir prüfen, inwieweit die Yankee-Imperialisten über die Weltreichtümer verfügen, so finden wir folgendes: Amerika kontrolliert über 50 Prozent des gemünzten Goldes der Welt, 43 Prozent der Weltkohlenförderung, 54 Prozent der Eisen- und 64 Prozent der Stahlproduktion; 52 Prozent der Welt-Holzproduktion, nahezu 70 Prozent der Baumwollproduktion; über 40 Prozent der Schuhproduktion und gut 90 Prozent der Weltautomobilproduktion.

Innerhalb der Grenzen Amerikas befindet sich über die Hälfte des gesamten Welteisenbahnnetzes. Dreiviertel aller Telephone der Welt entfallen auf die Vereinigten Staaten.

Die amerikanischen Arbeiter sind die leistungsfähigsten der Welt. Sie bedienen den bestorganisierten und höchstentwickelten Produktions- und Austauschapparat. Die Arbeitsleistung des amerikanischen Eisenarbeiters hat sich seit der am 4. Juli 1776 unterzeichneten Unabhängigkeitserklärung verzehnfacht. Die Arbeitsleistung des amerikanischen Stahlarbeiters übertrifft die seines englischen Kollegen um das dreifache. Der amerikanische Kohlenbergarbeiter fördert achtmal mehr Kohle als zur Zeit der Annahme der amerikanischen Verfassung im Jahre 1787. Er fördert zwei- oder dreimal mehr Kohle als der englische Bergarbeiter in derselben Zeit.

### *Militarismus und Marinismus*

Die amerikanische Bourgeoisie ist stets auf dem Sprung zur Verteidigung und Erweiterung ihres imperialistischen Herrschaftsgebietes. Die Yankeeimperialisten greifen sofort zu, wenn es gilt, im eigenen Lande das Wachsen einer ihrer imperialistischen Politik feindlichen Stimmung zu unterbinden. Um sich ihr gegenwärtiges kapitalistisches Imperium zu sichern, ihre Einflußsphären, die Gebiete für ihre Investitionen, um ihre Kontrolle über die Naturschätze und Märkte der Welt auszudehnen und um jegliche Opposition gegen ihre imperialistischen Abenteuer niederzuschlagen, unterhält die Wallstreetclique einen riesigen Militarismus und eine machtvolle Kriegsflotte.

Infolgedessen haben sich die Kosten der amerikanischen imperialistischen Verteidigung in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die amerikanische Armee ist im Verlauf dieser 10 Jahre von zirka 200 000 auf fast 400 000 Mann angewachsen. Während dieser Periode hat sich die Zahl der Bürger, die militärisch ausgebildet werden, verdoppelt, sie stieg von 243 865 auf 504 010.

Der National-Defence-Act (Landesverteidigungsgesetz) von 1920 vereinheitlichte und zentralisierte das amerikanische Militärwesen. Es wurde die Grundlage zu einer großen nationalen Armee geschaffen. Die Vereinigten Staaten sind jetzt in neun Militärdistrikte eingeteilt. Der stellvertretende

Chef des Stabes hat sich gerühmt, daß dieser Plan „eine Macht von drei Millionen Mann auf die Beine stellen wird“. Es ist interessant, festzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre mehr als drei Millionen Dollars für Schulen und Colleges zur Ausbildung von Offiziersreservekorps ausgegeben hat. Man will sich damit eine dauernde und machtvolle Militärmacht schaffen.

Es ist ein Grundsatz moderner Kriegsführung, daß schnelle und wirkungsvolle Mobilisierung der Industrie ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigung und des Angriffs ist. Der Sicherung solcher Erfolge sollen Coolidges Verteidigungs- und Paradedage dienen. Im Jahre 1924 waren 16 Millionen Menschen in der einen oder anderen Form an solchen Verteidigungstags-Paraden beteiligt. 6 500 lokale Demonstrationen fanden im ganzen Lande statt. 93 581 Offiziere und Soldaten der regulären Armee, 167 633 Angehörige der Nationalgarde und 59 168 Mann der organisierten Reserven nahmen an den Verteidigungsdemonstrationen von 1924 teil. Es ist anzunehmen, daß die Demonstrationen von 1925 sowohl hinsichtlich ihrer Größe als auch ihrer militärischen Macht- und Prunkentfaltung die des Vorjahres noch übertreffen werden.

Die amerikanische imperialistische Politik, d. h. ihre auswärtige Politik, stützt sich heute auf die Flotte. Die amerikanische Flotte ist der Eckpfeiler der Diplomatie der Vereinigten Staaten. Washington bekennt sich mit ganzem Herzen zu dem Lehrsatz der bekannten Flotten-Autorität, des Admirals Mahan: „Wer die Meere beherrscht, beherrscht die Welt“. Der zweite Sekretär der Flotte, Roosevelt, hat dies sogar noch aufrichtiger und klarer zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: „Hinter allen Erklärungen unserer Regierung steht die Macht unserer Flotte. Es ist die Flotte, die dafür sorgt, daß diesen Erklärungen von allen Staaten die ernsteste Beachtung geschenkt wird.“

Das Flottenfieber der Yankees tobt heute um Unterseeboote, schnelle Kreuzer und Wasserflugzeuge. Mehr als drei Milliarden Dollars sind zur Zeit in der amerikanischen Flotte investiert. Im Jahr 1924 fanden amerikanische Flottenmanöver im Caraibischen Meer statt. Ähnliche Manöver hatten wir 1925 im Stillen Ozean. 1926, wenn die zahllosen unvermeidbaren Schwierigkeiten des Dawesplanes sich zu zeigen beginnen, dürften die amerikanischen Flottenmanöver weit draußen im Atlantischen Ozean abgehalten werden.

Nach den Worten Coolidges ist es das Ziel der amerikanischen Imperialisten, auch im Kriegs- und Marineflugwesen „auf der Höhe mit anderen Nationen zu bleiben“. Die Vereinigten Staaten haben schon jetzt eine Luftflotte mit einem Personal von über 13 000 Mann. Ebensowenig vernachlässigt der amerikanische Generalstab die Entwicklung der chemischen Kriegsmittel.

#### *Der Yankee Octopus\**

Mit Ausnahme der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist die ganze Welt faktisch dem amerikanischen Imperialismus zu Frondiensten verpflichtet. Selbst Großbritannien, das gestern noch die erste Finanzmacht der Welt war, hat jetzt alljährlich für die Dauer von 60 Jahren viele Mil-

\* Meerungeheuer.

lionen Dollars an die amerikanische Bourgeoisie zu zahlen. Im Jahre 1924 vergrößerten die amerikanischen Kapitalisten ihren ausländischen Besitz um mehr als 1 Milliarde Dollars.

Innerhalb der letzten 10 Jahre hat die amerikanische Bourgeoisie ihre Auslandsinvestierungen um mehr als sieben Milliarden Dollars vermehrt. Vor dem Weltkrieg betrug der amerikanische Gesamtbesitz im Ausland höchstens zwei Milliarden Dollars. Diese Summe war weitaus geringer als die der damaligen Investitionen europäischer Kapitalisten in den Vereinigten Staaten. Heute ist die Inschrift des amerikanischen Dollars auf den Wappenschildern fast aller Regierungen der Welt eingetätzt. Die amerikanischen Bankiers haben der übrigen Welt fast 10 Milliarden Dollars geliehen. Wenn wir dazu die von der Regierung der Vereinigten Staaten an fremde Staate gegebenen Kredite nehmen, so finden wir, daß die imperialistischen Investitionen der Vereinigten Staaten die märchenhafte Summe von 20 Milliarden Dollars erreicht haben.

Es sind zur Zeit mehr als zweieinhalb Milliarden Dollars in Kanada investiert.

Die Staaten des lateinischen Amerikas schulden den amerikanischen Kapitalisten über 4 Milliarden Dollars.

Europa schuldet der Yankee-Bourgeoisie mindestens zwei Milliarden Dollars. Diese Schuld wächst mit ungeheurer Schnelligkeit. Der Dawesplan hat den Weg bereitet für eine ganze Lawine amerikanischer Investitionen in Europa. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien führen zur Zeit einen erbitterten Kampf um die Herrschaft über die deutsche Industrie. Amerikanische Bankiers finanzieren privatim norwegische Salpeter-Gesellschaften, italienische Wasserkraftkonzerne, französische Eisenbahnen und deutsche Elektrizitätswerke. Die von Andrew W. Mellon, dem Schatzsekretär der Vereinigten Staaten, geleitete Aluminium-Company of America besitzt mindestens ein Drittel des 5 Millionen Kronen betragenden Aktienkapitals der norwegischen Stickstoff-Kompagnie. Die Westinghouse-Company vollzieht gleichfalls bedeutende Investitionen in norwegischen Konzernen, die die Herstellung von Telephonanlagen betreiben. Kürzlich haben Standard Öl-Interessenten einen Anleihevertrag über 30 Millionen Dollars für Polen abgeschlossen, der insofern einen ungewöhnlichen Charakter hat, als er die Klausel enthält, „daß für den Fall einer Unterbrechung des Anleihendienstes der Vertreter der Obligationsinhaber die Verwaltung der polnischen Eisenbahnen in ihrem Interesse in die Hände nehmen soll“. Es ist nur wenig Phantasie nötig, um zu verstehen, was dies im Falle eines Generalstreiks oder einer Revolution in Polen bedeuten würde.

Asien und Afrika zahlen den Wallstreet-Magnaten Zinsen für eine unaufhörlich wachsende Summe. Es handelt sich heute um ca. 1 Milliarde des von amerikanischen Kapitalisten in diesem Teil der Welt investierten Kapitals. Die amerikanische Bourgeoisie manövriert jetzt, um die Kontrolle der japanischen Konzessionen in China — die Süd-Mandschurischen Eisenbahnen und das Fuschun-Kohlen-Gebiet — in ihre Hände zu bekommen. Wallstreet arbeitet mit Hingebung an der Unterwühlung der britischen Kontrolle der Kailan Mining Administration in Chili — den bedeutendsten Kohlenproduzenten in China.

### *Die Finanzdiktatur der Yankees*

Die Fangarme des Yankee-imperialistischen Octopus haben sich auf viele Länder gelegt. Über der amerikanischen Flagge geht die Sonne nicht unter, weil sie über dem Dollar nicht untergeht, dessen Adler seine Krallen in fast jedes Land geschlagen hat.

Mit Hilfe eines ganzen Heeres sogenannter unoffizieller Beobachter beherrscht der amerikanische Imperialismus die internationale Politik des Kapitalismus.

Jeremiah W. Smith, ein Rechtsanwalt der Bostoner Unternehmerorganisation, ist heute der Finanzdiktator über Ungarn.

Gates W. Mc Garrah, der New Yorker Bankier, und S. Parker Gilbert jr., der Macher des entsprechenden New Yorker Verbandes, sind heute die faktischen Beherrscher Deutschlands.

Persien ist mit einem amerikanischen Finanzaufseher gesegnet, dessen letzte Pläne darauf hinauslaufen, die Finanzherrschaft von Wallstreet in diesem Teil Asiens auszudehnen und zu festigen. Bolivien, Haiti, Salvador und Nicaragua haben amerikanische Steuer- und Zolleinnehmer. Der ehemalige Kontrolleur des Schatzamtes der Vereinigten Staaten ist zur Zeit der Finanzberater von Panama. J. S. Hord, der berühmte Agent der Yankee-Imperialisten, ist heute „Finanzberater“ für Ecuador.

### *Wallstreet an der Arbeit*

Die Basis des machtvollen Baues des amerikanischen Imperialismus ist nach außen — die Gewalt gegen die schwächeren Staaten, gegen die Kolonialvölker, nach innen — die Gewalt gegen die arbeitende Klasse.

In dem einen Jahre bis zum 30. Juni 1923 hat die amerikanische Nationalgarde (Staatsmiliz) gegen streikende Arbeiter in 21 Staaten eingegriffen. Es waren vor allem die Textilarbeiter, die Kohlenbergleute und die Eisenbahner, die unter den Gewalttaten der legalisierten Legionen zu leiden hatten, deren sich die Kapitalisten bedienten, um die Arbeiterlöhne niederzuhalten und die Profite zu steigern.

Der Admiral R. E. Coontz, der bis zu den Flotten-Neuernennungen im Juni 1925 der Höchstkommmandierende der Flotte war, hat die Aufgabe der amerikanischen Flotte folgendermaßen charakterisiert: „Die Aufgabe unserer Seestreitkräfte in dem Caraibischen Meer ist, die Revolution niederzuhalten, Menschenleben und unseren Handel zu schützen.“

Die amerikanische Flotte hat eine rührige Tätigkeit entwickelt bei dem energischen Schutz amerikanischer Tabakkompagnien im Nahen Osten. Es ist kein Zufall, daß ein so hoher amerikanischer Marineoffizier, wie der Admiral Chester, eine Hauptrolle in der famosen Chester-Konzession in der Türkei gespielt hat.

Im Fernen Osten verteidigen amerikanische Kriegsschiffe und Zerstörer die Standard-Oil-Interessen in Hsingho und andere kapitalistische Interessen im Herzen Chinas, eine Tätigkeit, deren Kosten sich auf Millionen Dollars jährlich beläuft. Amerikanische „Soldaten der See“, wie Wallstreet die Matrosen liebevoll nennt, bilden einen bedeutenden Teil des internatio-

nalen imperialistischen Kontingents, das sich zur Zeit bemüht, China zu terrorisieren. Die amerikanischen Seesoldaten haben sich ihre Sporen als internationale Streikabwürger verdient. Der Streik des Verbandes der Arbeiter in den Bananenplantagen in Caiba, Honduras, ist durch amerikanische Seesoldaten niedergeschlagen worden. Wenn diese Arbeiter heute gezwungen sind, 14 Stunden täglich für ganze 15 Cents zu schuften, so danken sie dies der Tapferkeit, mit der die von dem amerikanischen Schlachtschiff Calveston an Land gesetzten „Soldaten der See“ Wallstreets ihren Streik niedergeschlagen haben.

Der Richter George Washington Williams von Baltimore terrorisiert die wehrlose Bevölkerung der Virginia-Inseln und bringt den Eingeborenen die amerikanische Demokratie auf der Spitze der Bajonette und mittels heißen Bleies.

Dasselbe sehen wir auf den Philippinen. Dort hat ein gewisser John Farrington, ein bekannter amerikanischer Zuckerbaron, eine blutige Hetzjagd unter den streikenden Arbeitern der Zuckerplantagen der Insel veranstaltet.

Über Südamerika haben die amerikanischen Imperialisten den Fluch des Nationalhasses, nationale Eifersucht und Rivalitäten gebracht. Die amerikanischen Imperialisten unterhalten in Südamerika zu ihrem Vorteil blutige Marionetten-Regierungen. Ohne die Unterstützung Washingtons und die Hilfe aus den Tresors von Wallstreet hätte die faschistische Regierung in Chile es niemals wagen können, die Revolte der chilenischen Salpeterarbeiter gegen die unerträglichen Zustände in den von New Yorker Banken beherrschten Salpetergruben im Blute zu ersticken.

Selbst in Europa existiert das Regime des weißen Terror und des Faschismus nur dank der Gnade der allmächtigen Wallstreet-Magnaten.

### *Das neue Amerika*

Ehemals war Amerika die Kornkammer der Welt, dann wurde es die Werkstatt und die Bank der Welt. Heute ist es auch der Gendarm der internationalen bürgerlichen Politik.

Das Schicksal fast jeder kapitalistischen Regierung in der Welt liegt in der Hand des amerikanischen Imperialismus. Der Dollar ist heute die Grundlage des internationalen kapitalistischen Austausches und Kredits. Der Dollar hat heute das Vetorecht über die Grundverfassung jedes Landes, in dem der Kapitalismus herrscht. Das Geld jedes kapitalistischen Landes rollt und klingt auf der Linie und im Ton des amerikanischen Gold-Dollars.

Das Banksystem der Vereinigten Staaten ist zum Banksystem der Welt geworden. Im verflossenen Jahre erklärte ein führender amerikanischer Bankier: „Wir müssen unser Gold nicht nur ansehen als Reserve der Vereinigten Staaten, sondern als Reserve der Welt“. In dieser Erklärung liegt mehr Wahrheit als Rhetorik. Es ist kein Prahlen, kein leeres Drohen, es ist ernste, bedeutungsvolle Wirklichkeit.

Als im vorigen Jahre der Frank stürzte, war es ein 100 Millionen Dollar-kredit, der, wenigstens vorübergehend, das Tempo des französischen Währungsverfalles hemmte. Es war der Riesendollarkredit, der dem

deutschen Imperialismus eine weitere Atempause gab. Kürzlich kam das Haus Morgan Mussolini mit einem 50 Millionen Dollarkredit zu Hilfe, um den Sturz der italienischen Lira zu verhindern und um den Faschismus zu retten. Nur die Schaffung eines 300 Millionen Dollarkreditfonds durch das United-Staates-Federal-Reserve-Board und J. P. Morgan and Co. hat es Großbritannien ermöglicht, seine Währung wieder auf den Goldstandard zu bringen.

Das Federal-Reserve-System der Vereinigten Staaten ist von jeher die Haupttriebkraft der entscheidenden auswärtigen und inneren Politik Amerikas gewesen. Seitdem das United-States-Federal-Reserve-System Weltbedeutung erlangt hat, bestimmt es faktisch die ganze finanzielle Politik der amerikanischen imperialistischen Geldgeber. Kein kapitalistisches Land fällt heute wichtige gesetzgeberische Entscheidungen, ohne offen oder geheim den Rat der amerikanischen Imperialistenclique eingeholt zu haben. Die Angst vor dem amerikanischen Imperialismus sitzt allen schwächeren Völkern und kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt im Herzen. Die leichteste Vernachlässigung der Interessen der amerikanischen Geldgeber ist das Signal zum Eingreifen der Washingtoner Regierung in der einen oder anderen Form.

Der Yankee-Imperialismus ist jung, lebenskräftig und im ständigen Wachsen.

In Amerika beherrschen die Monopolisten und Finanzmagnaten jeden Schritt des ökonomischen und sozialen Lebens.

Der unaufhörlich wachsende Export amerikanischen Finanzkapitals bestimmt heute die industriellen und finanziellen Schicksale und politische Entwicklung aller bürgerlichen Länder.

Die amerikanischen Trusts zwingen heute alle anderen nationalen Kapitalistengruppen in allen Industrien der Welt nieder, auf allen Märkten, auf allen Börsen.

Es wäre eine Illusion, die gegenwärtigen Grenzen der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus als endgültig anzusehen. Allerdings haben die größten kapitalistischen Mächte die ganze Welt bereits aufgeteilt. Aber der amerikanische Imperialismus bereitet unermüdlich und zielbewußt die Veränderung vieler dieser Grenzen vor.

### *Der Klassenkampf in Amerika*

So ist die Grundlage für den Klassenkampf in den Vereinigten Staaten internationalisiert worden. Der Imperialismus hat eine weitere neue Bedingung des Klassenkampfes in Amerika geschaffen. Ihre hohen Monopolprofite geben den amerikanischen Kapitalisten die Möglichkeit, zum mindesten für die Gegenwart, gewisse Teile der Arbeiterklasse zu sich herüberzuziehen, sie dem proletarischen Kampf zu entfremden, sie zu Verteidigern der bürgerlichen und kapitalistischen Ordnung zu machen.

Das erklärt den im höchsten Maße opportunistischen Charakter der amerikanischen Labor-Bewegung. Das erklärt den großen Einfluß der Laboraristokratie in Amerika. Dieser große Einfluß und die Macht der ver-

bürgerlichen Schichten der amerikanischen Arbeiterklasse ist der Boden, auf dem sich die Bewegung der Labor-Banken und zahlreicher anderer Formen der Klassenharmonie entwickeln und ausbreiten konnten.

Dieser Opportunismus hat durch zahllose Kanäle in fast allen Teilen der amerikanischen Arbeiterklasse Eingang gefunden und macht seinen Einfluß fast überall geltend.

Eine gute wirksame Führung des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten ist nur zu realisieren durch eine machtvolle, zentralisierte kommunistische Massenpartei, als disziplinierte organische Einheit der internationalen Kommunistischen Partei.

## W. ULBRICHT :

### ZUR METHODE DER REORGANISATION AUF DER BASIS DER BETRIEBSZELLEN

Die wichtigsten Sektionen der KI haben die Reorganisation soweit durchgeführt, daß eine Zusammenfassung der wichtigsten Erfahrungen in bezug auf die Methoden der Umstellung möglich ist. Diese Auswertung der Erfahrung ist vor allem nützlich für jene Parteiorganisationen, die erst mit der Reorganisation begonnen haben.

Die Reorganisation ist die organisatorische Seite der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, d. h. ohne eine gute kommunistische Politik ist es nicht möglich, die Partei auf die Basis der Betriebszellen umzustellen. Je lebendiger die Reorganisation verbunden wird mit den konkreten Tagesaufgaben der Partei, mit den Kampagnen und Aktionen, umso gründlicher und schneller wird sie durchgeführt werden.

Die Frage der Reorganisation ist die Frage der Aktionsfähigkeit der Partei. Es handelt sich nicht nur darum, die Organisationsform zu ändern, sondern auch die Methoden der Parteiarbeit. Die meisten Parteiorganisationen glauben ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn sie allgemeine Agitation treiben. Sie kümmern sich in der Regel wenig um die organisatorische Auswertung, um die organisatorische Sicherung der agitatorischen Erfolge. Eine exakte Arbeitszuweisung und Arbeitskontrolle fehlt meist in den Parteiorganisationen. Die Mitglieder sind oft direkt zur Ortsgruppe vereinigt, oder bilden höchstens Zehnergruppen, die sich im allgemeinen auf die Kassierung der Parteibeiträge beschränken. Bei einem derartigen Stand der Organisation ist es tatsächlich unmöglich, die Parteibeschlüsse richtig durchzuführen. Die Partei kann ohne Zellen nicht arbeiten. Diese Bedeutung der Zellen als Grundlage der Parteiorganisation, die die Möglichkeit gibt, alle Parteimitglieder zur Durchführung der Parteiaufgaben heranzuziehen und die Ausführung der Beschlüsse zu kontrollieren, gebietet eine beschleunigte Durchführung der Reorganisation. Wenn Genossen z. B. erklären, es wäre ihnen infolge der ungeheuren Fülle der Parteiarbeit fast unmöglich gewesen, die Betriebszellenfrage in Angriff zu nehmen, und wenn andere Genossen berichten, daß während der Wahlbewegungen die Zellenarbeit vernachlässigt wurde, so kommt darin zum Ausdruck, daß die Genossen noch immer nicht verstanden haben, daß zur Durchführung der Parteibeschlüsse die Zellen die geeignetsten Organisationen sind.

Der bisherige Zustand, daß nur einige Funktionäre Parteiarbeit leisten, während die Masse der Parteimitglieder nicht zur Parteiarbeit herangezogen wird, macht die innige Verbindung der Partei mit den breiten Arbeitermassen unmöglich. Die kommunistischen Parteien können nur zu wirklichen Massenparteien werden, wenn sie verstehen, durch die Zellen die Parteimitglieder zur Arbeit heranzuziehen und die Arbeit so zu leiten, daß die Initiative der Genossen im weitesten Ausmaße ausgelöst und entwickelt wird.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß die Umstellung der Partei in bezug auf die Organisationsformen und die Organisationsmethoden in Verbindung mit den Kampagnen und Aktionen der Partei geschieht. Wenn die Parteileitungen verstehen, im Zusammenhang mit den politischen Aufgaben solche organisatorischen Anweisungen zu geben, die die Reorganisation fördern, und wenn sie die Ausführung der Anweisungen systematisch kontrollieren, dann werden die Parteigenossen die Notwendigkeit der organisatorischen Umstellung verstehen. Das ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs hat z. B. in der Kampagne gegen den Marokkokrieg den Betriebszellen exakte Anweisungen gegeben, daß die Parteiorganisationen vor allem in und an den Betrieben Versammlungen abhalten müssen, daß überall Betriebszeitungen herausgegeben werden sollen, die ausführlich zum Marokkokrieg Stellung nehmen, und daß in den Betrieben Einheitsfrontkomitees geschaffen werden zur Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiter gegen den Krieg. Indem die Parteileitung zugleich die Materialherausgabe unter dem Gesichtswinkel der Betriebe organisierte und die Betriebszellen in erster Linie belieferte, hat diese Kampagne den Auf- und Ausbau der Betriebszellen bedeutend gefördert.

Angesichts der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern sollen im folgenden nur die wichtigsten Erfahrungen bei der Reorganisation zusammengefaßt werden.

## I.

### *Fehler bei der Reorganisation*

1. Es ist natürlich, daß die Passivität der Parteiorganisationen bei der Reorganisation offen in Erscheinung tritt. Je passiver die Organisation, umso mechanischer, losgelöst von der politischen Arbeit der Partei, wird die Reorganisation durchgeführt. Sie wird als eine administrative Angelegenheit behandelt, bei der das wichtigste die Registrierung der Mitglieder nach Betriebszugehörigkeit ist. Zugleich zeigt sich, wieweit die Parteiorganisationen es verstanden haben, die Parteimitglieder überhaupt zur Arbeit heranzuziehen und ihre Arbeitslust zu wecken. Wo nur ein kleiner Kreis von Funktionären die Parteiarbeit leistet, dort wurde in der Regel die Registratur der Parteimitglieder nach Betriebszugehörigkeit in den Händen der Kreisleitung zentralisiert, und diese gründete entsprechend der Vervollständigung der Registratur nacheinander die Betriebszellen. Der Zellenaufbau wurde nicht mit der Aktivisierung der Parteimitglieder verbunden. Die Initiative der Mitglieder wurde nicht ausgelöst. Die Parteileitungen überließen die Zellen sich selbst und unterstützten sie nur selten mit Material usw. Es kommt hinzu, daß ein großer Teil der Betriebszellen es nicht verstand, den Kampf der Arbeiter in allen Tagesnöten zu führen und die konkreten Fragen des Arbeiterlebens mit den politischen Fragen lebendig zu verbinden. Infolge dieser Fehler blieben die Zellen oft politisch tote Körper.

2. Der Zellenaufbau geschah vielfach nur dort, wo es am leichtesten ist (in Klein- und Mittelbetrieben). Die Genossen verstanden nicht, daß man in allen Betrieben Zellen schaffen soll, daß es aber vor allem darauf ankommt,

die in den Großbetrieben zusammengeballten Arbeitermassen, die in den Arbeiterkämpfen den Ausschlag geben, zu gewinnen.

3. Viele Organisationsleitungen begannen nur zaghaft mit der Reorganisation, indem sie zuerst eine „Musterzelle“ zu gründen versuchten. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Zelle versagen und absterben muß, weil nicht die gesamte Parteiarbeit in erster Linie unter dem Gesichtswinkel der Betriebe umgestellt wurde. Wenn die gesamte Parteiarbeit im Wohngebiet geschieht und nur diese oder jene Betriebszelle besteht, dann ist es natürlich, daß diese Zellen vernachlässigt werden, weil das gesamte Parteimaterial noch immer unter dem Gesichtswinkel der Wohngebietsagitation hergestellt wird. Es kommt hinzu, daß in diesem Falle die wenigen Zellenmitglieder meist noch in ihrer Wohnorganisation organisiert waren und die Möglichkeit hatten, wie bisher, im Wohngebiet weiter zu arbeiten, so daß sie, im Banne der Tradition, die Betriebszellenarbeit bald vernachlässigten. Im übrigen zeigte es sich, daß die Genossen aus den Betrieben die „Musterzellen“, wie sie z. B. in Konsumgenossenschaften gegründet wurden, infolge der anders gearteten Verhältnisse dieser Betriebe nicht als Vorbild anerkannten.

4. Bei der Reorganisation beschränkten sich zahlreiche Parteileitungen darauf, die Arbeit unter dem engen Kreis von Funktionären nur neu zu verteilen, statt neue Arbeitskräfte planmäßig heranzuziehen, auch wenn diese Genossen anfangs schwerfällig oder fehlerhaft arbeiten. Infolge mangelhafter Arbeitsteilung und Überlastung einiger Genossen wurde in vielen Fällen der Zellaufbau gehemmt. Die bisherige Praxis, daß nur die Funktionäre die Parteiarbeit leisten, während die Mehrzahl der Mitglieder fast nichts tut, hinderte am meisten den Zellaufbau.

5. Manche Organisationen und Parteileitungen verstanden nicht, daß die Reorganisation mehr sein soll als nur eine Umgruppierung der Parteimitglieder. Durch die Reorganisation soll eine innigere Verbindung mit den breiten Arbeitermassen erreicht werden, und es soll eine ständige Werbung neuer Parteimitglieder stattfinden. In zahlreichen Organisationen ist es üblich, die Werbearbeit auf mehrere Werbewochen im Jahr zu konzentrieren, in der übrigen Zeit aber wenig für die Mitgliederwerbung zu tun. Wir sind nicht gegen Werbewochen überhaupt, denn sie können sehr nützlich sein, wenn sie in Verbindung mit großen politischen Ereignissen durchgeführt werden und wenn eine strenge Kontrolle der Durchführung der Werbewoche geschieht. Aber die Zellenleitungen müssen auf die Parteimitglieder so einwirken, daß diese eine ständige tägliche Werbearbeit leisten.

6. Die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Orten und die herrschende Wohngebietstradition haben oft zur Folge, daß die Organisationsleitungen bei Durchführung der Reorganisation schwanken und unklare Anweisungen geben. Daraus ergibt sich Unsicherheit bei der Parteimitgliedschaft. Eine straffe, zielbewußte Führung von oben, mit einer lebendigen Verbindung mit den unteren Parteiorganisationen ist nötig, damit bei größeren Schwierigkeiten den Genossen sofort geholfen werden kann. Die Leitungen dürfen sich nicht begnügen mit der Herausgabe von Rundschreiben, sondern sie müssen praktisch beim Zellaufbau führend mitwirken.

Einige Genossen stellen bei der Reorganisation die Frage in den Vordergrund: „Wie bearbeiten wir das Wohngebiet“? Es handelt sich aber vor allen Dingen doch darum, aktive Betriebszellen zu schaffen.

Aus Angst vor einer scheinbaren Schwächung der Arbeit im Wohngebiet wird das Schwergewicht nicht auf die Schaffung und auf den Ausbau von Betriebszellen, sondern von Zellengruppen gelegt, d. h. sämtliche Parteimitglieder sind nach wie vor in den Zehnergruppen organisiert, zahlen auch dort in den meisten Fällen ihre Parteibeiträge und leisten nur nebenbei sogenannte Betriebszellenarbeit. Die Folge ist, daß die Betriebszellen von den alten Wohnorganisationen (Zehnergruppen) erdrückt werden. Das ist ein Zeichen dafür, daß viele Genossen noch nicht verstehen, die Arbeit auf die Betriebe zu konzentrieren und noch immer der Meinung sind, daß es besser ist, die Arbeiter im Wohngebiet zu beeinflussen. Die Genossen sehen nicht, daß jene Arbeiter, die entfernt von ihrem Wohnort arbeiten, künftig im Betrieb viel erfolgreicher von der Zelle bearbeitet werden als es bisher im Wohngebiet möglich war.

## II.

### *Wie die Reorganisation geschehen soll*

1. Es ist vor allem notwendig, in der Parteiöffentlichkeit eine ideologische Kampagne für die Reorganisation zu führen. Dabei ist auszugehen von den Beschlüssen der Komintern in der Frage der Bolschewisierung und den bisherigen politisch-organisatorischen Erfahrungen der Partei bei Aktionen und Kampagnen. Es gilt an die konkreten Erfahrungen der Parteigenossen anzuknüpfen, damit sie von der Notwendigkeit der Reorganisation und der Verbesserung der Organisationsmethoden selbst überzeugt werden und eigene Initiative bei der Durchführung der Aufgaben entfalten.

2. Um die Zusammenfassung aller in den Betrieben beschäftigten Genossen zu Betriebszellen durchzuführen, erfolgt eine Registrierung aller Parteimitglieder nach Betriebszugehörigkeit. Dabei ist zugleich festzustellen, ob die Genossen die Parteipresse abonnieren und gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert sind. Die Registratur ist also auch zum Auf- und Ausbau der Fraktionen zu verwenden. Trotz dieser Registratur dürfen die Genossen mit der Gründung der Zellen nicht warten, bis die Registratur der Mitglieder nach Betriebszugehörigkeit vollendet ist. Jedes im Betrieb beschäftigte Parteimitglied ist verpflichtet, auf eigene Initiative die Verbindung mit den übrigen Genossen im Betriebe herzustellen und eine Betriebszelle zu schaffen.

Damit eine systematische Führung des Betriebszellenaufbaues möglich ist, registrieren die Ortsgruppenleitungen die in ihrem Tätigkeitsgebiete liegenden Betriebe und die dortigen Verhältnisse (Art der Produktion, Belegschaftsstärke, politische und gewerkschaftliche Organisiertheit der Belegschaft, Zusammensetzung des Betriebsrates, Arbeitsverhältnisse). Die höheren Parteileitungen verschaffen sich eine Übersicht über die wichtigsten Betriebe.

Sowohl die Orts- wie die Bezirksleitungen beschließen einen Arbeitsplan, in dem jene Betriebe angegeben sind, auf die in erster Linie die Arbeit kon-

zentriert werden soll. Dazu gehören auch die Betriebe, in denen noch keine Genossen beschäftigt sind. Den wichtigsten Betriebszellen werden erfahrene Genossen zur Arbeit zugeteilt (das gilt vor allem für die Mitglieder der Organisationsleitungen und die Abgeordneten). Der Aufbau der Betriebszellen in lebenswichtigen Betrieben ist von den Organisationsleitungen besonders zu unterstützen.

Die Herausgabe von Instruktionen und Material sollen die Parteileitungen vor allem unter dem Gesichtswinkel der Belieferung der Betriebszellen durchführen und so weit wie möglich auch Instruktionen in der Presse veröffentlichen, damit alle Parteimitglieder in kurzer Frist davon Kenntnis erhalten. Damit auch in den Betrieben, wo keine Kommunisten beschäftigt sind, Zellen gegründet werden können, ist es notwendig, die bereits funktionierenden Betriebszellen, oder wo solche nicht bestehen, die Straßenzellen zu beauftragen, unter Leitung und Kontrolle der Ortsleitung, die Belegschaften bestimmter Betriebe zu bearbeiten.

Die Erfahrung lehrt, daß es für die Durchführung der Aufgaben nützlich ist, bezirks- und ortsweise für bestimmte Aufgaben Termine zu setzen (z. B. für Registrierung der Mitglieder und der Betriebe) für Erfassung und Zusammenberufung der kommunistischen Betriebsräte usw. Die Festsetzung eines generellen Termins für die endgültige Reorganisation der Gesamtpartei empfiehlt sich infolge der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten nicht. Aber es ist wohl möglich, Termine für die Reorganisation bestimmter Orte und Bezirke festzusetzen, damit die Arbeit unter Orientierung auf einen bestimmten Zeitpunkt planmäßig geschieht.

3. Die Durchführung der Reorganisation muß verbunden werden mit einer Verbesserung der Arbeitsmethoden der Partei. Jedem Zellenmitglied ist von der Leitung eine bestimmte Parteiarbeit zuzuteilen, deren Ausführung kontrolliert wird. Die Einladung zu den Zellensitzungen erfolgt persönlich, und es findet die schärfste Kontrolle statt, ob tatsächlich alle Genossen anwesend sind. Bei schlechtem Versammlungsbesuch soll die Leitung die Ursachen dieses Mißstandes erforschen, damit eine gründliche Beseitigung derselben geschehen kann. Nur wenn von Anfang an die strengste Arbeitsdisziplin in der Betriebszelle besteht, kann sie ihre Aufgaben erfüllen.

4. Die Parteizelle im Betriebe soll sich mit allen Zweigen der Parteiarbeit beschäftigen, unter Konzentrierung auf die in der jeweiligen Zeit wichtigsten Fragen. Deshalb müssen all Ressorts, die bei den Parteileitungen bestehen, ihre Arbeit vor allem unter dem Gesichtswinkel der Betriebe durchführen. Die diesbezüglichen Arbeitspläne der Ressorts sind einzugliedern in den allgemeinen politisch-organisatorischen Arbeitsplan. Nur wenn das geschieht, ist auch eine Kräfteverteilung entsprechend der Bedeutung der einzelnen Tätigkeitsgebiete und Aufgaben möglich. In erster Linie muß die Agitproparbeit umgestellt werden, weil die Agitpropabteilungen das meiste Parteimaterial herausgeben und ihre Tätigkeit am meisten die Aktivität der Zellen beeinflußt.

Sofort nach Gründung der Betriebszelle geschieht die Kassierung der Parteibeiträge durch die Zelle. Im allgemeinen empfiehlt es sich nicht, damit zu warten, bis in den meisten Betrieben am Ort Zellen geschaffen sind. Geschieht die Umstellung der Beitragskassierung in der gesamten Ortsgruppe auf diese Art nacheinander, also sofort nach Gründung der einzelnen Zellen,

so ist es sehr leicht möglich, nacheinander die evtl. Schwierigkeiten zu überwinden. Dadurch werden die Schwierigkeiten nicht auf einen Zeitpunkt konzentriert.

Trotz Registrierung der Parteimitglieder nach Betriebszugehörigkeit werden sich Genossen der Betriebszellenarbeit zu entziehen versuchen. Das ist leicht möglich, weil die Registratur eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt und inzwischen Veränderungen in der Betriebszugehörigkeit der Genossen vorkommen. Es ist deshalb nötig, daß in einer bestimmten Woche die Zellenobleute in die Mitgliedsbücher der Zellenmitglieder einen Zellenvermerk eintragen. Kurz danach werden von den Zellengruppenleitungen die Mitgliedsbücher aller Parteimitglieder kontrolliert, um jene Genossen festzustellen, die noch nicht Betriebszellen angehören, aber im Betrieb beschäftigt sind oder Betriebszellen zugeteilt werden können.

5. Der Unternehmerterror und die Mobilisierung der staatlichen Macht gegen die Betriebszellen machen es notwendig, daß die Zellen möglichst geschlossen arbeiten. Die Arbeit ist so zu organisieren, daß dem Gegner weder die Namen der Zellenmitglieder noch die Tagung der Zellenversammlung noch die Arbeitsverteilung in der Zelle bekannt wird. Und doch müssen die Kommunisten eine lebendige Verbindung mit den Arbeitern im Betrieb haben und tatsächlich die Belegschaft führen. Unter anderem ist notwendig die Herausgabe von Betriebszeitungen, die Verbreitung der Tagespresse in und vor dem Betrieb durch die im Betrieb beschäftigten Genossen oder, wo das mit Schwierigkeiten verbunden ist, durch Genossen, die nicht im Betriebe arbeiten.

6. Die Durchführung der Reorganisation muß in Verbindung mit den Kampagnen und Aktionen der Partei geschehen, d. h. bei der Vorbereitung und Durchführung bestimmter Kampagnen sind solche politisch-organisatorische Anweisungen zu geben, die den Auf- und Ausbau der Betriebszellen und die Reorganisation fördern. Exakte Anweisungen für die Aufgaben der Zellen geben die Möglichkeit, genau die Zellenarbeit zu kontrollieren, um festzustellen, wie weit das Schwergewicht der Parteiarbeit wirklich in die Zellen verlegt ist. Besonders ist die regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitungen, die Mitglieder- und Abonnentenwerbung und die systematische Betriebsberichterstattung an die Parteipresse ein Maßstab für die Aktivität der Betriebszellen.

7. Die Reorganisation wird wesentlich gefördert durch die Veröffentlichung von Beispielen aus der Praxis der Zellenarbeit. In jeder Parteizeitung sollte eine Rubrik vorhanden sein, in der die Organisationserfahrungen, soweit sie zur Veröffentlichung geeignet sind, breiten Kreisen von Genossen mitgeteilt werden. Es ist z. B. von großem Nutzen, wenn Beispiele über die Schaffung von Einheitskomitees in den Betrieben veröffentlicht werden, und wenn gezeigt wird, wie einzelne Betriebszellen die Kampagne im Betrieb im Detail durchgeführt haben. Außerdem sollte man die Zellen veranlassen, kurze Tatsachenberichte zu schreiben über Fragen, wie z. B.: „Wie unsere Betriebszelle gegründet wurde“, „Wie wir im Betriebe die Werbearbeit organisierten“, „Wie wir die kommunistische Literatur verbreiten“, „Wie unsere Betriebszeitung geschaffen wurde“, „Die Erfolge unserer Betriebszeitung“, „Wie wir die Mehrheit im Betriebsrat eroberten“, usw. Die

Beispiele vorbildlicher Zellenarbeit sollen in der Tagespresse veröffentlicht und besprochen werden.

Außerdem empfiehlt es sich, öfters Zellenobleuteberatungen zusammenzuberufen, in denen nach einem gut vorbereiteten Referat die Zellenobleute auf Grund bestimmter Fragestellung kurz berichten über die Situation in den Betrieben und die weitere Durchführung der gestellten Parteaufgaben. Wenn die Aussprache in den Beratungen planmäßig geleitet wird, trägt dieser Erfahrungsaustausch wesentlich zur Förderung der Betriebszellenarbeit bei.

8. Die Zusammenfassung von Betriebs- und Straßenzellen zur Zellengruppe soll erst geschehen, wenn den Betriebszellen tatsächlich die Parteiarbeit übertragen ist und die Parteibeiträge von den Betriebszellen kassiert werden. Die Betriebszellen müssen in der Zellengruppe ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß haben. Wenn in der Zellengruppe neben den Betriebszellen die alte Wohnorganisation (Zehnergruppen, in denen alle Parteimitglieder erfaßt sind), noch bestehen bleibt, und auch dort die Beiträge von allen Mitgliedern kassiert werden, so bedeutet das eine Verhinderung der Betriebszellenarbeit. In diesem Falle sind nicht die Betriebszellen die Grundlage der Partei, sondern noch immer die alte Wohnorganisation. Die Betriebszellen sind da nichts anderes als Betriebsfraktionen, weil unter diesen Verhältnissen die Zellen unter Vormundschaft der Wohnorganisation stehen und sich nicht mit allen Fragen der Parteiarbeit beschäftigen können.

Den Betriebszellen gehören alle im Betrieb beschäftigten Parteimitglieder an, sowie jene Genossen, die den Betriebszellen angegliedert sind. (Die Angliederung von Genossen ist notwendig, weil verschiedene Zellenaufgaben oft nicht von den im Betrieb beschäftigten Genossen erfüllt werden können, z. B. Organisierung von Belegschaftsversammlungen vor dem Betrieb, Verbreitung der Betriebszeitung, der Literatur und der Tageszeitung vor dem Betrieb u. a. Der Betriebszelle dürfen nur wenige nicht im Betrieb beschäftigte Genossen zugeteilt werden.

Die übrigen Parteimitglieder, die nicht Betriebszellen angehören, werden in Straßenzellen zusammengefaßt. Parteimitglieder, die weit entfernt von ihrem Arbeitsort wohnen, werden von der Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes nochmals registriert und von der Zellengruppenleitung bestimmten Straßen- oder Betriebszellen zur Parteiarbeit am Abend und an Feiertagen zugeteilt. Diese zur Arbeit im Wohngebiet zugeteilten Genossen gehören selbstverständlich nach wie vor der Parteiorganisation ihres Arbeitsortes an und üben dort ihre Parteirechte und -pflichten aus, sie können demzufolge in allgemeinen Parteifragen und bei Delegationen kein Stimmrecht im Wohngebiet haben.

9. In den Straßenzellen ist ebenso wie in den Betriebszellen allen Genossen von der Zellenleitung eine bestimmte Parteiarbeit zuzuteilen, und die Ausführung ist systematisch zu kontrollieren. Bei der Arbeitszuteilung an jene Betriebszellenmitglieder, die zur Arbeit in der Straßenzelle herangezogen werden, ist immer zu beachten, daß die Betriebszellenarbeit stets bevorzugt werden muß.

10. Die Aktivität der Betriebszellen wird wesentlich dadurch gefördert, daß alle Diskussionsfragen und die Tagesordnungen der Konferenzen vorher in den Zellen besprochen werden. Durch diese Heranziehung aller

Zellenmitglieder zur Beratung der Parteifragen wird ihr Interesse geweckt, und es ist leichter, ihnen Arbeit zuzuteilen und eine richtige Durchführung der Anweisung der Parteileitung zu erreichen. Es ist deshalb erforderlich, daß die Delegierten zu den Distrikts- und Stadtkonferenzen von den Zellenversammlungen gewählt werden. Der Delegationsmodus ist so festzusetzen, daß die wichtigen Betriebszellen nicht nur ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern auch ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sind.

Außer der Konferenz als beschließender Körperschaft werden von der Stadtteilleitung und Distrikts- und Ortsleitung Zusammenkünfte von Zellenobleuten, kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären usw. mit beratendem Charakter einberufen. Die Beschlüsse dieser Zusammenkünfte treten erst nach Bestätigung durch die städtische Parteileitung in Kraft.

11. Der wichtigste Grundsatz bei der Organisationsarbeit muß sein: Keine Organisationsanweisungen geben ohne Kontrolle der Durchführung. Es genügt nicht, daß die Ortsgruppen und Zellen auf Grund bestimmter Fragestellung zur regelmäßigen Tatsachenberichterstattung erzogen werden, sondern die Orgabteilung der Zentrale muß ebenso wie die Bezirks- und Unterbezirksleitungen erfahrene Genossen als Instruktoren bestimmen, die so weit wie möglich an den Sitzungen der Ortsgruppen und Betriebszellen teilnehmen, um die Genossen zu instruieren und die Ausführung der Beschlüsse zu kontrollieren.

Bei der Reorganisation treten nicht nur die Schwächen der Partei offen zutage, sondern den Genossen kommen auch die Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes unmittelbarer und klarer zum Bewußtsein, weil die Arbeit der Betriebszellen in der einfachsten Form alle Elemente der Vorbereitung und Führung des Kampfes um die politische Macht enthält. Da die Aufgaben vor den Betriebszellen viel konkreter stehen als vor der bisherigen Wohnorganisation und daher auch die Schwierigkeiten des Kampfes klarer in Erscheinung treten, schreckt so mancher Genosse vor der Reorganisation zurück. Im Grunde genommen glauben diese Genossen, daß es leichter ist, mit der alten Wohnorganisation revolutionäre Erfolge zu erzielen. Sie erkennen nicht, daß die Vorbereitung und Durchführung des siegreichen Machtkampfes unmöglich ist ohne die Organe des Massenkampfes (Betriebsräte, Betriebsaktionsausschüsse und politische Arbeiterräte. Diese basieren jedoch nicht auf der wohngebietsweisen Zusammenfassung der Wähler, wie die bürgerlichen Parlamente, sondern vor allem auf den Belegschaften der Groß- und Mittelbetriebe.

Die Betriebe sind in der Regel der Ausgangspunkt der Arbeiterkämpfe. Die Vernachlässigung der Betriebszellenarbeit bedeutet daher faktisch den Verzicht auf die bewußte Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe durch die kommunistische Partei. Gegenwärtig zeigt sich besonders in der Kampagne für die Gewerkschaftseinheit und im Kampf gegen den Marokkokrieg die Bedeutung aktiver Betriebszellen für eine richtige und erfolgreiche kommunistische Politik.

Die Erfolge der Betriebszellenarbeit müssen angesichts der fundamentalen Stellung der Produktionsstätten im Staatswesen viel schärfere Maßnahmen des Gegners auslösen als die kommunistische Arbeit im Wohngebiet. Oft werden die Zellen vom Gegner zerstört, und wir müssen sie eben so oft

wieder aufbauen. Aber in diesem Kampfe werden sich die Genossen alle jene Erfahrungen aneignen, ohne die die Führung des siegreichen Kampfes um die politische Macht unmöglich ist. Die Betriebszelle ist z. B. die beste Schule für die illegale Arbeit und lehrt den Genossen, die illegale Tätigkeit mit der legalen zu verbinden. In all den Schwierigkeiten der Betriebszellenarbeit, die in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung besonders große sind, kommen die Schwierigkeiten der Revolution überhaupt zum Ausdruck. Diese können wir nur überwinden, wenn die Zellen durch unermüdliche Kleinarbeit das Vertrauen der Arbeiter erwerben, d. h. den Kampf der Arbeiter in allen Tagesnöten unter dem Gesichtswinkel der Organisierung des Kampfes um die politische Macht führen.

## S. ERKNER: BRITISCHER PROTEKTIONISMUS

Die britische Stahl- und Eisenindustrie hat auf Grund des am 4. Februar 1925 erneuerten „Safeguarding of Industries Act“ (Industrieschutzgesetz) an das Handelsamt einen Antrag auf Zollschutz ihrer Produktion mit 33½ Prozent ad valorem (vom Werte) gestellt. Formell liegt jetzt die nächste Entscheidung über diesen Antrag bei dem Handelsminister Sir P. Cunliffe-Lister, einem ausgesprochenen Protektionisten. Derselbe ist im Baldwin-Kabinet der persönliche Vertrauensmann des riesigen Vickers-Konzern.

Dieser Konzern, der sich über sämtliche Zweige des gewaltigen Arbeitsgebietes erstreckt, das man in England „engineering“ nennt (mit Ausnahme der Fabrikation von Werkzeugmaschinen) hatte durch seinen Vorsitzenden noch am 15. April d. J. im Geschäftsbericht eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Durchführung augenblicklich allein die Sicherheit böte, die englische Schwerindustrie wieder in die Höhe zu bringen. Die zwei ersten Punkte dieser Forderungen hatten zum Inhalt: 1. „Vernünftiger“ Schutzzoll für die einheimischen Märkte, 2. Preference für die Produkte der Dominions gegen gleiche Begünstigung der englischen Industrie. Nach dieser Seite hin, soweit es nämlich allein auf den englischen Handelsminister und auf die von ihm repräsentierten Mächte ankommt, wäre die Annahme des Schutzzollantrages der Eisen- und Stahlindustriellen so gut wie gesichert. Ebenso würde sich im Unterhause die notwendige Mehrheit für diese Zölle finden. Das hat die Abstimmung über die Spitzenzölle, die am 16. Juni stattgefunden hatte, gezeigt: sie wurden mit 260 gegen 148 Stimmen angenommen. (Auch unter den Labour-Abgeordneten gibt es Protektionisten.) Weiter gelten die allgemeinen Umstände, auf Grund deren der Spitzenindustrie Schutz zugesprochen wurde, zum mindesten in demselben Maße für die Eisen- und Stahlindustrie. Diese arbeitet heute nur mit ⅔ ihrer wirklichen Kapazität. Die Arbeitslosigkeit in der Stahlindustrie ist von 17 Prozent im Jahre 1923 auf etwa 21 Prozent im Jahre 1924 gestiegen und hat 1925 noch weiter zugenommen. Nichts charakterisiert die kritische Lage dieser Industrie besser als die Tatsache, daß Großbritannien in der Reihe der Eisen und Stahl erzeugenden Länder in letzter Zeit von Frankreich vom dritten auf den vierten Platz verdrängt worden ist. Mit den allgemeinen kritischen Verhältnissen in der Weltwirtschaft überhaupt und den schutzzöllnerischen Maßnahmen der Wirtschaftskonkurrenten Großbritanniens als Hintergrund, sind dies Erscheinungen, die in der Richtung einer positiven Erledigung dieses Antrages wirken.

Nun ist die Lage Großbritanniens in der Frage „Schutzzoll oder Freihandel“ immer noch eine „problematische“. Noch immer haben Gründe „prinzipieller“ Natur nicht ihre Geltung verloren, die gegen eine solche endgültige Wendung zum protektionistischen Schutzzollsystem, wie es der Schutz

von Eisen und Stahl wäre, sprechen. Großbritannien ist nämlich trotz der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Umschichtung der internationalen Wirtschaftsstruktur noch immer das Land mit dem mächtigsten Außenhandel der Welt geblieben. In keinem anderen Lande der Welt spielt der Zwischenhandel eine so bedeutende Rolle wie gerade in Großbritannien. Seine alte Spezialisierung auf die Fertigfabrikate und die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Erzeugung hat dazu geführt, daß heute noch immer etwa 75 Prozent seiner wichtigsten Erzeugnisse — nämlich Metallwaren und Textilfabrikate — ausgeführt werden, während 80 Prozent seines Weizenkonsums durch das Ausland gedeckt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte Großbritannien auch heute noch ein starkes Interesse an einer möglichst reibungslosen Entwicklung des Welthandels, wie sie durch den allgemeinen Freihandel besser gesichert wäre als wie durch ein System gegenseitiger Absperrungen auf dem Wege von Schutzzöllen. Auch im Interesse der führenden Stellung Großbritanniens auf dem Seefrachtenmarkt liegt eine freihändlerische Regelung des Wirtschaftsverkehrs.

Ferner spielt das eigentümliche Verhältnis von Banken und Industrie in England in dieser Frage ebenfalls eine wesentliche Rolle. Die Banken haben in Großbritannien bisher stärkeren wirtschaftspolitischen Einfluß ausgeübt als die Industrie. Die Banken haben ihre Macht hauptsächlich aus der kolonialisatorischen Expansion des britischen Weltreiches und nicht aus der britischen Industrie geschöpft. Die Banken waren auch spezielle Träger dieser Expansion. In England besteht nicht das innige Verhältnis zwischen den Banken und der Industrie wie bei den anderen Großmächten, und heute noch halten sich die Banken von jeder stärkeren direkten Beteiligung an der englischen Industrie fern. In der finanziellen Vormachtstellung Londons in der Welt sahen die führenden Banken die beste Verwirklichung der englischen Weltbeherrschungsbestrebungen. Von der Industrie verlangten sie aber im Interesse dieser Stellung das Festhalten am Freihandelsprinzip. Ihr Übergewicht gegenüber der Industrie konnten sie bisher dadurch verstärken, daß sie im Gegensatz zur britischen Industrie eine planmäßige Konzentrationspolitik betrieben hatten. Die „Big five“, die fünf englischen Großbanken, verfügen über 80 Prozent der Geldkapitalmacht sämtlicher britischer Privatbanken überhaupt. Die Erschütterung der finanziellen Vormachtstellung des Londoner Geldmarktes in der Nachkriegszeit hatte nun zur Folge, daß auch in Großbritannien in der Nachkriegszeit gegenüber den Banken die Industrie immer stärker aufkommen konnte. Damit erhielten die schutzzöllnerischen Bestrebungen in Großbritannien erklärlicherweise einen stärkeren Antrieb.

Schließlich bleibt noch abzuwarten, wie der Widerstand der Fertigindustrien, deren Produktionskosten durch einen Zoll auf ihr Rohmaterial verteuert würden — Weißblech, Schiffsbau, Draht, verzinktes Eisen, Maschinen und andere Industrien — und die daher freihändlerisch eingestellt sind, überwunden werden wird. Nur ein System von Exportprämien könnte diese mächtige Gruppe zum Protektionismus bekehren.

Man kann aber bereits heute feststellen, daß unabhängig von der schließlichen Entscheidung in der Frage der Eisen- und Stahlzölle — die „Tendenz“ in der britischen Wirtschaftspolitik zweifelsohne in der Richtung auf eine schutzzöllnerische Entwicklung geht. Denn Großbritannien hat heute

bereits eine ganze Reihe von Zöllen mit eindeutig schutzzöllnerischem Charakter. Fraglich ist noch immer heute, ob sie auch als Vorboten eines Generaltarifs anzusehen sind. Ein Zoll auf Eisen und Stahl — heute noch immer der eindeutigste Maßstab für den Grad der Schutzzollentwicklung eines Landes — würde bedeuten, daß England tatsächlich mit dem bisher praktizierten Fiskalsystem bei der Aufstellung von Zöllen endgültig gebrochen hätte.

Großbritannien hat seit jeher große Einnahmen aus Einfuhrzöllen gehabt. Nur wurden diese Einnahmen in der Vorkriegszeit restlos für die Bedürfnisse des Fiskus verausgabt und nicht zu einer unmittelbaren Unterstützung der Industrie. Das war in der Vorkriegszeit das Charakteristische an dem britischen Zollsystem, so daß man von diesem Gesichtspunkte aus Großbritannien mit Recht als ein Freihandelsland ansprechen konnte. Der britische Zolltarif beruht auf dem „Customs Tariff Act“ von 1876. Die durch den Customs Tariff auferlegten Zölle sind seither durch spätere Gesetze mehrfach Abänderungen unterworfen, bzw. ergänzt worden. Aber diese Tarife enthielten durchweg relativ nur wenige zollpflichtige Waren. Industrielle Rohmaterialien, die wichtigsten Lebensmittel waren immer zollfrei, aber auch Halbzeug- und Fertigfabrikate waren nur in einzelnen Ausnahmefällen belastet. Diese drei Punkte sind entscheidend bei der Beurteilung der britischen Zollpolitik. Auf der herkömmlichen Liste der englischen Zölle stehen solche Genußmittel, wie Kakao, Tee, Kaffee, kondensierte Milch, getrocknete Früchte und vor allem die finanziellen Hauptstützen: Tabak, Zucker und alkoholische Getränke. Das war der „eiserne Bestand“ an Zöllen für jedes englische Budget. Der Tarif selbst teilt sich in einen allgemeinen Tarif und einen Vorzugstarif, der für die Erzeugnisse des britischen Weltreichs in Anwendung kommt.

Im Weltkrieg sind durch ein britisches Finanzgesetz vom Jahre 1915 auf Automobile und Motorräder, Zubehörstücke und Teile davon, Musikinstrumente sowie Zubehörstücke und Teile davon, Wanduhren, Taschenuhren und Teile davon, sowie Filme, Zölle von  $33\frac{1}{3}$  Prozent des Wertes festgesetzt worden. Das waren die sogenannten Mac Kenna-Zölle. (Mac Kenna, der damalige Schatzkanzler, war liberaler Freihändler und ebenso Asquith, der damalige Premier.) Die Mac Kenna-Zölle sollten aber nur von vorübergehender Wirkung sein. Die Regierung gab nämlich an, daß sie diese Zölle auf nicht absolut unentbehrliche Artikel nur zu dem Zwecke eingeführt habe, um für die wirklich notwendige Einfuhr Schiffsraum zu sparen. In der Nachkriegszeit wurden sie — trotz des damals bereits bestehenden Überflusses an Schiffsraum — zunächst behalten. Erst Snowden, der Schatzkanzler des Labour-Kabinetts, setzte sie trotz des starken Protestes der Konservativen mit dem 2. August 1924 außer Kraft.

Ebenfalls ein liberaler Freihändler, Lloyd George, hat als Führer des liberal-konservativen Koalitions-Kabinetts, ein zollpolitisches Ausnahmegesetz geschaffen. Durch das Industrieschutzgesetz von 1921 (Safeguarding of Industries Act 1921) wurden seit dem 1. Oktober 1921 mit Befristung auf 5 Jahre besondere Zölle zum Schutze verschiedener Schlüsselindustrien — angeblich gegen das Valuta-Dumping — erhoben. Dieses weitgehende und wichtige Gesetz zerfiel in zwei Teile. Teil 1 sah Wertzölle in Höhe von

33 $\frac{1}{3}$  Prozent vor für solche Waren, in deren Herstellung England sich der Konkurrenz nicht gewachsen fühlte oder für die es sich eine Art Monopolstellung sichern wollte. Zu solchen Waren gehörten vor allem Chemikalien, optische Instrumente, wissenschaftliche Apparate, Wolframmetalle und Waren daraus. Dieser Teil des Industrieschutzgesetzes wurde auch von der Labour-Regierung nicht angetastet. Es handelte sich nämlich um den Schutz der für den modernen Krieg überaus wichtigen chemischen Industrie. Diese hat sich mit Hilfe des Schutzzolles tatsächlich ungeheuer entwickelt. Nach Berichten des amerikanischen Handelsamtes in Washington produziert die britische chemische Industrie ungefähr 80 Prozent ihres Selbstverbrauches, während sie vor dem Kriege nur 13 bis 14 Prozent ihres Bedarfes erzeugte. Darüber hinaus führt sie überdies aus. Von den Zwischenprodukten, die zur Herstellung von Farben und auch von Giftgasen notwendig sind, produzierte England im Jahre 1923 volle 100 Prozent, 1913 nur 3 Prozent.) Teil 2 des Gesetzes ermächtigte das Handelsamt zur Abwehrung des Dumpings für bestimmte Waren bestimmter Länder Zusatzzölle in Höhe von 33 $\frac{1}{3}$  Prozent zu erheben. Von dieser Ermächtigung hatte das englische Handelsamt nur in beschränktem Umfange Gebrauch gemacht, indem es nur folgende deutsche Erzeugnisse mit einem Sonderzoll von 33 $\frac{1}{3}$  Prozent belegte: Handschuhstoffe und Stoffhandschuh, Haushaltsglaswaren, Glaswaren zu Beleuchtungszwecken, Gasglühstrümpfe und Küchengeschirr aus Aluminium. Stahl oder Schmiedeeisen. Diese Zölle sind nach Stabilisierung der Mark mit Ablauf des 19. August 1924 ebenfalls vom Labour-Kabinett außer Kraft gesetzt worden.

Die Labour-Regierung hat also die Mac Kenna-Zölle und ebenso den 2. Teil des Industrieschutzgesetzes 1921 infolge ihres Ausnahmecharakters abgebaut und damit zweifellos einen großen Schritt zum Freihandel zurück gemacht. Praktisch befolgte sie die Taktik eines mäßigen Zollschutzes, da sie den ersten Teil des Industrieschutzgesetzes, der Industrien durch Zollschutz unterstützte, in seiner Wirkung nicht aufhob. Unzweifelhaft war aber bei ihrer Wirtschaftspolitik die Tendenz festzustellen, daß sie die Zolleinnahmen Großbritanniens nur ausgesprochen fiskalischen Bedürfnissen anzupassen und die Bahnen des Freihandels einzuschlagen trachtete.

Mit dem Sieg der Konservativen bei den letzten Wahlen waren mit dem Baldwin-Kabinett jene Mächte zur Regierung gelangt, die sich die planmäßige Durchführung einer protektionistischen Wirtschaftspolitik zum Ziele gesetzt hatten. Zuerst brachte die neue Regierung, Februar 1925, mit Hilfe ihrer großen Mehrheit die Annahme einer neuen Fassung des Industrieschutzgesetzes im Parlament durch. Bei dieser Gelegenheit erklärte sie, daß sie damit noch keinen allgemeinen neuen Zolltarif einführen wolle, sondern nur ihre Absicht bekanntgebe, „leistungsfähige und volkswirtschaftlich lebensfähige Industrien, die vom unlauteren ausländischen Wettbewerb bedroht werden, zu schützen.“ Auf Grund dieses Gesetzes soll jeder Fall besonders untersucht werden. Jede Industrie, die sich um Schutz bewirbt, muß ihren Fall zunächst dem Handelsamte und zweitens einem vom Handelsamte erwählten Ausschuß vortragen, wobei bestimmte Vorbedingungen erfüllt werden müssen. Falls die betreffende Industrie die Probe besteht und falls das Handelsamt und das Schatzamt ihre Zustimmung geben, so wird in der nächsten Finanzgesetzberatung ein Einfuhrzoll eingebracht, über den

schließlich das Unterhaus entscheidet. Um die Belegung einer Ware mit einem Einfuhrzoll zu rechtfertigen, muß die in Frage kommende Industrie beweisen:

1. daß sie von „besonderer Bedeutung“ für das Land ist. Diese Bedeutung wird vornehmlich aus dem in ihr Beschäftigung findenden Arbeiterstande hergeleitet oder aus dem Wesen der von ihr erzeugten Waren;
2. daß ausländische Waren der in Frage kommenden Art in „unverhältnismäßig hohen Mengen“ aus dem Auslande einströmen;
3. daß diese Waren unter Preissätzen nach Großbritannien Eingang finden, zu denen ähnliche Waren in Großbritannien mit „vernünftigem“ Gewinn hergestellt werden können;
4. daß infolge dieser übermäßigen Einfuhr der Beschäftigungsstand des betreffenden Handelszweiges „in Gegenwart oder Zukunft ernsthaft bedroht“ ist;
5. daß diese Einfuhr aus Ländern kommt, in denen die Erzeugung in solch grundverschiedener Weise vor sich geht, daß man von einem „unlauteren Wettbewerb“ zu sprechen berechtigt ist. Diese Unlauterkeit des Wettbewerbes kann aus verschiedenen Ursachen bewiesen werden, aus entfernter Währung, aus Subsidien, aus niedrigen Löhnen, aus längerer Arbeitszeit oder aus sonstigen „künstlichen Vorteilen“ des betreffenden Landes.

Die schutzsuchende Industrie muß weiter beweisen,

6. daß sie mit „vernünftiger Umsicht und Sparsamkeit“ geleitet wird;
7. endlich, daß man durch die Einführung des vorgeschlagenen Zolls den Beschäftigungsgrad in irgendeiner anderen Industrie, die die Erzeugnisse der schutzsuchenden Industrie verwendet, nicht ungünstig beeinflusst.

Um die Masse der Konsumenten nicht vor den Kopf zu stoßen und sie schrittweise an den fortschreitenden Protektionismus „zu gewöhnen“, erklärte damals die Regierung, daß sie es von vornherein ablehne, irgendeinem Antrage bezüglich einer Lebensmittel oder Getränke herstellenden Industrie zu berücksichtigen. (Sie konnte diese Erklärung umso bedenungsloser abgeben, als sie entschlossen ist, der Landwirtschaft mit den Mitteln direkter Subventionen zu den Vorteilen eines Zollschutzes zu verhelfen.)

Das neue Budget hat eine Anzahl wieder eingeführter bzw. neuer Zölle gebracht und damit die Liste der nicht mehr frei nach England einfuhrbaren Waren erheblich vergrößert. Zugleich haben die Länder des Imperiums weitere Zollbegünstigungen erhalten. Auf Vorschlag des Schatzkanzlers Churchill, ebenfalls eines „prinzipiellen Freihändlers“, wird der englische Zolltarif mit dem 1. Juli 1925 um folgende Positionen bereichert: Die Mac Kenna-Zölle werden wieder eingeführt. Der Zollsatz beträgt  $33\frac{1}{3}$  Prozent ad valorem, ist aber von den Ländern des britischen Imperiums nur zu  $\frac{2}{3}$  zu entrichten. Ferner werden neue Seidenzölle eingeführt. Auf diese Zölle erhalten die Länder des Imperiums den Rabatt von einem Sechstel. Schließlich wird die Imperial-Preference, d. h. die Zollbevorzugungen der britischen Überseeländer in bezug auf folgende Waren erhöht: Zucker, Tabak, Wein, Sacharin, getrocknete Früchte. (Für getrocknete Früchte beispielsweise, die bisher nur mit einem Sechstel gegenüber nichtbritischen Waren bevorzugt waren, wird den Ländern des Imperiums die zollfreie Einfuhr gestattet.)

Die Baldwin-Regierung hat also in folgenden „Raten“, wie Lloyd George diesen Ausdruck geprägt hat, einen Generaltarif vorbereitet: sie hat die Mac Kenna-Zölle, die vorübergehenden Charakter haben sollten, als ständige wieder eingeführt. Sie hat weiter im Budget neue Seidenzölle aufgestellt. (Durch die nachträglichen Änderungen an der Seidenlastungsbill ist die protektionistische Bedeutung der neuen englischen Seidenzölle eher verstärkt als gemildert worden, da der englischen Seidenindustrie einige wesentliche Erleichterungen zugestanden worden sind.) Mit diesen Zöllen werden nun Produkte hochentwickelter Fertigungsindustrien und sogar Rohmaterialien für die Industrie stark verzollt, was in der Vorkriegszeit nicht der Fall gewesen war. Ferner hat die Baldwin-Regierung den II. Teil des Industrieschutzgesetzes erneuert und ihm eine so dehnbare Fassung gegeben, daß sie auf Grund dieses Gesetzes jede Schutzmaßnahme jetzt „rechtfertigen“ kann. (Anträge auf Zollschutz auf Grund dieses Gesetzes haben bisher gestellt: Spitzen, Stickerien, Handschuhe, Glühstrümpfe, Superphosphat und schließlich die Eisen- und Stahlindustrie. Die Spitzen- und Stickereizölle sind bereits angenommen worden. Die Entscheidung in der Frage der Eisen- und Stahlzölle wird zeigen, wieweit die Baldwin-Regierung auf der Bahn des Protektionismus zu gehen entschlossen ist.)

Die britischen Imperialisten wollen kein Mittel unversucht lassen, um ihr auseinanderstrebendes Weltreich mit Hilfe von Reorganisationen zusammenzuhalten. Die Wiedereinführung des Goldstandards sollte der große Schritt zur finanziellen Erneuerung sein. Es hat sich aber schon jetzt gezeigt, daß der Londoner Finanzmarkt trotz dieser Reorganisation sich noch lange nicht von den empfindlichen Schlägen, die ihm der Krieg versetzt hat, erholt hat. Vor kurzer Zeit neu aufgelegte Emissionen der Dominions hatten einen ausgesprochenen Mißerfolg zu verzeichnen. Die englischen Großbanken, die diese Transaktion zur Durchführung übernommen hatten, mußten infolge starker Unterzeichnung den größten Teil der Emissionen auf eigene Rechnung übernehmen. Das war ein deutliches Zeichen dafür, daß der Londoner Finanzmarkt gegenüber der Vorkriegszeit ärmer geworden ist. In derselben Zeit hat aber der New Yorker Konkurrent Überfluß an freiem Geldkapital. Ununterbrochene Neuinvestitionen in den Dominions und Kolonien waren aber in der Vorkriegszeit die realsten Stützen der britischen Weltherrschaft gewesen. Fallen diese aus, so lockert sich dieses starke Bindemittel. Heute übernimmt in immer stärkerem Maße der amerikanische Konkurrent diese Funktion, und damit gelangt er in den Besitz der finanziellen und politischen Vorteile, die aus solchen Geschäften erfließen.

Die Industrie aber, die für die Machtgeltung Großbritanniens gegenüber der Vorkriegszeit infolge seiner geminderten finanziellen Kraft von stärkerer Bedeutung geworden ist, kommt aus ihrer Dauerkrise nicht heraus. Fast 12 Prozent der gesamten englischen Arbeiter erhalten heute staatliche Unterstützung. Dabei sind die Aussichten für die nächste Zukunft sehr trübe. Bezeichnend für die wenig aussichtsreiche Zukunft ist der kürzlich erfolgte Schritt der südafrikanischen Regierung, die jetzt im Interesse ihrer eigenen jungen Industrie die früheren starken Zollbegünstigungen der britischen Industriefabrikate fast völlig beseitigt hat. Der britische Absatzmarkt wird also immer enger. Selbst am britischen Innenmarkt wird der britischen Industrie der Absatz streitig gemacht. Die deutsch-französische Konkurrenz

hat sich schon wiederholt erfolgreich durchgesetzt. Von einem weit ausgedehnten Industriezollsystem erwarten die britischen Protektionisten die Reorganisation der britischen Industrie. Der wirkliche Erfolg der protektionistischen Wirtschaftspolitik nach dieser Richtung hin bleibt abzuwarten. Sichere Folge des britischen Protektionismus wird aber die verschärfte Konkurrenz zwischen den Imperialisten aller Länder sein. Das Schlußergebnis kann zu dem großen Zusammenstoß führen, der, wie noch kürzlich ein französischer Schwerindustrieller in einer Zeitschrift versichert hat, als „wirksamster Konjunkturanreger“ der einfachste und beste Ausweg aus der Dauerkrise der internationalen Stahl- und Eisenindustrie sein wird.

W. KOLAROW :  
DIE SOZIALEN GRUNDLAGEN  
DES ZANKOWREGIMES

*I. Die ökonomische und gesellschaftliche Struktur des Landes*

Bulgarien besitzt ungefähr 5 Millionen Einwohner, von denen 80 Prozent auf dem Dorfe, und nur 20 Prozent in der Stadt wohnen. Die Dichte der Bevölkerung beträgt 46 Menschen auf den Quadratkilometer. Die bäuerliche Bevölkerung verteilt sich auf 5560 Wohnplätze, auf die im Durchschnitt etwa je 700 Menschen entfallen. Die Zahl der Städte beträgt 92; von ihnen besitzt nur die Hauptstadt Sofia über 200 000 Einwohner, zwei Städte haben 50—100 000 und sechs Städte 20—50 000 Einwohner. Diese Ziffern zeigen, daß Bulgarien überwiegend ein Bauernland ist.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung in einigen bäuerlichen Bezirken — wie Perschin, Gorno-Orjehow usw. — arbeitet in den dort befindlichen Bergwerken und Industrieunternehmen, wogegen sich ein nicht geringer Teil der städtischen Bevölkerung mit Landwirtschaft befaßt. In der Landwirtschaft und ihren Nebenzweigen waren 1910 81 Prozent der erwachsenen Bevölkerung tätig. Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich nicht sonderlich von der vor dem Kriege, da die Industrie in dieser Periode keine besonderen Fortschritte gemacht hat.

Die gesamte in Ausbeutung genommene Bodenfläche betrug 1908 7 982 451 Hektar; davon befanden sich in Privatbesitz 4 630 083 Hektar, die sich auf 705 820 Besitzer verteilten. Dem Umfange des Grundbesitzes nach verteilten sich die Privateigentümer folgendermaßen:

Kleinste Grundbesitzer mit einem Landanteil	bis zu 3 ha 41 Proz.
Kleine " " " "	von 3 bis 10 ha 40 "
Mittlere " " " "	von 10 " 20 ha 14,35 "
Begüterte " " " "	von 20 " 100 ha 4,2 "
Große " " " "	über 100 ha 0,15 "

Der Grundbesitz selbst zerfiel folgendermaßen (1910):

Kleinste Landanteile . . . . .	2 ha 16,1 Proz.
Kleine " . . . . .	von 2 bis 10 ha 64,6 "
Mittlere " . . . . .	10 " 30 ha 18,2 "
Größere " . . . . .	30 " 100 ha 1,0 "
Große " . . . . .	über 100 ha 0,1 "

In der Landwirtschaft und ihren Nebenzweigen waren 1910 160 256 Lohnarbeiter beschäftigt, zusammen mit den Familienmitgliedern insgesamt 267 000.

Die Veränderungen nach dem Kriege lassen sich nicht genau feststellen. Aber zweifellos hat sich der Prozeß der Proletarisierung verstärkt, wozu der allgemeine Verfall der Landwirtschaft und die Zerrüttung der Bauernwirtschaften beigetragen haben. Das Verhältnis zwischen den Großgrundbesitzern und den übrigen sozialen Gruppen auf dem Dorfe hat sich durch

den Verlust der Dobrudscha, wo mindestens ein Sechstel des Großgrundbesitzes konzentriert war, zu Ungunsten des Ersteren verschoben. Die Bodenreform der Bauernregierung brachte keine wesentlichen Veränderungen in der Landwirtschaft mit sich, namentlich seit sie in die Hände der Weißgardistenregierung übergegangen ist. Bis Ende 1923 waren enteignet 48 982 Hektar Privatboden und 32 563 Hektar öffentlichen Bodens. Das Recht auf Landzuteilung wurde 79 527 landlosen und unbegüterten Bauern zuerkannt; aber erhalten haben endgültig 780 Personen insgesamt 13 853 ha oder 17,7 ha pro Person. Nach dem Umsturz vom 9. Juni wurde die Enteignung eingestellt und ein Teil der bereits stattgefundenen Übertragungen wieder annulliert.

Die Wirtschaft des Kleinbesitzers ist ganz primitiv. Die Maschine und selbst der Pflug sind noch nicht in das bulgarische Dorf eingedrungen. Auf 20 Hektar Ackerland entfällt ein einziger eiserner Pflug. Ein großer Teil der Kleineigentümer besitzt auch kein Arbeitsvieh. Bei einer Gesamtzahl von 641 744 Bauernwirtschaften besaß 1920 der vierte Teil kein Arbeitsvieh, und nur ein Drittel war im Besitz von Fuhrwerk. Diese Parzellenwirtschaften können sich nur durch den Anbau von Tabak halten, der auf einer kleinen Landfläche möglich ist, aber großen Aufwand an menschlicher Arbeitskraft erfordert. So haben 1923 191 800 Wirtschaften, das sind 30 Prozent, Tabak angebaut.

Die bulgarischen bürgerlichen Wirtschaftler weisen darauf hin, daß ein begrüßenswerter Übergang von der extensiven Landwirtschaft (Getreidebau) zur intensiven (Tabak usw.) vor sich gehe. Aber sie übersehen natürlich die Zerrüttung der kleinen Bauernwirtschaften, die gesteigerte Ausbeutung der Frauen und Kinder und die vollständige hypothekarische Überlastung der kleineren Wirtschaften durch das Handelskapital. Während die Engrospreise für Brotgetreide 1924 das 38fache ihrer Vorkriegeshöhe erreicht hatten, sind in derselben Zeit die Preise für Tabak nur um das 6—7fache gestiegen. Es ist klar, daß die zerrütteten Kleinbauern bei ihrem Mangel an Boden und Arbeitsvieh zum Tabakbau übergegangen sind, obgleich dessen Kultivierung für sie weniger vorteilhaft ist. Diese Notlage haben sich die Tabakexporteure, die zur mächtigsten kapitalistischen Gruppe des Landes geworden sind, zunutze gemacht. Einer annähernden Schätzung zufolge haben sie in den letzten fünf Jahren auf Kosten der armen Tabakproduzenten über 3 Milliarden bulgarische Lei verdient.

Die Industrie befindet sich erst im Keimzustand. Mit wenigen Ausnahmen ist sie in den Städten konzentriert: die Textilindustrie in Sliven und Gabrow; die Zuckerindustrie in Sofia, Philipopol, Ruschuk und Gorna Orjehowiza; die Tabakindustrie in Philipopol, Chaskow, Dubniza usw. Vor dem Kriege hat sie sich ziemlich rasch entwickelt, aber seither ist sie in völligem Stillstand. Bei der Zählung 1922 wurden im Lande insgesamt 1541 Industrieunternehmen (die über 10 Pferdekräfte verwenden) gezählt, worin 55 380 Arbeiter ständig beschäftigt waren. In ihnen waren 5758 Millionen bulgarische Lei investiert. In der Tabakindustrie waren 19 815 Arbeiter oder 35,8 Prozent beschäftigt, in den Bergwerken 9642 Arbeiter oder 17,4 Prozent, in der Lebensmittelindustrie 7543 oder 13,6 Prozent und in der Metallbearbeitungsindustrie 4482 oder 8,1 Prozent usw. Praktisch umfaßt die Industriearbeiterarmee mit ihren Reserven gegen 80 000 Mann.

Hervorzuheben ist, daß seit dem Kriege die nationale Industrie immer

mehr in die Hände des Auslandskapitals übergeht, das nicht ins Land kommt, um dessen Produktivkräfte zu entwickeln, sondern mit räuberischen Absichten. Die bulgarischen Industriellen, die keine Kredite erhalten, haben ihre Fabriken entweder verkauft oder sie in Aktiengesellschaften umgewandelt: in der einen oder anderen Form sind sie unter die Kontrolle des Auslandskapitals gekommen. Zu diesem Prozeß trägt auch die Angst der bulgarischen Industriellen vor der revolutionären Bewegung bei, die sie, zur Vermeidung von Risiko, veranlaßt, ihre Kapitalien unter falscher Flagge unterzubringen. So befinden sich die hauptsächlichsten nationalen Industriezweige — die Mühlen- und Tabakindustrie — bereits voll und ganz in den Händen ausländischer Kapitalisten; in Bälde wird ihnen auch die Leder-, Textil- und Spritindustrie usw. folgen.

Die Kriege haben die Konzentration der großen Kapitalien gefördert, die jedoch nicht in der in einer Krise stehenden Industrie, sondern in der Spekulation, der sich ungeahnte Möglichkeiten eröffneten, angelegt wurden. Nunmehr ist sowohl der Außen- als der Innenhandel fast ausschließlich in den Händen der Aktienbanken und -Gesellschaften konzentriert. Ende 1922 zählte man deren 531 mit einem Gesamtkapital von 1395 Millionen Lei. Von dem Aktienkapital waren 58,7 Prozent im Handel investiert (Bankgewerbe, Kredit, Umlauf usw.), 36 Prozent in der Industrie, 2,6 Prozent im Bergbau, 2,3 Prozent in der Landwirtschaft und Viehzucht und 0,4 Prozent im Transport.

Das Auslandskapital in Bulgarien war 1924 in 51 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 410 Millionen Lei vertreten. Davon betrug das Kapital der acht Banken 182 Millionen Lei, der 19 Industriegesellschaften 133 Millionen, der 19 Handelsgesellschaften 82 Millionen. Seiner Herkunft nach verteilte sich das Auslandskapital wie folgt: Französisches 110 Millionen Lei, französisch-belgisches 70 Millionen, deutsches 52 Millionen, tschechisches 50, italienisches 44 usw. Das Eindringen des Auslandskapitals nach dem Kriege vollzieht sich auch durch die Eroberung des Innenhandels. Ein großer Teil der Ein- und Ausfuhr geht durch ausländische Firmen, die im Lande ihre Filialen und Agenturen errichten. Der Gesamtumlauf des Außenhandels (Einfuhr und Ausfuhr) erreichte im Jahre 1923 8650,8 Millionen Lei. Von der Einfuhr entfielen 1921 78,2 Prozent auf Fabrikerzeugnisse und 14,7 Prozent auf Rohstoffe und Halbfabrikate; von der Ausfuhr entfielen 56,1 Prozent auf Brotgetreide und Lebensmittel und 34,8 Prozent auf Rohstoffe und Halbfabrikate.

Bei der schwachen Entwicklung der Industrie nimmt das Handwerk noch einen recht großen Platz in der Volkswirtschaft ein. Die Handwerker bilden vorwiegend in den Städten eine zahlenmäßig noch ziemlich starke Klasse. Aber die Krise der Gesamtwirtschaft, und namentlich das Fehlen des Kredites — 1922 entfielen von der Gesamtsumme der von der bulgarischen Nationalbank diskontierten Wechsel nur 1,4 Prozent auf Handwerkerwechsel — haben den raschen Ruin der Handwerker zur Folge. Trotzdem ist im Handwerk eine große Zahl Lohnarbeiter beschäftigt.

Zuverlässige Zahlen über die Klassenschichtung in Bulgarien stehen zur Zeit aus: Die von Varga im „Jahrbuch“ für 1922—23 angeführten Ziffern sind zwar der offiziellen bulgarischen Statistik entnommen, geben aber doch von den sozialen Gruppierungen im Lande ein falsches Bild.

Annähernd genau wird man die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung folgendermaßen ansetzen können:

Proletarier . . . . .	28 Proz.
Halbproletarier . . . . .	12 „
Kleinbürgertum . . . . .	40 „
Mittleres Bürgertum . . . . .	16,5 „
Großbürgertum . . . . .	3,5 „

Aus dem bisher Gesagten lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Bulgarien ist überwiegend ein bäuerliches, ackerbaureibendes und kleinbesitzerliches Land. Jedoch spielen seine, wiewohl kleinen Städte, eine verhältnismäßig große Rolle, als Punkte, wo sich das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben konzentriert.

Infolgedessen hat die organisierte Staatsmacht, trotz ihrer geringen zahlenmäßigen Stärke, eine verhältnismäßig große Bedeutung.

2. Das Versprengtsein der Kleinproduzenten in kleine Gruppen und ihre ökonomische Unabhängigkeit voneinander vermindert trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke in erheblichem Maße ihren Einfluß auf die Wirtschaft und Politik des Landes.

3. Das überwiegend in den Städten konzentrierte Proletariat hat, obwohl es zahlenmäßig nicht stark ist, eine mächtige Bedeutung als Führer und Avantgarde der halbproletarischen und kleinbesitzerlichen Massen. Seine Zersplitterung auf verhältnismäßig kleine Industrie- und Handwerksunternehmungen läßt sich bis zu einem gewissen Grade durch die Schaffung zusammengesetzter und aktiver gewerkschaftlicher und politischer Organisationen kompensieren.

4. Der Großgrundbesitz ist unbedeutend, und die Großgrundbesitzer spielen keine selbständige und führende Rolle.

5. Die städtische Bourgeoisie hat trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche eine verhältnismäßig große ökonomische und politische Macht. Die Hauptrolle in ihr spielt das Bank- und Handelskapital.

6. Seinem Verhältnis zum Auslandskapital nach ist Bulgarien eine Kolonie. Trotzdem jedoch benutzen die bulgarischen Kapitalisten die Kontrolle des Auslandes, um ihre Positionen gegen die schaffenden Massen zu verstärken.

## *II. Die Kräfte, die den Staatsstreich vollzogen haben*

Stambulijski kam zur Macht nach den Wahlen vom 17. August 1919, die dem Bauernbund eine relative Mehrheit im Parlament verliehen. Zur Regierungsbildung war er gezwungen, sich eine Stütze noch in anderen Parteien zu suchen. Eine Koalition mit der Kommunistischen Partei — der zweitstärksten Partei, die die revolutionäre Bewegung im Lande leitete, war im Augenblick ausgeschlossen. Aber aus einer Reihe von Gründen kam auch eine Koalition mit den Menschewiki nicht zustande. Stambulijski zog eine Kombination mit den stark geschwächten und weniger anspruchsvollen Progressivisten und Narodniki vor. Die ersteren traten auch in der Eigenschaft als Agenten der Kapitalistenklasse in die Bauernregierung ein.

Nach der Unterdrückung des Transportarbeiterstreikes (Dezember 1919 bis Februar 1920) glaubte Stambulijski die Kommunistische Partei geschwächt, löste das Parlament auf, und setzte Neuwahlen auf den 28. März 1920 an, in der Annahme, eine absolute Mehrheit zu erzielen. Aber seine Erwartung wurde enttäuscht: die Kommunistische Partei erhöhte die Zahl ihrer Abgeordneten von 47 auf 50, und die Bauernregierung mußte, um sich an der Macht zu erhalten, und das Land weiter zu regieren, durch Machinationen eine bestimmte Zahl oppositioneller Abgeordneter kassieren.

Einige Zeit später bildete sich im Bauernbund ein rechter Flügel heraus, der für eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien eintrat und die Bauernregierung von innen heraus zu sprengen drohte. Um die Lage zu retten, löste Stambulijski das Parlament nochmals auf, und ließ nach einer vorhergehenden Abänderung des Wahlsystems die Neuwahlen im April 1923 stattfinden. Diesmal erhielt der Bauernbund die erdrückende Mehrheit im Parlament und seine parlamentarische Stellung festigte sich. Aber nur anderthalb Monate später erfolgte der weißgardistische Staatsstreich.

Der Einfluß des Bauernbundes auf die bäuerlichen Massen war unbestreitbar ein großer, und die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen stieg von 203 773 im Jahre 1919 auf 346 949 im Jahre 1920 und erreichte 1923 437 000. Die absolute Mehrheit der Wahlstimmen erhielt er trotzdem nicht. Er war daher gezwungen, sich entweder in der städtischen kapitalistischen Bourgeoisie von rechts oder aber in der Arbeiterklasse von links eine Stütze zu suchen. Aber die ungleichartige, soziale Zusammensetzung des Bauernbundes machte es Stambulijski unmöglich, sich definitiv entweder der Bourgeoisie oder dem Proletariat zu nähern. Statt dessen manövrierte er und wechselte seine Front von Fall zu Fall. Auf diese Weise steigerte die Bauernregierung die Unzufriedenheit von links und rechts, befriedigte aber auch die Bauernmassen, die sie unterstützten, nicht.

Die kapitalistische Bourgeoisie war gewöhnt, im Staate zu kommandieren und mit den staatlichen Mitteln zu wirtschaften. Unter dem Regime Stambulijski mußte sie ihre Erniedrigung erdulden, mußte sich mit Brocken vom Staatstische zufriedengeben und häufig Opfer bringen, um ihre Lebensinteressen überhaupt zu retten. Die Interessen aller kapitalistischen Gruppen waren bedroht. Die Bodenreform rührte empfindlich an die „geheiligten“ Eigentumsrechte der Großgrundbesitzer, namentlich derjenigen, die ihren Grundbesitz nicht selbst bearbeiteten. Nur der Sturz der Bauernregierung konnte ihre verletzten Eigentumsrechte wiederherstellen. Gelitten hatten auch die Hausbesitzer. Ein nicht geringer Teil von Gebäuden war für die Bedürfnisse des Staates und der öffentlichen Gesellschaften gegen eine minimale Abfindung enteignet worden. Und die nicht Enteigneten konnten ihren Besitz nicht entsprechend dem bürgerlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage ausbeuten, da die Wohnungsmieter unter dem Schutze eines besonderen Gesetzes standen. Auch für diese Kategorie Kapitalisten lag also die Rettung offenbar im Sturz der „Bauerntyrannie“. Die Bauernregierung erklärte, sie verfolge das Industriekapital nicht, trotzdem fühlten sich aber auch die Industriellen in Gefahr, erstens, weil die sich ihrer Macht bewußten Bauernbünde ihren Blick auf die Mühlenindustrie warfen und erklärten, sie müsse den „Bauern“ gehören; zweitens, weil die Industrie keine ausreichenden Kredite von der Nationalbank erhielt. Und letzten Endes,

weil sich die Industrie faktisch in den Händen der Banken befand, die den Industriellen ihre Haltung diktierten.

Am empfindlichsten war natürlich das Handels- und Bankkapital betroffen. Stambulijski entflammte den Haß der bäuerlichen Massen gegen die Spekulanten und Bankiers und bereitete die moralischen Vorbedingungen zu einem einschneidenden Vorgehen gegen sie vor. Aber außerdem warf die Bauernregierung durch eine Reihe staatlicher Maßnahmen auch dem Großhandelskapital den Fehdehandschuh hin. So gründete sie 1919 ein Konsortium, bestehend aus landwirtschaftlichen Kooperativen und staatlichen Banken, dem sie das Handelsmonopol für Brotgetreide übertrug. Das war ein furchtbarer Schlag für die Getreidegroßexporteure, die bisher die stärkste kapitalistische Gruppe im Lande gebildet hatten. Zwei Jahre später gelang es ihnen, dieses Monopol auf Grund der Einmischung der interessierten Auslandsfirmen und durch Vermittlung der Reparationskommission wieder abzuschaffen. Aber die Bauernbünde gaben nach dieser Niederlage den Kampf nicht auf: die Regierung versuchte ein faktisches Monopolkonsortium zu schaffen, indem sie ihm in den Staatsbanken unbeschränkten Kredit einräumte.

Überhaupt gestaltete sich die Bankpolitik unter dem Bauernregime für das private Handelskapital immer verhängnisvoller. Das letztere war offensichtlich nicht imstande, seine gigantischen Operationen beim Einkauf und bei der Ausfuhr der Getreide-, Tabakernte usw. ohne weitgehenden Kredit bei den staatlichen Finanzinstituten durchzuführen. So stammten 1911 73 Prozent der von der bulgarischen Nationalbank diskontierten Wechsel von Händlern, Banken und Handelsgesellschaften und nur 0,7 Prozent von Bauern. 1922 dagegen erhielten die ersteren umgekehrt — den diskontierten Wechseln nach — nur 20 Prozent des Bankkredites, die letzteren volle 52 Prozent. In derselben Zeit stieg der Wechselkredit der Industriellen von 11,6 Prozent auf 12,5 Prozent. Die Bauernregierung aber hatte sich, indem sie den Bankiers und Großhändlern ihre Goldquelle so rücksichtslos abschnitt, diese zu geschworenen Feinden gemacht.

Und in der Tat stand auch das Bank- und Exportkapital an der Spitze des Kampfes gegen sie. Es mobilisierte die übrigen unzufriedenen kapitalistischen Gruppen und scharte sie um sich. Die gesamte kapitalistische Bourgeoisie, verstärkt durch die Großgrundbesitzer und Hauseigentümer, nahm den Kampf gegen Stambulijski auf. Das war viel, aber noch nicht alles. Es handelte sich darum, auch noch andere gesellschaftliche Gruppen heranzuziehen und ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, um den Kampf zu einem Kampf der „gesamten Nation“ zu machen und — was das wichtigste war: eine ausreichende bewaffnete Macht zu organisieren und die Armee zu gewinnen. Die Großbourgeoisie schloß sich unter der Hegemonie des Bank- und Handelskapitals rasch zusammen und ging ans Werk. Sie proklamierte sich als „bulgarisches Volk“, erklärte ihre Interessen als „Volksinteressen“ und erhob das Banner des „Volksbündnis“, zu dem sie alle Bulgaren und alle Parteien mit Ausnahme der Bauernbündler und Kommunisten, aufforderte. Eine konspirative politische Organisation, das „Volksbündnis“, wurde von den Bankiers und Großhändlern finanziert und geleitet. Die militärische Organisation des Umsturzes wurde der Offiziersliga übertragen.

Welche gesellschaftlichen Gruppen haben auf die Aufforderung, das „Volksbündnis“ zu begründen, reagiert?

In erster Linie — die bürgerliche Intelligenz. Deren Gewinnung war von besonderer Wichtigkeit, da ein ganz großer Teil der Intelligenz als Reserveoffiziere am Kriege teilgenommen hatte. Die Herrschaft des Bauernbundes, die die bäuerliche Halbtelligenz in den Vordergrund schob, hatte die Bildungszensur für die Erreichung der meisten Posten abgeschafft, und damit die Privilegien, die die Existenz der gebildeten Intelligenz gewährleisteten, angetastet. Natürlich entrüstete sich diese über das Vordringen der „Unwissenheit“ und der „bäuerlichen Unkultur“ und setzte ihre ganze Hoffnung auf die Restauration des bürgerlichen Regimes. 1922 brach ein Konflikt zwischen der Regierung und den Professoren der Sofioter Universität aus. Die letzteren erhielten seit sechs Monaten von den Banken Unterstützungen und suchten die Studenten zu beeinflussen. Das Bündnis des Kapitals mit der „Wissenschaft“ war geschlossen. Der Bauernbund erblickte in dem Advokatenstand, aus dem die Mehrzahl aller Parteiführer hervorgegangen war, die Quelle alles Übels. Und mit seinem Machtantritt begann er die Advokaten systematisch zu bekämpfen: er schaffte das Institut der beeidigten Rechtsanwälte bei den Friedensgerichten ab, er beschränkte deren Recht, bei den Kreisgerichten aufzutreten usw. Die so empfindlich betroffenen bürgerlichen Advokaten stellten sich in die ersten Reihen des Kampfes gegen die Bauernregierung. Gleichzeitig bedrohte die Regierung, um den Bauern ärztliche Hilfe zugänglich zu machen, einen Teil der Ärzte mit ihrer Verteilung auf die Dörfer und brachte damit auch die Ärzte gegen sich auf.

Von besonderer Bedeutung aber war die Haltung der Offiziere, sowohl der aktiven als auch der Reserveoffiziere. In der Vorkriegszeit hatten die Marsöhne exklusive Privilegien genossen, an die niemand zu rühren wagte. Der Friedensvertrag, der Bulgarien entwaffnete, bildete für das Offizierkorps eine Katastrophe. Der größte Teil lag auf der Straße und die Niederlage und die einbrechende allgemeine Krise beeinträchtigten die Privilegien und das Prestige der im Dienst verbliebenen. Infolgedessen war die Unzufriedenheit unter dem Offizierkorps groß und auf dieser Grundlage kam es zu schwerwiegenden Konflikten zwischen ihm und der Regierung. Um die Sicherheit der Gendarmerie zu gewährleisten, begann Stambulijski Anhänger des Bauernbundes, ehemalige Feldwebel usw. zu Offizieren zu ernennen. In der Armee spielte er die Unteroffiziere aus. Ein großer Teil des aktiven Offizierkorps bewahrte seine Feindschaft gegen die Regierung bis zu Ende. Was die entlassenen Offiziere und Unteroffiziere anbelangt, so waren sie auf Staatsstellungen angewiesen, auf die sie erst nach dem Sturze der Bauernregierung hoffen konnten. Somit war die Föderation der Offiziere und Unteroffiziere des Reservestandes faktisch eine Organisation, die den Umsturz vorbereitete, und daher eine Stütze der Offiziersliga bildete.

Eine zweite Stütze der Liga bildete die Mazedonische revolutionäre Organisation. Die bäuerliche Masse war am wenigsten nationalistisch und nach den erlittenen Niederlagen auch am wenigsten kriegerisch eingestellt. Infolgedessen fiel es Stambulijski leicht, zu erklären, die „nationalen Ideale“ des bulgarischen Volkes seien begraben, und dementsprechend auf alle Ansprüche auf Mazedonien zu verzichten und Jugoslawien gegenüber eine Politik der Versöhnung zu treiben. Aber gerade diese Politik brachte die

nationalistischen Elemente gegen ihn auf, die unter dem Deckmantel der mazedonischen Organisation den bulgarischen Eroberernationalismus aufrechtzuerhalten suchten. Es fiel ihnen nicht schwer, die Masse der mazedonischen Organisation zu verwirren und sie im Namen der „mazedonischen Autonomie“ gegen die Bauernregierung zu sammeln.

Das städtische Kleinbürgertum, die Arbeiter, Angestellten und die schaffende Intelligenz standen in ihrer großen Masse nicht auf der Seite des Umsturzes. Ein Teil der Handwerker stand den Bauernbündlern sogar sympathisierend gegenüber. Diejenigen von ihnen, die den bürgerlichen Parteien angehörten, verstärkten deren Passivität. Anders freilich stand es, als der Umsturz zur vollzogenen Tatsache wurde. Ein großer Teil der Handwerker und Kleinhändler, die die schweren Steuern drückten, glaubten in der Tat, der Umsturz werde ihnen „Befreiung“ bringen und sie begrüßten ihn mit Freude und Hoffnung. Aber diese Verblendung war von sehr kurzer Dauer. Die Wirklichkeit öffnete ihnen rasch die Augen. Ebenso verhielt es sich mit einem Teil der Staatsangestellten. Verelendet und ein Gegenstand ständiger Angriffe und Ungerechtigkeiten seitens der Regierung, die auch ihr Koalitionsrecht beschränkte, setzten sie ihre Hoffnung auf den Umschwung, aber die Enttäuschung erfolgte hier noch rascher. Unter der Arbeiterschaft rief der Umsturz natürlich keine rosige Stimmung hervor. Der Terror der Bauernregierung gegen die Arbeiter war hart gewesen, trotzdem aber begriffen sie, daß der Umsturz die Macht ihrem furchtbarsten Klassenfeinde, der kapitalistischen Bourgeoisie, zurückgab, und sie waren in ihrer erdrückenden Mehrzahl bereit, auf Leben und Tod dagegen zu kämpfen. Leider trat die durch das Unerwartete des Umsturzes überraschte und desorganisierte Partei der Arbeitermasse nicht aktiv auf und führte die Massen nicht in den Kampf.

Die Großbourgeoisie konnte somit weder das Kleinbürgertum noch die Arbeiterklasse zur aktiven Beteiligung am Umsturze gewinnen. Sie bedurfte ihrer übrigens auch nicht. Ihr Programm des „Volksbündnisses“ war nur eine Maske. Sie brauchte nicht die Volksmassen, sondern gut organisierte konspirative Gruppen und Kampfzellen. Und wenn es ihr gelang, diese zu schaffen, wenn sie sich auf die Unterstützung der Armee, der mazedonischen revolutionären Organisation und der russischen Monarchisten verlassen konnte, dann war der Umsturz für sie eine Kleinigkeit. Was den König Boris anbelangt, so war er ihr sympathisierender Gefangener. Überdies wurde sie in ihrem Vorhaben von der Diplomatie Englands und Italiens aktiv unterstützt.

### *III. Die konstitutionellen Parteien und der Umsturz*

Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien nahmen als solche am Umsturz nicht unmittelbar teil.

Nicht etwa, weil sich die Führer aller Parteien — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — damals entweder bereits verurteilt oder noch in Untersuchungshaft, im Gefängnis befanden. Nein, die Ursachen dafür lagen tiefer.

Diese Parteien — selbst die offensten Verteidiger der kapitalistischen Interessen unter ihnen, die Nationalliberalen und die Volks-Progressivisten —

hatten einen erheblichen Teil Kleinbürgertum und eine große Menge Stellungsuchender im Gefolge. Die letzteren bildeten für gewöhnlich ihr aktivstes Kader. Und diese Umstände drückten ihrer Politik und Taktik unausbleiblich einen bestimmten Stempel auf.

Die kapitalistischen Elemente in ihnen waren offenbar mit Leib und Seele für den Umsturz, aber außerstande, ihre Parteien mit sich zu ziehen, deren Organisation sich überhaupt nicht zur gewaltsamen Machtergreifung eignet, höchstens dem Kleinbürgertum Sand in die Augen zu streuen. Das letztere leistet der Großbourgeoisie freiwillig Gefolgschaft, wenn diese von „Ordnung“ und „Gesetzlichkeit“, von „Freiheit“ und „Demokratie“ und anderen schönen Dingen spricht, aber es konnte sich nicht entschließen, mit ihr zusammen die gefährliche Bahn des Staatsstreiches und der Abenteuer zu betreten.

Ein mit Hilfe der Militärliga vor sich gehender Umsturz hatte an und für sich auch für die Stellung suchenden Elemente nichts verführerisches an sich. Sie wußten, daß ihr Wert in der Partei von ihren Verdiensten in ihr abhing und waren deshalb bei den Wahlen, den Versammlungen und sonstigen politischen Demonstrationen besonders aktiv; bei einem Umsturz dagegen würde das Militär die Hauptrolle spielen und dann natürlich auch alle wichtigeren Posten besetzen. Somit war auch diese ziemlich einflußreiche Schicht, die häufig aus ihren Gruppeninteressen heraus die Parteibindungen und Koalitionen paralyisierte, nicht eben leicht der Agitation zugunsten des Umsturzes zugänglich.

Aber auch die Generalstäbe der Parteien konnten sich nicht entschließen, ihre Parteien zur Unterstützung des militärischen Umsturzes heranzuziehen. Stehen doch auch sie auf dem Boden der „Legalität“ und der „Konstitution“ und setzen ständig ihre „Evolutionstheorie“ und die „friedlichen Methoden“ den „verhängnisvollen“ Theorien und Methoden der revolutionären Parteien entgegen. Was sollte von ihrem „Konstitutionalismus“ und „Legalismus“ noch bleiben, wenn sie selbst das Banner der „Revolution“ erhoben? Am meisten traf das für die Parteien der Radikalen und Sozialpatrioten zu, die den „Demokratismus“ und „Reformismus“ vom reinsten Wasser predigen. Außerdem bringt der Umsturz überhaupt ein Risiko für die darin verwickelten Parteien mit sich: im Falle eines Mißerfolges sind sie den Repressalien der Regierungsgewalt ausgesetzt. Wenn das Unternehmen dagegen gut ausgeht, dann können die Parteien sich ihm anschließen, ohne ihre „konstitutionellen Prinzipien“ im geringsten zu verletzen, können wieder die Ära der „Ordnung, Freiheit und Gesetzlichkeit“ proklamieren und das aufgeschreckte Kleinbürgertum beruhigen.

Somit blieben die konstitutionellen Parteien auch aus strategischen Gründen außerhalb der Verschwörung. Aber in die spezielle Organisation, die den politischen Umsturz vorbereitete — das „Volksbündnis“ — traten die einzelnen Führer sämtlicher Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, ein. Die Pläne der Abenteuer vom „Volksbündnis“ und der Militärliga gingen jedoch weiter; durch die Isolierung der alten, in den Augen der Volksmassen stark kompromittierten Parteistäbe, hofften sie nicht nur diese Massen hinters Licht zu führen, sondern auch die „alten Staatsmänner der Opposition“ durch neue der Bourgeoisie genehme zu ersetzen.

Aber die Idee des Umsturzes reifte natürlich erst dann heran, als sich die bürgerlichen Parteien und ihr kleinbürgerlicher Anhang außerstande er-

wiesen, Stambulijski zu stürzen. Sie hatten die ganze Zeit über einen energischen Kampf geführt, hatten sich reorganisiert, vereinigt, koalitiert und neue Programme angenommen. So hatten sich sämtliche liberalen Parteien — ihrer drei — zu einer einzigen nationalliberalen Partei zusammengeschlossen; die Volkspartei und die progressiv-liberale Partei hatten sich zur Progressiven Volkspartei verschmolzen. Der Versuch, diese politische Verschmelzung auch auf die radikale und die demokratische Partei auszudehnen, mißlang zwar, dafür bildeten jedoch diese drei Parteien den sogenannten oppositionellen Block, dem sich praktisch auch die Menschewiki anschlossen. Der „Oppositionelle Block“, der sich das Programm der nationalen Partei zu eigen gemacht hatte, stand an der Spitze des Kampfes um den Sturz der Bauernregierung auf „konstitutionellem Wege“. Zu diesem Zweck berief er Versammlungen ein, organisierte Demonstrationen, erließ Deklarationen und forderte den König auf, seine „konstitutionellen Prärogativen auszuüben“ und Stambulijski zu entlassen. Die republikanischen menschewistischen Juristen „bewiesen“ überzeugend, daß König Boris das „Recht“ dazu habe.

Indes verzichteten die oppositionellen Parteistäbe auch auf die Konspiration nicht. Sie traten bereitwillig in Verhandlungen mit den Wrangel-Monarchisten ein, um sich im Notfalle ihrer Mitwirkung zu versichern. Aus dieser Zeit datieren die Verbindungen der russischen Weißgardisten mit der bulgarischen Bourgeoisie, Verbindungen, die sich später durch das gemeinsam über die bulgarischen Arbeiter und Bauern verhängte Strafgericht verstärkt haben. Besonders intim wurden sie mit den mazedonischen „Revolutionären“, die sie später als Henker des bulgarischen Volkes benutzten. Auf sie als bewaffnete Macht setzten sie die größten Hoffnungen. Mit unverhohlener Freude nahmen sie die Eroberung der Stadt Newrokop durch die mazedonischen Organisationen und später die Okkupation der Stadt Kustendiel auf, die eigentlich das Signal zum Aufstand gegen die Bauernregierung bilden sollte.

Überhaupt blieben die Hände der bürgerlichen und menschewistischen „Konstitutionalisten“ durchaus nicht rein von Konspiration, auch damals nicht, wo sie noch den Kampf leiteten. Selbst die bekannten „Tyrnower Ereignisse“ (im September 1922), die für die Führer des „oppositionellen Blocks“ so traurig ausliefen, standen in enger Verbindung mit der Vorbereitung des Aufstandes.

Nach einer Reihe von Mißerfolgen jedoch, nach der Verhaftung der oppositionellen Führer und besonders nach der schweren Niederlage des „Blocks“ bei den Wahlen im April 1923 machten die Parteistäbe endlich den Leuten der Tat, den Leuten vom „Volksbündnis“ Platz. Nachdem der Umsturz vollzogen war, schlossen sie sich ihm an.

#### *IV. Umgruppierung der Kräfte und Perspektiven*

Es versteht sich von selbst, daß der Großgrundbesitz und das Großkapital bis heute die Politik der weißgardistischen Regierung inspirieren. Die erste Aufgabe der letzteren war, die „antikonstitutionellen Gesetze“ abzuschaffen. Unter dieser vieldeutigen Bezeichnung, die die Juniverschwörer als Likatoren der Konstitution präsentierte, verstanden sie alle von der Bauernregierung geschaffenen Gesetze, die direkt oder indirekt das durch Konstitution „fest-

gelegte“ Eigentumsrecht berührten. Als „antikonstitutionelles Gesetz“ wurde von den bürgerlichen Juristen das Agrargesetz in jenem Abschnitt erklärt, der die Rechte der Privatbesitzer berührt; ferner das Gesetz über die Enteignung von Privatgebäuden zugunsten des Staates; das Gesetz, das die „Freiheit“ der Hausbesitzer, die Wohnungsmieter auszuplündern, einschränkte usw. Durchgeführt wurde auch eine Steuerréform, die die direkte Besteuerung des Großkapitals abschwächte, und die Besteuerung der Bauern, sowie die indirekten Steuern unerträglich steigerte.

Besondere Aufmerksamkeit erwies die Regierung den Interessen des Handelskapitals. Das Konsortium für den Handel mit Brotgetreide wurde völlig abgeschafft und die mit ihm zusammenhängenden bäuerlichen Syndikate liquidiert. Die Kredite der Bauernkooperativen wurden gesperrt und die Mittel der bulgarischen Nationalbank ausschließlich für das private Großkapital reserviert. Die Spekulation wurde als normale Erscheinung erklärt und der Kampf gegen sie als gefährliche Demagogie. Als unter dem Druck der notleidenden Masse ein angebliches Gesetz gegen die Teuerung eingeführt wurde, erklärte der Leiter der Regierungsfraktion im Parlament, Ijaptschew, es sei ein „Gesetz für die Dummen“. Unter derartigen Bedingungen mußte die Spekulation natürlich aufblühen, und die Teuerung stieg ins Ungemessene. Der Teuerungsindex stieg von 3187 im August 1923 auf 4039 im August 1924. Gegenwärtig überschreitet er 5000. Dazu ist der bulgarische Lei in den letzten beiden Jahren nur um 25 Prozent gesunken. Infolge ihrer unerhörten Gewinne, die die Unzufriedenheit der ausgeplünderten Volksmassen hervorriefen, nannte man die Spekulanten „Rebellen ohne Waffen“. Dem allen gegenüber verhielt sich die Regierung natürlich gleichgültig.

Die Regierung sorgte auch eifrig für die Interessen der Industriellen. Sie erhielten gleichfalls große Kredite aus den staatlichen Banken. Bei allen Streiks steht die Regierung natürlich auf Seite der Arbeitgeber und läßt nötigenfalls die bewaffnete Macht in Aktion treten. Auf Überschreitungen der Gesetze zum Schutze der Arbeit blickt die Regierung durch die Finger, die Gewerkschaften der Arbeiter aber sind geschlossen. Bei Konflikten zwischen den Tabakexporteuren und Zuckerfabrikanten einerseits, und den bäuerlichen Erzeugern andererseits steht die Regierung auf Seite der ersteren.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Politik der weißgardistischen Regierung keinen Anlaß gibt zu einem Bruch zwischen ihr und der Großbourgeoisie, ebensowenig wie der wütende Kampf, den die Regierung bereits seit zwei Jahren gegen die „bolschewistische Gefahr“ und die „Einheitsfront der Kommunisten und Bauernbündler“ führt. Dagegen veranlassen die Mißerfolge Zankows in der Außenpolitik, die die Aussichten der Bourgeoisie, eine ökonomische und finanzielle Stabilisierung durch eine Revision des Friedensvertrages und den Abschluß einer Auslandsanleihe durchzusetzen, hinfällig machen, die Bourgeoisie, die Frage eines möglichen Ministerwechsels ernsthaft aufzuwerfen. Diese Frage steht auch im Zusammenhang mit den blutigen Heldentaten der Regierung, die einen Abgrund zwischen ihr und den Volksmassen aufgerissen haben. In der Bourgeoisie ist man für einen derartigen Wechsel in den Personen und Methoden, der die Errungenschaften des Zankowregimes festigen und die weitere Vorherrschaft ihrer Klasseninteressen in der Verwaltung des Landes gewährleisten soll. Eine

Übergabe der Macht an die „linken“ Parteien wird ihr schwerlich als wünschenswerter Tausch erscheinen.

Der weißgardistischen Regierung ist es weder gelungen, sich die Sympathien der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie zu gewinnen, noch sie wenigstens duldsam zu stimmen. Über die bäuerliche Masse läßt sich nichts sagen. Sie hat sich mit der neuen Macht nicht nur nicht ausgesöhnt, sondern ist gegen sie voll Erbitterung. Die bürgerlichen Parteien machen der Bauernregierung den Vorwurf, sie habe die Bauern gegen die Städter aufgehetzt. Indes hat niemand so viel zur Vertiefung des Abgrundes, der jetzt einen gewaltigen Teil der Bauernschaft von der städtischen Bourgeoisie trennt, beigetragen als die Regierung der Generale und Professoren, und das nicht nur durch ihre Terrorisierung der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch durch ihre ökonomische und Steuerpolitik, die die schaffenden Bauern zum Ausbeutungsobjekt des räuberischen Kapitals macht und sie mit unerträglichen Steuern erdrückt. Ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime haben auch die städtischen Handwerker und Kleinhändler offen zum Ausdruck gebracht, indem sie — zum ersten Male in Bulgarien — einen Proteststreik inszenierten. Das stärkste Argument der Opposition gegen Zankow ist, daß seine Regierung das Kleinbürgertum in die Arme der „Elemente der Zerstörung“ treibe und damit eine große Gefahr für den Staat schaffe. Indes ist es mehr als zweifelhaft, ob es gerade der legalen Opposition gelingen wird, das sinkende Prestige der bürgerlichen Macht in den Augen der bäuerlichen Massen zu heben. Die Verantwortung für die blutigen Taten Zankows lastet auch auf ihr.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wurde auch ins Kabinett Zankow hereingenommen, vor allem, um auch die Arbeiter für die Partei des Umsturzes zu gewinnen. Aber die Berechnung erwies sich als falsch. Der Einfluß der Menschewiki auf die Arbeiterschaft war sehr schwach. Gleichzeitig proklamierte sich die Regierung als „Beschützerin der Arbeit“ und führte sogar einige Zeit später „Arbeitergesetze“ ein, die ihr das Lob des Herrn Albert Thomas eintrugen. Aber diese schönen Worte und Gesetze waren und blieben ein Hohn gegenüber der unaussprechlichen Notlage der Arbeiterklasse, der das Kapital und die Regierung vom ersten Tage an mit Hunger und Kugeln den Krieg erklärt hatten. Die Empörung der Arbeiter gegen die Regierung war so groß, daß selbst die korrupte Sozialdemokratische Partei sich genötigt sah, aus ihr auszuschneiden. Das Proletariat war und blieb der Todfeind der Weißgardistengesellschaft, und auch die sozialdemokratischen Sirenen vermochten ihr die Sympathien der Arbeiterschaft nicht zu erwerben. Die Hoffnungen, die sie auf die Auflösung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften, sowie der physischen Ausrottung der aktiven kommunistischen Kaders gesetzt hatten — wozu sie herzhaft beitrugen — haben sich nicht gerechtfertigt. Die Arbeiter sind dieser Partei ferngeblieben und hegen einen unüberwindlichen Abscheu vor den menschwistischen Marodeuren.

Wie gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Helden vom 9. Juli und den „konstitutionellen Parteien“?

Die letzteren hatten den Umsturz triumphierend begrüßt, nannten ihn das „größte Datum“ der neueren Geschichte Bulgariens und ließen der Regierung ihre volle Unterstützung bei der Unterdrückung des aufflammenden Auf-

standes des Volkes angedeihen. Aber unmittelbar darauf begann der Konflikt. Die alten Parteiführer und -stäbe betrachteten die Regierung Zankow als eine provisorische revolutionäre Regierung und hofften nach der Konsolidierung der Lage auf die Bildung einer legalen Regierung aus den bürgerlichen Parteien. Der Militärkonvent jedoch, der die faktische Macht in Händen hatte, dachte gar nicht daran, sie diesen kraftlosen Parteien zu übergeben. Da man sie jedoch zur Aufrechterhaltung der konstitutionellen Außenseite brauchte, entschloß man sich, sie im Interesse des Staates einfach zu requirieren. Zwei Monate nach dem Umsturz schlossen sich — unter dem Druck des bürgerlichen Elements in ihnen und unter dem energischen Drängen der mazedonischen Organisation — die progressive Volkspartei, die demokratische und radikale Partei dem „Volksbündnis“ an und bildeten eine neue Regierungspartei, das „demokratische Bündnis“ unter der nominalen Leitung Zankows. Die Nationalliberale und die Sozialdemokratische Partei verblieben als selbständige Parteien in der Regierungskoalition.

Das war der Kulminationspunkt des Zusammenschlusses der bürgerlichen Kräfte, der erforderlich war, um den Feldzug gegen die Kommunistische Partei ins Werk zu setzen und den Erfolg der Regierung bei den Wahlen zu sichern.

Hierauf setzte der Prozeß der Zersetzung ein. Am ersten zerfiel die Koalition; aus der Regierung traten die Nationalliberalen und später die Sozialdemokraten aus; aus dem „demokratischen Bündnis“ schied die radikale Partei fast ganz, und die Demokratische Partei in ihrem kleinbürgerlichen Teile aus. Überdies wird die stark beschnittene „große öffentliche Macht“ auf der die „Einigung“ des Volkes und die „Erneuerung“ des Staates basierte, durch innere Zwistigkeiten und Rivalität zerrissen und Zankow, der „Lenker der Geschicke“, kann jeden Augenblick mit seinen 50 Spießgesellen vom alten „Volksbündnis“ allein bleiben. Die Weißgardistenregierung hat die Organisation der Arbeiter und Bauern zertrümmert, aber letzten Endes auch die Bourgeoisie politisch desorganisiert. An Stelle von fünf — wie vor dem Umsturz — existieren jetzt zehn legale bürgerliche und kleinbürgerliche Gruppierungen (ohne die Bauernbündler und Kommunisten).

Wie steht es mit den militärischen Kräften Zankows?

Die Militärliga besteht weiter. Wie die letzten Ereignisse bewiesen haben, ist sie noch allmächtig. Ihr Mitglieder haben die wichtigsten Staatsposten inne. Aber die Veränderungen und Umgruppierungen, die im Lande vor sich gegangen sind, sind auch an ihr nicht spurlos vorbeigegangen. Ein Teil des Reserveoffizierskorps blieb unbefriedigt. Die Spaltung im „demokratischen Bündnis“ hat auch die innere Geschlossenheit in der Liga selbst geschwächt. Ihr droht ebenfalls eine Spaltung. Die mächtige mazedonische Organisation vom Jahre 1923 stellt heute nur mehr eine Ruine dar. Nach den Ereignissen im September 1924 ist sie nicht imstande, der Regierung mehr als einige Halsabschneiderbanden zu stellen. Es bleibt die Armee: Mit wem geht die Armee, d. h. das Offizierkader? Die Zersetzung und Zersplitterung ringsumher schwächt unaufhaltsam auch die Einigkeit des Offizierkorps. Zankow kann nicht mehr auf die Ergebenheit Wolkows rechnen, aber auch der letztere nicht mehr auf die unbedingte Ausführung seiner Befehle unter allen Umständen zählen.

Unter diesen Bedingungen ist auch der Sohn des Koburger Ferdinand imstande, den Mut aufzubringen, um seine „Herrscherprerogativen“ auszuüben.

Im Auslande hat sich die Regierung Zankow keinerlei neue Freunde zu erwerben vermocht, ja sie hat sich selbst die Sympathie der englischen Konservativen verscherzt.

Somit ist also die gesellschaftliche Grundlage der Weißgardistenregierung enger geworden, und ihr Kredit auch bei der Großbourgeoisie erschüttert. Die alten politischen Parteien, die den Kampf gegen Stambulijski geführt hatten, stehen fast vollständig in der Opposition. Und die Gruppen, die der Regierung formal angehören, kämpfen insgeheim gegen sie. Die militärischen Gruppen haben ebenfalls viel von ihrer ursprünglichen Geschlossenheit verloren. Zankow flößt gegenwärtig mehr Schrecken als Achtung ein. Sein politisches Spiel ist ausgespielt. Aber trotzdem will er die Macht nicht aus den Händen lassen. Wer wird ihn davonjagen?

Die „linke“ legale Opposition, zu der auch die Sozialdemokraten gehören, stellt keine ausschlaggebende gesellschaftliche Macht dar. Sie ist nicht imstande, eine Massenbewegung unter ihrem Banner zu sammeln, sondern bekämpft auch noch die Banner, unter denen die Arbeiter und Bauern kämpfen, auf Leben und Tod. Sie hat nicht einmal den Mut, die Auflösung des Parlaments zu fordern, da Neuwahlen unter den gegenwärtigen Umständen ihr eine tödliche Niederlage einbringen würden. Ihr Kampf gegen Zankow beschränkt sich auf feierliche Beschwörungen und hysterische Anrufungen an die Adresse Zankows. Und es genügt, daß dieser vor ihren Augen „das Gespenst der bolschewistischen Gefahr“ erscheinen läßt oder ihr mit der Auflösung des Parlaments droht, um den oppositionellen Eifer erlahmen zu lassen. Die Hartnäckigkeit, mit der die Volksmassen ihr Leben und ihre Freiheit gegen das Wüten des weißen Terrors verteidigen, ist zweifellos der einzig reale Faktor von unten her, der einen Umschwung in der Regierung des Landes erzwingen wird.

30. Juli 1925

**L. DOMSKI:**  
**STABILISIERUNG ODER REVOLUTION?**  
 (Politische Perspektiven in Polen)

„Daß sie, diese Stabilisierung, nicht doch noch zusammenbricht!“ — dies ist die Hauptsorge aller Parteien des herrschenden und mit der Regierung sympathisierenden Blocks in Polen, von den Nationaldemokraten bis zu den Sozialisten. •

Die Stabilisierung Polens ist ständig in Gefahr. In dem stolzen Gebäude der bürgerlich-gutsherrlichen Republik bersten die Balken wie in den Warschauer Häusern, die nun schon seit vielen Jahren nicht instandgesetzt werden. Gewiß, die Häuser brechen bereits über den Köpfen der Einwohner zusammen, aber die Schlachtschitzen-Republik überlegt noch immer, auf welche Seite sie fallen soll. Die nationalen Parteien aller Schattierungen suchen indes die morschen Wände durch Stützbalken zu festigen.

Der Präsident Wojciechowski hat in diesem Jahre angeordnet, daß der Charakter des Nationalfestes am 3. Mai zu ändern ist. Ihm kam der Wunsch, keine offizielle Feier, sondern ein Fest der Freude und des Frohsinns zu begehen. Die Idee war gut. Leider wurde nichts aus ihr, da die Bevölkerung Polens es nicht verstand, die entsprechende Menge guter Stimmung von sich zu geben. Nicht aus Mangel an Übung, wie die Zeitungen sich trösteten, sondern einfach, weil kein Grund zur Freude vorlag.

Selbst der finanzielle Wundertäter, Herr Grabski, kann sich nicht länger einem Selbstbetrug hingeben in bezug auf die verzweifelte Stimmung nicht nur der Massen, sondern sogar auch der besitzenden Klassen. Er tröstet sich mit der Hoffnung auf eine nahe bessere Zukunft, er veranstaltet alle Augenblicke Beschwichtigungskonferenzen mit Vertretern der Presse und erklärt mit dem ihm eigenen „Optimismus“, daß die Lage sich bessere und im Herbst, nach Einholung der Ernte, ganz gesichert sein werde.

Auf der letzten Konferenz von Ende Juni versprach Herr Grabski, daß der August Polen von allen Schwierigkeiten befreien werde, soweit solche überhaupt bestehen. Die Ernte wird gut sein, der Innenmarkt wird sich festigen, die Industrieerzeugnisse werden einen guten Absatz finden, die passive Handelsbilanz (im März war die Einfuhr um 70 Millionen Zloty höher als die Ausfuhr) werde wieder aktiv werden usw.

Viel weniger optimistisch sind die Handels- und Industriekreise. Sie fahren aus der Haut wegen der andauernden Beschränkungen der Kreditgewährung durch die Polnische Bank. Sie sorgen sich um das Schicksal der polnischen Valuta. Das Organ der Textilbarone, die Lodzer „Republik“, erklärt, die polnische Valuta gehe ihrem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegen, der infolge der Ernte sich bis zum Ende dieses Jahres verzögern werde.

Wenn die Regierung Grabski versichert, der Staatshaushaltungsplan Polens sei völlig ausgeglichen und von einer Inflation könne keine Rede sein, so straft die Wirklichkeit die beruhigenden Versicherungen Lügen. Die Inflation in Polen ist bereits eine Tatsache. Sie äußert sich zwar nicht in einer übermäßigen Ausgabe von Banknoten, sondern in einer Überproduktion von Kleingeld, zum Teil von Silbermünzen. Der Geldmarkt in Polen ist mit Kleingeld überschwemmt und die Regierung fährt fort, solches zu emittieren. Die Beamtengehälter werden nicht in Banknoten, sondern in Ein-Zloty-Stücken ausgezahlt. Dabei hat die Polnische Bank erklärt, daß sie Zahlungen in kleinen Geldwerten nicht entgegennehme. Infolgedessen tritt eine Entwertung des Kleingeldes ein, und es hat bereits, gemessen an den Banknoten, bis zu 17 Prozent seines Wertes eingebüßt, was in beiden Kammern des Parlaments zu Angriffen auf die Regierung geführt hat. Grabski hat jedoch auf die an ihn gerichteten Anfragen erklärt, daß ein Überschuß an kleinen Münzen, im eigentlichen Sinne, nicht bestehe: Dies alles sei nur Schein, die Ursache sei darin zu suchen, daß die kleine Münze sich zu langsam über das ganze Land verbreite und in den großen Zentren stecken bleibe. Es gelang Grabski jedoch nicht, die Abgeordneten zu überzeugen, daß eine Inflation nicht bestehe.

Die wichtigste Tatsache in der polnischen Wirtschaft ist der beginnende Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland. Hervorgerufen ist er durch den Ablauf der Privilegien der zollfreien Einfuhr nach Deutschland, die der Versailler Vertrag und die Genfer Konvention Polen zuerkannt hatten. Polen erleidet hierdurch einen sehr ernsten Schlag, da es allein an Kohle nach Deutschland monatlich rund 450 000 Tonnen eingeführt hat. Deutschland zu zwingen, alles beim alten zu lassen, hat Polen nicht die Macht, da wirtschaftlich alle Trümpfe auf seiten Deutschlands sind. Während für Polen der Handel mit Deutschland eine gewaltige Größe in der Handelsbilanz darstellt, ist sie für Deutschland ganz unbedeutend. Die Einfuhr aus Deutschland betrug in den letzten Monaten 80 Prozent der gesamten Einfuhr, die Ausfuhr — 62 Prozent der gesamten polnischen Ausfuhr. Die Ausfuhr von Deutschland nach Polen dagegen macht nur 5 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr aus. Im Falle eines Zollkrieges und eines gegenseitigen Warenboykotts wird also Deutschland ein Zwanzigstel seines Absatzmarktes, Polen zwei Drittel verlieren. Dazu kommt, daß für Polen die Einfuhr aus Deutschland die notwendige Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung ist.

Und trotzdem ist die polnische Regierung vor dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nicht zurückgeschreckt. Sie lehnt es ab, Deutschland gegen einen günstigen Handelsvertrag politische Zugeständnisse zu machen. Dieser Krieg wird für Polen überaus verheerend sein; namentlich die Arbeitermassen werden als erste am eigenen Leibe seine Kosten zu spüren bekommen.

Die Arbeitslosigkeit schien zu Anfang des Sommers sich ein wenig zu verringern. Im März wurden 186 000, im Mai nur noch 175 000 Arbeitslose gezählt. Diese Verringerung bildet natürlich nur einen ganz geringfügigen Prozentsatz; der Wirtschaftskrieg mit Deutschland wird ein ungeahntes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Statistisch ist dieses Anwachsen der Arbeitslosigkeit allerdings noch verhüllt, da die oberschlesischen Unternehmer beschlossen haben, die Arbeiter nicht zu entlassen, sondern die

Zahl der Arbeitstage in der Woche zu verringern. Dadurch wird natürlich nichts an der Tatsache einer gewaltigen Verschlechterung der materiellen Lage der breiten Massen geändert.

In einer nicht minder bedrohten Lage befindet sich die Textilindustrie. Ihre Erzeugnisse werden nach wie vor durch ausländische Konkurrenten, nicht nur vom Auslandsmarkt, sondern auch vom polnischen Markt, verdrängt. Die vorübergehende Belebung im Sommer wird die ganze Schärfe der unvermeidlich wiederkehrenden Krise nur noch unterstreichen.

Eine besonders große Enttäuschung waren für weite Kreise der polnischen Gesellschaft die getäuschten Hoffnungen auf eine Belebung der Bautätigkeit in den Sommermonaten. Nunmehr sind sich schon alle darüber klar, daß die Bausaison verloren ist, wobei die Hauptursache im Kreditmangel zu suchen ist. Es ist dies ein Schlag sowohl für die Unternehmer, die sich an der Bautätigkeit zu bereichern hofften, als auch für Zehntausende von Arbeitern, die weder Arbeit noch Lohn erhielten, und für die breiten Massen der städtischen Bevölkerung, die unter einer fürchterlichen Wohnungsnot zu leiden hat. Das gegenwärtige Regime in Polen hat sich unfähig erwiesen, auch diesem dringenden Notstande im polnischen Leben abzuhelpfen.

Die Lage der arbeitslosen Massen ist so schwer, daß sich ihrer eine geradezu verzweifelte Stimmung bemächtigt hat. Namentlich in den Steinkohlenrevieren, wo die Zahl der Arbeitslosen mindestens 60 000 beträgt, spielen sich ständig schreckliche Szenen ab. Massenselbstmorde sind an der Tagesordnung; daß Menschen sich unter die Räder einer herannahenden Lokomotive stürzen, ist zu einer so alltäglichen Erscheinung geworden, daß berittene Polizei die Eisenbahnlinien schützen muß, um solche Massenselbstmorde zu verhindern.

Schwierig ist auch die Lage im Dorf. Gewiß, die diesjährige Ernte ist gut, und das wird bis zu einem gewissen Grade die Spannung der sozialen Antagonismen mildern. Von dem Segen der guten Ernte werden jedoch die Massen, die kein oder nur wenig Land besitzen und die gezwungen sind, Brot hinzuzukaufen, nichts haben, da Regierung und Gutsbesitzer bereits beschlossen haben, alle Vorteile einer guten Ernte ausschließlich für die Besitzenden zu monopolisieren durch Organisation eines Massenexports von Getreide nach dem Auslande. Augenscheinlich beabsichtigen die herrschenden Klassen den Versuch von 1923 zu wiederholen, wo das überschüssige Getreide — und nicht nur das überschüssige — so rasch nach dem Auslande geschafft wurde, daß man nach der schlechten Ernte von 1924 sofort eine Masseneinfuhr von Getreide organisieren mußte.

Der Getreideexport wird nur den Gutsbesitzern und Wucherern Nutzen bringen; die breiten Bauernmassen kann er in Not bringen. Das gleiche gilt von dem neuen Agrargesetzentwurf, der gegenwärtig im polnischen Reichstag (Sejm) zur Verhandlung steht. Es ist dies einfach ein Gesetzentwurf betreffend den Übergang eines Teiles der Ländereien des polnischen Adels in die Hände von Wucherern. Der Klassencharakter dieses Entwurfes tritt so klar zutage, daß sogar die Partei „Wyswolenije“ („Befreiung“), die sich im allgemeinen durch keine sonderlich revolutionären Bestrebungen auszeichnet, diesem Gesetzentwurf einen nicht minder entschiedenen Widerstand entgegengesetzt als die Partei der äußersten Linken, die Kommunisten, die unabhängige Bauernpartei, die Parteien der Weißrussen, der Ukrainer, und vor

den Mitteln der Obstruktion nicht halt macht, wobei es zu scharfen Zusammenstößen kommt zwischen der Partei „Wyswolenije“ und ihrem früheren Verbündeten, der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Letztere geht in dieser Frage zusammen mit den Wucherern und der Witospartei (Piast) und bekundet die für alle Parteien der II. Internationale bezeichnende Feindseligkeit gerade gegenüber den Interessen der werktätigen Elemente auf dem flachen Lande.

Nimmt man zu den erwähnten Elementen der politischen Krise im Dorf noch die infolge der Industrie- und Handelskrise in ständigem Wachsen begriffene Überflutung des Dorfes, die Teuerung hinsichtlich der Industrieerzeugnisse, das beabsichtigte Vorgehen der Reaktion gegen die Kreisselbstverwaltungen, sowohl im Sinne einer Beschränkung des Wahlrechts als auch in dem einer Verstärkung der bürokratischen Bevormundung, so muß man konstatieren, daß innerhalb der polnischen Bauernschaft die Stimmung äußerst gespannt ist. Dies wird auch durch das stürmische Anwachsen der unabhängigen Arbeiterpartei und das radikale Verhalten der „Wyswolenije“-Partei bestätigt, die augenscheinlich einem außerordentlich starken Drucke von unten ausgesetzt ist.\*

In viel höherem Maße sind die Elemente der Krise unter den weißrussischen und den ukrainischen Bauern herangereift. So ruft die neue Agrargesetzgebung sogar den Unwillen der wohlhabenden Bauernelemente hervor, da sie die Polonisierungstendenzen der bevorstehenden neuen Welle der Parzellierungen erkennen. In den ukrainischen Distrikten haben die regierungsfeindlichen Strömungen infolge der Mißernte, von der diese Distrikte im vorigen Jahr betroffen worden waren, eine Stärkung erfahren. In diesem Jahre ist die Ernte dort besser, dagegen haben die Distrikte durch gewaltige Überschwemmungen Schaden gelitten, die einen Teil der Saaten in Ostgalizien vernichtet haben. Die polnische Regierung, die nach der vorjährigen Mißernte eine gewisse Hilfsaktion entwickelte, hat nur eine erhöht feindselige Stimmung der Ukrainer erzeugt, da die „Hilfsaktion“ den offensichtlichen Charakter einer Unterstützung „zuverlässiger Elemente“, d. h. polnischer oder denunziatorischer Elemente trug. Ohne Zweifel wird das gleiche auch mit der Hilfe für die durch die Überschwemmungen Geschädigten sein.

Im westlichen Weißrußland hat sich die Partisanenbewegung mit dem Frühjahrsbeginn wieder belebt. Die polnische Presse schreit wieder aus vollem Halse über die „sowjetistische Diversion“ (Ablenkung). Die Polizei ist an einzelnen Plätzen so eingeschüchtert, daß unsere Genossen vor ihren Augen die Aufrufe zur Maifeier seelenruhig plakatierten. Die von der polnischen Okkupationsmacht aufgedrängten Gemeindeältesten aus der Zahl der polnischen Kolonisten werden nicht selten von den Bauern ermordet, so daß die ernannten Ältesten es vielfach vorziehen, auf die angebotene Ehrung zu verzichten, und die Behörden sehen sich gezwungen, die zu Gemeindeältesten gewählten Weißrussen, denen vorher die Bestätigung versagt worden war, zu

\* Übrigens trat im Augenblick des schärfsten Kampfes gegen die Boden„reform“ im Sejm die Partei „Wyswolenije“, wie zu erwarten war, auf die Seite der Reaktion und nahm zusammen mit ihr gegen die Partei des Arbeiter- und Bauernblocks (Kommunistische Fraktion, Unabhängige Bauernpartei, Weißrussische Gemeinde) Stellung, die den hartnäckigen Kampf fortsetzen.

bitten, sie möchten geruhen, den Posten einzunehmen. In vielen Kreisen des westlichen Weißrußland haben die Bauern schon lange die Steuerzahlung eingestellt, und die polnischen Behörden haben sich damit abgefunden, um nicht neue bewaffnete Zusammenstöße hervorzurufen.

Wie aus dieser kurzen Übersicht ersichtlich ist, befindet sich die polnische Regierung Grabski in keiner angenehmen Lage. Aber Grabski bleibt auf seinem Posten und fährt unentwegt fort, die polnische bürgerliche Stabilisierung zu retten. Vorläufig steht er mit diesen seinen Bemühungen nicht allein da — die Bourgeoisie und die Polnische Sozialistische Partei unterstützen ihn mit aller Macht. Grabski findet bei seinem Tanz auf dem Parlamentsseil stets eine zur Rettung ausgestreckte Hand, bald auf der rechten, bald auf der „linken“ Seite des Sejm. Während der Debatten über den Staatshaushaltungsplan retteten die Nationaldemokraten und die Sozialdemokraten abwechselnd das „Gesundungs“kabinet. Die Nationaldemokraten taten dies aus dem natürlichen Antrieb der Klasseninteressen, die Polnische Sozialistische Partei mehr von wegen dem Trinkgeld in der Form einer Subsidie an die „Volksbank“ u. a. m., aber die einen wie die andern waren gleich eifrig um die Stabilisierung bemüht.

Der Kampf um die Stabilisierung bildet den Kern der Politik Grabskis. Alle Mittel dieser Politik — und diese Mittel sind sehr verschieden — dienen dem einen Ziel.

Gegen die kommunistische Rebellion wendet die Regierung Repressionen und Provokationen an. Der Fall der Trojanowski-Bombe warf ein grelles Licht auf den Ochra-na-Sumpf, der unter der Vormundschaft der Stabilisationsregierung einen immer ekelhafteren Gestank verbreitet. Der Fall Trojanowski hat bewiesen, daß Provokationen in viel größerem Umfange zur Anwendung kommen, als dies Uneingeweihten bekannt war. Die Spitzel fabrizierten Bomben und vollführten Bombenattentate, sie fabrizierten die Baginski-, Weczorkewicz- u. a. m. Prozesse. Obgleich der Fall Trojanowski viele Provokationsfabrikanten bloßstellte, obgleich er eine Reihe Entlassungen zur Folge hatte — selbst der Innenminister Rataiski mußte daran glauben — setzt die illegale Provokationsmaschine ihre Tätigkeit weiter fort.

Die Repressionen und Provokationen gegenüber den aktiven Elementen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der unterdrückten Nationalitäten, sind natürlich nicht der Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Der Zweck besteht zunächst darin, die Arbeiterklasse, die sich in den Jahren des Krieges und der Inflation einige Positionen erobert hatte, allmählich zurückzudrängen. Auf diesem Gebiet führen die Kapitalisten eine organisierte, systematische Offensive durch, die künstlich von der Polnischen Sozialistischen Partei und der Nationalen Arbeiterpartei unterstützt wird. In Oberschlesien wurde das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag zunächst für eine Monatsdauer außer Kraft gesetzt, dann ging man zu einer Dauer von einem halben Jahre über. Diese Außerkraftsetzung wird ohne Zweifel auf die anderen Industriekreise und -zweige ausgedehnt werden. Im Kohlenbezirk Dombrowo haben die Sozialverräter mit den Kohlenindustriellen eine Vereinbarung getroffen, der zufolge die Arbeiter nicht zu achtstündigem Aufenthalt in den Bergwerken, sondern zu 8 Stunden „reiner Arbeit“ verpflichtet sind, was so viel bedeutet wie 9 Stunden Aufenthalt unter Tage. Sodann gelangt eine neue Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent zur Durchführung.

In der Lodzer Textilindustrie führen die Fabrikanten allmählich eine Steigerung der Arbeitsintensität durch und zwingen die Arbeiter, eine immer größere Anzahl Spindeln und Webstühle zu bedienen. Auch das Textilkapital bemüht sich, dem achtstündigen Arbeitstag möglichst rasch den Garaus zu machen. In den Grabski Ende April vorgelegten „Forderungen der Textilindustrie“ finden wir die folgenden Punkte:

Milderung der Bestimmungen die Überstunden betreffend durch Vermehrung ihrer Zahl im Jahre und Herabsetzung des Zusatzlohnes für Überstunden auf die Hälfte.

. . . Einführung des Prinzips, daß der den Arbeitern gewährte Urlaub keine Verringerung der Arbeitsnorm eines Arbeiters im Jahr zur Folge haben darf.

Die Regierung Grabski unterstützt ohne Lärm, mit väterlicher Sorgsamkeit den Angriff der Unternehmer auf die Arbeiterklasse. Er erfolgt unter der Losung einer Stabilisierung der einheimischen Industrie, und diese hochtrabende Losung gibt der Polnischen Sozialistischen Partei die Möglichkeit, sich ganz in den Dienst des Kapitals zu stellen. Mit den vereinten Kräften der Unternehmer, der Regierung und der Verrat übenden Parteien gelingt es gewöhnlich, unter der Maske eines Schiedsgerichts oder einer freiwilligen Vereinbarung zwischen Arbeit und Kapital, den Angriff durchzuführen. Weniger Federlesens macht man mit den Landarbeitern. Hier ist die Organisation durch die Verräter derart zerstört worden, sind die Forderungen der Gutsbesitzer derart unannehmbar, selbst für die eifrigsten Sozialstabilisatoren, daß es nicht möglich sein wird, Streikkämpfe zu vermeiden. Die Regierung Grabski demaskiert sich und nimmt in dieser Frage eine in jeder Beziehung den Traditionen der zaristischen Macht entsprechende Haltung ein. Während des Aprilstreiks der Landarbeiter stürzte sich die Regierung auf die Streikenden mit allen Mitteln roher Gewalt. Sie würgte den Streik durch eine ganze Lawine polizeilicher Repressalien ab. Allerdings half ihr hierbei die Polnische Sozialdemokratische Partei, die sich bemühte, die Landarbeiter einzeln in den Kampf zu führen, indem sie einige Kreise und sogar einige Kategorien von Arbeitern in den bestreikten Kreisen vom Streik ausschlossen.

Eine ganz andere Politik führt die Regierung Grabski gegenüber der Bauernschaft, die eine große politische Aktivität bekundet und die die Regierung zu reizen fürchtet. Die Regierung wagt es nicht einmal, die Unabhängige Bauernpartei zu verbieten, und beschränkt sich vorläufig ihr gegenüber auf eine Politik der Nadelstiche. Der neue Gesetzentwurf über „Kolonisation und Parzellierung“ dient, wie wir bereits oben erwähnt haben, in erster Linie den Interessen „gesunder“ Wuchererwirtschaften. U. a. verfolgt der Gesetzentwurf auch demagogische Ziele: die Regierung hofft, die Bauernbewegung für einige Zeit abzubremsen durch Erweckung neuer reformistischer Illusionen.

Der wundeste Punkt bleibt natürlich nach wie vor die Frage der nationalen Minderheiten. Hier wird die Regierung durch die Sorge um die Stabilisierung gezwungen, die wunderlichsten Wege zu beschreiten. Man sollte meinen, daß der Rücktritt Tugutts vom Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates die Versuche einer Verständigung mit den „Minderheiten“ endgültig begraben hat. Das Gegenteil ist der Fall: die

Versuche einer — direkten oder politischen — Bestechung gegenüber den Vertretern der nationalen Minderheiten sind erst jetzt voll in Schwung gekommen.

In den weißrussischen Distrikten, wo die Spannkraft des revolutionären Kampfes gegen die Okkupanten am größten ist, können diese Versuche am wenigsten auf Erfolg rechnen. Gewiß, die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß einige weißrussische Abgeordnete ihr Gehalt nicht nur von der Kanzlei des Sejm beziehen, sondern auch aus den Reptilienfonds des polnischen Innenministeriums. Aber selbst Herr Rakewicz wird kaum glauben, daß er hierdurch Polen einer Lösung der Frage der nationalen Minderheiten näher bringt. Er begreift, daß er auf diesem Wege nur einige Quellen für intime Informationen über den Kampf der Weißrussen gegen die polnischen Grundbesitzer erworben hat, daß der Kampf jedoch deshalb nicht aufhören wird.

Größeren Erfolg haben die polnischen Versuche auf ukrainischem Boden. Hier ist die Zahl der Großbauern und der kleinbürgerlichen Elemente größer, die den Anschluß an die Sowjet-Ukraine fürchten und es vorziehen, bei Polen zu verbleiben, wenn ihnen einige nationale Freiheiten gewährleistet werden. Dank dem Vorhandensein solcher Elemente und durch Bestechung gelang es der polnischen Regierung wieder die Partei der „Broterzeuger“ zu gewinnen, die bereits bei den Wahlen 1922 zum Polnischen Sejm eine Rolle gespielt hat, und die sich anschickt, diese Rolle bei den bevorstehenden Neuwahlen zu erneuern. Gewiß, der Kampf wird diesmal viel schwieriger sein, weil die ukrainischen national-radikalen Elemente jetzt nicht die Absicht haben, die Taktik eines Wahlboykotts anzuwenden. Aber die Regierung strengt sich an. Sie eröffnet einigen ukrainischen Genossenschaften einen Kredit, sie hat ein ganzes „Reform“-programm angenommen, das die Ukrainer und Weißrussen zufriedenstellen soll, sie hat erreicht, daß der Metropolit Szepticki an dem Kongreß der polnischen katholischen Bischöfe teilgenommen hat. Gewiß, die Stabilisierungsbestrebungen werden im Bereiche lobenswerter Versuche bleiben, denn die gemachten Versprechungen, die polnische Bürokratie würde sich bemühen, „den Bedürfnissen der örtlichen Bevölkerung Wohlwollen entgegenzubringen“, werden zu offensichtlich durch die Praktiken der polnischen Behörden bloßgestellt.

Am besten scheint die „Aussöhnung“ mit den Juden zu gelingen. Nach langen Unterhandlungen mit dem jüdischen Sejmklub gelang es der Regierung, eine Loyalitätsformel zusammenzubrauen, die die Juden zu unterschreiben sich bereit erklärten, gegen das Versprechen, den besonders zynischen und grausamen Bedrückungen des jüdischen Volkes ein Ende zu bereiten. Es ist jedoch allen gut bekannt, daß die Regierung diese Komödie einer Verständigung ausschließlich im Zusammenhang mit der Reise des Außenministers Skrinski nach Amerika veranstaltet hat, wo er von den jüdischen Bankiers die erforderlichen Kredite zu bekommen hofft gegen das Unterpfang eines „philosemitischen Kurses“ in Polen. Es ist klar, daß es sich hier um ein sehr vorübergehendes Bedürfnis handelt. Die polnische Reaktion versäumte es nicht, das Tüpfelchen über das i zu setzen. Das Plenum des Zentralkomitees der Nationaldemokratischen Partei versammelte sich in Warschau und nahm pro forma „zur Kenntnis“, daß die Unterhandlungen zwischen der Regierung und den Juden ohne irgendwelche Be-

teilung des Sejms geführt würden. Einer der Abgeordneten dieser Partei — sein Name ist nicht genannt — erklärte einem Warschauer Blatte gegenüber, daß die Nationaldemokratische Partei bei den bevorstehenden Wahlen auf die antisemitische Agitation nicht verzichten könne. Nach den Wahlen könne man vielleicht über eine Verständigung mit den Juden reden, vor den Wahlen jedoch unter keinen Umständen.

Im Lichte dieser Erklärungen entpuppt sich der versöhnliche Kurs der Regierung in bezug auf die Juden als zynischer Bluff. Weite Kreise des jüdischen Kleinbürgertums, vom Proletariat schon gar nicht zu reden, begreifen das vollkommen und verheimlichen nicht, trotz der Bemühungen der großbürgerlichen zionistischen Kreise, daß sie diesen Vertrag als einen sehr kurz befristeten Waffenstillstand betrachten.

Wir sehen, die Stabilisationspolitik der Regierung Grabski ist durchaus klar. Sie bemüht sich, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Unterstützung der privilegierten Elemente zu erhalten, um mit deren Hilfe die Stabilisierung auf Kosten der breiten Masse durchzuführen. Die Regierung zieht die Arbeiteraristokratie und die Gewerkschaftsbürokratie zu sich heran: gegen die Arbeitermassen — Wucherer, gegen die Bauernschaft — die bürgerlichen Elemente der unterdrückten Nationalitäten, gegen die werktätigen Massen — dieselben „nationalen Minderheiten“.

Selbst wenn diese Pläne der Regierung Grabski gelingen sollten, würden sie eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze nach sich ziehen, eine Vertiefung und Verbreiterung der Revolutionsbasis in Polen, die Auflehnung gegen das gegenwärtige Regime seitens aller jener werktätigen Massen, die die Kosten der Stabilisierung zu tragen haben werden. Die Regierung der polnischen Bourgeoisie ist aber auch dazu nicht fähig: Sie ist nicht einmal fähig, die obersten Schichten der Arbeiterklasse an sich zu fesseln. Die Handlungen der Regierung haben ein immer deutlicher zutage tretendes Abströmen der Massen von den Regierungsparteien zur Folge. Sie hat es nur verstanden, sich auf dem flachen Lande zu isolieren, und sogar die „Wyswolenije“-Partei gezwungen, zu entschlossener Opposition überzugehen. Sie verstand es nicht, auch nur einigermaßen ernste Kräfte unter den „nationalen Minderheiten“ für sich zu gewinnen, denn die polnische Bourgeoisie will und kann den Minderheiten nichts geben.

Gleichzeitig nahen für Polen außenpolitische Gefahren. Der Einsatz auf Frankreich, auf den wiederholt große Gewinne entfielen, scheint nunmehr verloren zu sein. Die politische Schwächung Frankreichs, in Verbindung mit seinem finanziellen Niedergang, blieb nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Außenpolitik Polens. Der um den Garantiepakt entfachte Feldzug ist scheinbar von Polen verloren. Die westliche Grenze Polens steht unter einem Fragezeichen, der Verlust des „Korridors“ zum Baltischen Meer ist eine reale Möglichkeit. Die militärischen Kreise suchen Rettung aus dieser Gefahr darin, daß sie Polen zu einem Pfeiler des antisowjetistischen Blocks machen möchten. Sie haben bereits mit der Politik der Provokationen gegenüber Sowjetrußland begonnen (der baltische Block, die Wiedereröffnung von Grenzüberfällen durch Banden, die Überfälle auf sowjetistische Kuriere). Diese Politik befreit Polen nicht nur nicht von den äußeren Gefahren, sondern vertieft diese. Sie ist für Polen wirtschaftlich mörderisch, indem sie den Ausgang zu dem für Polen lebensnotwendigen Sowjetmarkt verschließt.

Sie kann sich auch politisch als mörderisch erweisen, denn nie läßt sich voraussagen, wo das Interventionsabenteuer sein Ende finden wird: an den Ufern des Dnjepr, an den Ufern der Weichsel . . .

Man muß sagen, daß die kapitalistischen Kreise Polens sich genau Rechenschaft geben über die außerordentliche Wichtigkeit des sowjetistischen Marktes für Polen. Die Verwaltung der machtvollen Industrievereinigung, die gewöhnlich als Leviathan bezeichnet wird, bemüht sich, gemeinsam mit der Sowjetregierung eine gemischte Gesellschaft für Zwecke des sowjet-polnischen Handels zu bilden. Es ist jedoch klar, daß die Regierung, unter dem Einfluß der militärischen Kreise und eines Druckes von seiten Englands, bemüht ist, die Verwirklichung dieser Pläne zu verzögern. In letzter Zeit scheint sich ein Kompromiß anzubahnen: die Presse betont eifrig, daß die Unterhandlungen nur von den Industriellen geführt werden, daß die Regierung an ihnen in keiner Weise beteiligt ist. Mit anderen Worten, die Regierung will es den Kapitalisten recht tun, und sich weißwaschen.

Inzwischen verschärft sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens ständig. Der Kampf um die Stabilisierung bleibt andauernd überaus zweifelhaft, bald wird er hoffnungslos sein können.

N. LENZNER:  
 DER ERSTE PARTEITAG DER BOLSCHEWIKI  
 (ZUR 20-JAHRFEIER)

I.

Der Bolschewismus wird in der Geschichte als Partei der Revolution verzeichnet werden. Dies wird nicht nur zutreffend sein in bezug auf die Tätigkeit des Bolschewismus, sondern auch in bezug auf sein Entstehen als Partei. Der Revolution von 1905 hat die bolschewistische Partei in hohem Maße ihr Entstehen zu verdanken. Es war das erstmal in der Geschichte, daß eine Partei des Proletariats sich im Feuer der Revolution, in der Situation eines verschärften Klassenkampfes bildete.

Bereits mehrere Monate vor dem Blutsonntag lagen die Dinge bei der russischen Sozialdemokratie derart, daß es ihren Gegnern schien, der Bolschewismus werde vom Kampffelde der Arbeiterbewegung verschwinden. Die bedeutendsten Vertreter des Menschewismus\* erklärten offen, der Bolschewismus sei ideell und organisatorisch aufs Haupt geschlagen.

Es vergingen einige Monate und das Bild veränderte sich: Der Bolschewismus ward zu einer festgefügtten Partei, der Menschewismus erwies sich als organisatorisch hilflos, von inneren ideellen Kämpfen zerrissen. Wo waren die Ursachen zu suchen? Im Prozesse des Anwachsens der Revolution, das im zweiten Halbjahr 1904 erfolgte, und in der Aufrollung der Revolution im ersten Halbjahr 1905. Der Menschewismus, der es verstanden hatte, die Leningruppe im Emigrantenbezirk der Revolutionsbewegung zu besiegen, offenbarte seinen politischen Bankrott bereits Ende 1904, als er mit seiner berüchtigten „Semstwokampagne“ hervortrat. Während der anwachsenden Revolution empfahl der Menschewismus den Arbeitern, den Kampf der Liberalen gegen den Zarismus zu unterstützen.

Die Folge dieser menschewistischen Taktik war der Übertritt einer Reihe von Organisationen zu den Bolschewiki, eine ideelle Spaltung innerhalb des Menschewismus selbst (Beginn der Opposition Parvus-Trotzki). Der erste Hauch des nahenden revolutionären Sturmes vertiefte die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und fügte zu den alten organisatorischen Streitfragen neue taktische.

Gleichzeitig hiermit vollzog sich der Konsolidierungsprozeß der Bolschewiki. Im August 1904 versammelte sich der bolschewistische Stab mit Lenin an der Spitze und richtete an die Partei den Appell, der organisatorischen Anarchie durch Einberufung eines Parteitages ein Ende zu machen. Die offene und verhüllte Sabotage der Menschewiki, die den Zentralapparat der Partei („Iskra“, Parteirat usw.) in Händen hatten, zwang die illegalen Konferenzen einer Reihe von Organisationen, ein eigenes Organ zur Einberufung des Parteitages, das Büro der Mehrheitskomitees (BKB) zu schaffen.

\* Siehe Martynow: „Zwei Diktaturen“, Trotzki: „Unsere politischen Aufgaben“ u. a. m.

So lagen die Dinge innerhalb der Partei bei Eintritt der Ereignisse vom 9. Januar. Diese bewiesen 1., daß die Partei hinter der Bewegung der Massen zurückgeblieben war: die Bewegung ging über den Kopf der Partei hinweg, sie (die Bewegung) wurde von zufälligen Leuten (Gapon) geleitet. Der Zusammenschluß von Parteiorganisationen, die Schaffung einer festen, führenden Zentralstelle wurden zu einer einfachen und überaus wichtigen Angelegenheit. Das zweite Ergebnis dieser Ereignisse war eine Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen der Partei, eine Steigerung des Wirrwarrs in den taktischen Ratschlägen der menschewistischen „Iskra“, eine Polemik in ihren Spalten zwischen den Redaktionsmitgliedern des Blattes\*. Die Ausarbeitung einer richtigen taktischen Richtungslinie wurde zu einer Aufgabe, die die Geschicke der revolutionären Bewegung für die Dauer einer ganzen geschichtlichen Epoche entscheiden mußte.

Es ist daher durchaus natürlich, daß den Bolschewiki in einer solchen Situation kein anderer Ausweg blieb, als zu beschließen, einen Parteitag zu organisieren. „Gestützt auf das revolutionäre Recht, das sich aus dem revolutionären Charakter der Situation ergibt“\*\*, wandte sich die bolschewistische Zentralstelle an alle Organisationen mit dem Ersuchen, Delegierte zu dem dritten Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu entsenden. Bald darauf beschloß auch das Zentralkomitee selbst, das aus Elementen bestand, die versöhnlich gestimmt waren und dem menschewistischen Parteirat folgten, mit letzterem zu brechen; es schloß ein Bündnis mit der bolschewistischen Zentrale, das organisatorisch in der Schaffung des Organisationskomitees (OK) zur Einberufung des Parteitages zum Ausdruck kam.

Im Mai 1905, in dem Augenblick, wo die Arbeiter von Iwanowo-Wosnessensk die Keimorganisation für den künftigen Parteirat schufen, im übrigen Rußland die Lawine der Massenbewegung der Arbeiter sich in Bewegung setzte, dem zaristischen Rußland im Fernen Osten die letzten Niederlagen bereitet wurden, die die linksliberalen Schichten der Revolution zuführten, versammelte sich der erste bolschewistische Parteitag, der dritte in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie.

## II.

Dem Parteitag fiel die überaus schwierige Aufgabe zu, Strategie und Taktik der Arbeiterpartei in einem Lande auszuarbeiten, das eine bürgerlich-demokratische Revolution durchmachte. Diese Revolution unterschied sich von den klassischen bürgerlichen Revolutionen erstens dadurch, daß sie sich in der Epoche des Imperialismus abspielte, zweitens durch das Vorhandensein eines verhältnismäßig zahlreichen, örtlich konzentrierten Fabrikproletariats, das unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stand, der aktivsten unter den oppositionellen politischen Gruppierungen, drittens durch die Verbindung des Kampfes der Arbeiterklasse mit der Bauernbewegung, was hervorgerufen war durch tiefere Gegensätze, als sie zur Zeit der französischen Revolution

\* Wir haben im Auge die „Politischen Briefe“ von T. (Trotzki), die Artikel von Parvus und Martows Antwort auf diese („Was tun?“ „Revolutionäre Perspektiven“ usw., die im März/Mai 1905 geschrieben wurden).

\*\* Die Worte stammen von Bogdanow, einem der damaligen Leiter der bolschewistischen Zentralstelle.

von 1789 bestanden. Die Situation war so eigenartig, daß sie ein Höchstmaß revolutionärer Intuition und die gründlichste Beherrschung des Marxismus als der Algebra der Revolution erforderte, um nicht der Schablone zu verfallen, die für eine revolutionäre Partei in der Epoche der Revolution vernichtend ist.

Zu der Zeit, wo der Parteitag versammelt war, hatten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewismus und Menschewismus bereits den Rahmen eines Organisationsstreites überschritten. In ihrer ganzen Größe erstanden die Probleme einer allgemeinen Bewertung des Charakters der Revolution, ihrer treibenden Kräfte, einer Anwendung der taktischen Ratschläge von Marx und Engels unter den konkreten Verhältnissen der russischen bürgerlichen Revolution. Es war unmöglich, richtige taktische Direktiven zu erteilen, ohne eine grundlegende strategische Richtlinie aufgestellt zu haben. Letztere auszuarbeiten aber hieß eine Reihe angeblich marxistischer, in Wirklichkeit jedoch reformistischer Dogmen zu widerlegen, die die Menschewiki als letzte Errungenschaften des europäischen sozialdemokratischen Denkens vorbrachten.

Dem ersten bolschewistischen Parteitag fiel ein Teil des ersten Ansturms auf den doktrinären „Marxismus“ der Epigonen zu, die Durchführung der ersten Schritte zur Wiederherstellung des alten revolutionären Marxismus und seiner feingschliffenen Waffe, der Dialektik.

1. Nach dem Dogma des europäischen Marxismus führt die bürgerliche Revolution nach dem Sturze der feudalen Ordnung unmittelbar zur politischen Herrschaft der Bourgeoisie, die eine der treibenden Kräfte dieser Revolution ist. Es war kein Zufall, daß die erdrückende Mehrheit der Führer der II. Internationale (darunter Männer wie Guèsde) sich mit Plechanow und seiner Bewertung des Charakters der russischen Revolution\* einverstanden erklärten.

Der erste bolschewistische Parteitag wandte sich sowohl im Referat Lenins über die provisorische Regierung als auch in der anschließenden Debatte gegen dieses Dogma und erklärte, daß die Revolution zwei Auswege biete: entweder ein Geschäft zwischen Bourgeoisie und Zarismus, oder ein voller Sieg der Revolution, die zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führt. Die Revolution ist ihrem sozialökonomischen Inhalte nach bürgerlich, soweit sie, mit den Resten des Feudalismus aufräumend, die Grundlagen des kapitalistischen Staates nicht zerstört, und sie ist nicht bürgerlich in bezug auf ihre treibenden Kräfte — dies war die Antwort des Bolschewismus, die die treuen europäischen „orthodoxen“ Menschewiki in Erstaunen setzte und auch den europäischen Sozialdemokraten abwegig erschien. Die russische Revolution ist bürgerlich, denn sie ist in erster Linie und hauptsächlich eine agrarische Revolution. Aber gerade deshalb kann der Liberalismus nicht konsequent revolutionär sein, denn einerseits wird er, und zwar in erheblichem Maße, aus den

\* Bekanntlich veranstaltete Plechanow damals eine Rundfrage unter den angesehensten europäischen Sozialisten und stellte eine Reihe Fragen, die mit der Bewertung des Charakters und der Triebkräfte der Revolution in Zusammenhang standen. Außer Kautsky war kaum jemand imstande, eine revolutionär-marxistische Antwort auf Plechanows Fragen zu geben, die überaus abstrakt gefaßt waren (z. B.: Ist die Revolution in Rußland bürgerlich oder sozialistisch? usw.).

Quellen der Gutsbesitzer gespeist, und andererseits spiegelt er die Interessen der kapitalistischen Bourgeoisie wider, die gleichfalls eine tiefgehende soziale Umgestaltung fürchtet.

Die russische Revolution ist bürgerlich, aber nur die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist imstande, die Aufgabe des Auskehrens der feudalen Überreste und der Schaffung der günstigsten Vorbedingungen für die Entwicklung einer freien Farmerwirtschaft zu erfüllen.

Die Ironie des Schicksals wollte es, daß diese Antwort des Bolschewismus als „unverbesserlicher Doktrinarismus“ betrachtet wurde. Doktrinär erschien er allerdings den . . . Bernsteinianern.\*

2. Um die wichtigste strategische Linie zu begründen — Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft — mußte man auch das zweite Dogma von der bürgerlichen Demokratie\*\* widerlegen. Unter bürgerlicher Demokratie verstand die europäische „Orthodoxie“ die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum der Städte. Gerade von diesem Dogma ausgehend, gelangten die Menschewiki zu dem Schluß, daß das Bürgertum unbedingt die Triebkraft der bürgerlichen Revolution sein mußte, während der linke Flügel des Menschewismus, die Anhänger von Parvus und Trotzki, es ablehnten, die Revolution als eine bürgerliche zu betrachten, da ihrer Ansicht nach die russische Bourgeoisie reaktionär war. Den dialektischen Ausweg fand der Bolschewismus. Der erste bolschewistische Parteitag legte ihn in seinen Grundzügen fest: die bürgerliche Demokratie in Rußland ist in Gestalt der nach vielen Millionen zählenden Bauernschaft gegeben. Die Beschlüsse des Parteitages erläuternd, schrieb Lenin: „Ohne bei der Einteilung der großen Gesellschaftsgruppen nach ihren politischen Tendenzen einen großen Fehler zu begehen, können wir die revolutionäre republikanische Demokratie mit der Masse der Bauernschaft identifizieren. Der Charakter der Revolution hängt nicht davon ab, ob die Bourgeoisie die treibende Kraft der Revolution ist. Die russische Revolution ist bürgerlich — obgleich die Bourgeoisie reaktionär ist — denn sie hat eine radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse zum Inhalt.\*\*\*“

\* S. z. B. „Sozialistische Monatshefte, 1906, Bd. II.

\*\* Wie dialektisch Lenin an diese Frage herantrat, geht aus der folgenden Stelle seiner „Zwei Taktiken“ hervor: „Es gibt eine bürgerliche Demokratie und eine bürgerliche Demokratie. Auch der monarchistische Semstwomann, Anhänger der Oberen Kammer, der um das allgemeine Wahlrecht „nachsucht“ und insgeheim, hinter dem Rücken, mit dem Zarismus über eine zurechtgestutzte Verfassung sich verständigt, ist ein bürgerlicher Demokrat. Auch der Bauer, der mit der Waffe in der Hand gegen Gutsbesitzer und Beamtentum vorgeht und „naiv-republikanisch“ empfiehlt, den Zaren davonzujagen, ist bürgerlich.“ Lenin, Bd. V, S. 331—332.

\*\*\* Es ist interessant, daß der Genosse Martynow, der damals sozusagen ein klassischer Vertreter der „europäischen Orthodoxie“ in der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war, bereits mehrere Monate vor der Revolution von 1905 in seinen berühmten „Zwei Diktaturen“ schrieb: „Wir befinden uns am Vorabend der politischen Befreiung der russischen bürgerlichen Gesellschaft, am Vorabend der bürgerlichen Revolution. Wer sich über die Bedingungen der Verwirklichung einer revolutionären Diktatur klar ist, wird verstehen, daß der Rat an die Sozialdemokratie, sich bei einer solchen Revolution auch nur „auf eine vorübergehende Machtergreifung“ vorzubereiten, bedeuten würde, ihr zu raten, sich auf ihren Bankrott vorzubereiten . . . Wir dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie bis zur sozialistischen Revolution die Partei der äußersten Opposition ist und bleiben muß, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, die so oder anders, in diesem oder jenem Maße darauf rechnen können, der Macht in der bürgerlichen Gesellschaft teilhaftig zu werden.“

3. Die vorerwähnten Thesen des „europäischen“ Marxismus beschränkten das Proletariat von vornherein auf die Rolle eines freiwilligen Reisebegleiters der Bourgeoisie. Das Dogma der „Orthodoxen“ lautete: die Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Revolution beschränkt sich auf das Vorwärtstreiben der Bourgeoisie. Die Menschewiki beriefen sich ergänzend auf die Beschlüsse des letzten Amsterdamer Kongresses, die besagten, daß die Partei des Proletariats sich nur an einer Regierung beteiligen dürfte, die auf den Ruinen der bürgerlichen Gesellschaft entstehe. Jede andere Taktik wäre Millerandismus.

Der erste bolschewistische Parteitag räumte mit diesem Dogma auf. Die bürgerliche Revolution, die in ihrem Kern eine Bauernrevolution ist, kann im Laufe der Ereignisse eine Revolutionsregierung proklamieren, an der die Partei des Proletariats nicht nur teilnehmen darf, sondern teilzunehmen verpflichtet ist. Diese Regierung ist eine Koalition der revolutionären Klassen und hat nichts gemein mit den typischen bürgerlichen Regierungen.

### III.

Der erste bolschewistische Parteitag war der erste Parteitag in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, der die Frage des Kampfes um die Macht, der Taktik bei Massenaktionen konkret gestellt hat. In der Epoche zwischen der Pariser Kommune und der Revolution von 1905 liefen die Grundsätze sozialdemokratischer Taktik auf die Ausübung eines parlamentarischen Druckes und die Führung des gewerkschaftlichen Wirtschaftskampfes hinaus. Das Endziel der strategischen Richtlinie war nicht der Sturz der bestehenden Ordnung, sondern die Erlangung eines Höchstmaßes von Zugeständnissen. Es genügt einen Blick auf die Tagesordnung der Parteitagungen der Hauptparteien des internationalen Sozialismus — der deutschen und französischen — zu werfen, um sich davon zu überzeugen. Parlamentstaktik, Arbeitergesetzgebung, Kampf um den Frieden — das sind die Hauptfragen, die dort zur Erörterung gelangen. Selbst auf dem berühmten Jenaer Parteitag 1905, der einige Monate nach dem ersten bolschewistischen Parteitag zusammentrat, stand die Frage des Generalstreiks nur als Frage eines Kampfes um Reformen und um die Verteidigung des allgemeinen Wahlrechtes und der Koalitionsfreiheit zur Beratung.

Der erste bolschewistische Parteitag ließ sofort das Antlitz des Bolschewismus erkennen als Partei der Revolution, in der das Proletariat die Führung besitzt. Gewiß mußte die Partei die Frage lösen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Revolution ihrem Inhalte nach bürgerlich ist, aber die Methoden des Kampfes waren im wesentlichen die gleichen wie in der proletarischen Revolution. Den ersten Punkt der Tagesordnung des Parteitages bildete daher auch die Frage des bewaffneten Aufstandes als Abschluß des Massenstreiks. Die Losung des Parteitages in dieser Frage bildete die These des Berichterstatters (Lunatscharski), die der unsterblichen Arbeit von Engels „Revolution und Gegenrevolution“ entnommen war: „Ein Aufstand ist eine ebensolche Kunst wie die Kriegs- oder irgendeine andere Kunst.“ Das ist der Grund, weshalb auf das prinzipielle Referat über den bewaffneten Aufstand ein Korreferat über die praktischen Aufgaben folgte, die der Partei auf diesem Gebiete

gestellt waren. Der Parteitag, der sich einmütig für die Losung des bewaffneten Aufstandes aussprach, wendete sein Hauptaugenmerk der praktischen Seite dieser Frage zu. Die Arbeit im Heer, die Schaffung von Waffenlagern, die Verknüpfung des Aufstandes mit dem Streik, die Rolle der Eisenbahnen usw. — das waren die Fragen, die den Parteitag interessierten. Man stritt darüber, ob man den Aufstand zentralisieren und alle Kräfte im Zentrum sammeln oder den einzelnen Orten eine größere Selbständigkeit einräumen sollte.

Während der bolschewistische Parteitag solche für die Sozialdemokratie „außergewöhnliche“ Fragen debattierte, befaßten sich die menschewistischen Philosophen mit einer Kritik der Idee einer planmäßigen Organisation eines allrussischen bewaffneten Aufstandes. Die Bolschewiki, man denke, wollen die „Revolution organisieren“, während der Marxismus nur die Auslösung der Revolution gestatte. Die Bolschewiki rücken die kampftechnische Seite der Vorbereitung des Aufstandes in den Vordergrund, lassen sich viel zu sehr von der militärischen Seite der Angelegenheit fortreißen. Die aufrichtigeren Menschewiki schrieben offen: „Eine Taktik, die die Semstwoversammlung zum Mittelpunkt unserer Handlungen macht, ist vorteilhafter für uns als die Taktik des bewaffneten Aufstandes und der provisorischen Revolutionsregierung.“

Die Frage des Aufstandes war jedoch nur eines der Momente der neuen revolutionären Taktik der Bolschewiki. Alle Fragen, die den Parteitag beschäftigten und die in ihrer Gesamtheit die Aufgabe hatten, die Partei auf die Führung im Kampfe für den Sturz des Zarismus vorzubereiten, liefen auf die Frage einer Massenaktion hinaus. Die Frage der provisorischen Regierung wurde als eine Frage der Diktatur der Volksmassen behandelt. Die Frage des bewaffneten Aufstandes wurde in Verbindung gebracht mit der Frage, wie die Energie der Massen aus dem Flußbett eines elementaren Ansturms gegen den Zarismus in ein solches des organisierten Ansturms übergeleitet werden könne. Nur hierdurch erklärt sich die Tatsache, daß der Bolschewismus angesichts des grimmigen Feindes, der tobenden elementaren Bewegung, der Keime der Bauernbewegungen, der Schwäche der Partei, imstande war, die Losung einer demokratischen Diktatur, die Losung einer Volksrevolution zu proklamieren. „Die Revolution,“ schrieb Lenin, „ist das Fest der Erniedrigten und Ausgebeuteten. Nie sonst wird die Volksmasse befähigt sein, als ein so aktiver Schöpfer einer neuen Gesellschaftsordnung aufzutreten, wie in Revolutionszeiten. In solchen Zeiten vermag das Volk Wunder zu verrichten, vom Standpunkte eines engen, spießbürgerlichen Maßstabes, des allmählichen Fortschrittes . . . Wir werden dastehen als Verräter an der Revolution, wenn wir diese festliche Energie der Massen und ihren revolutionären Enthusiasmus für den schonungslosen und offenen Kampf um den direkten und entschlossenen Weg nicht ausnutzen werden.“ (S. Lenin, Bd. VI, S. 380/381.)

#### IV.

Wird die Partei zum Vortrupp der Arbeiterklasse (und der Bauernschaft) im Kampfe um die Macht werden, oder steht ihr die Zukunft der europäischen Arbeiterpartei, einer Partei der Opposition gegen die bürgerliche Staatsgewalt bevor? — diese Frage stand im Mittelpunkt des Streites in den

Reihen der Sozialdemokratie im Jahre 1905. Der erste Parteitag der Bolschewiki beantwortete die Frage in ersterem Sinne und erteilte im Namen der Gesamtpartei eine bejahende Antwort auf die Frage der Menschewiki: „Dürfen wir siegen?“, indem er die Losung der provisorischen Revolutionsregierung proklamierte. Nach Herkunft und Grundcharakter muß diese Regierung ein Organ der Volkserhebung sein. Nach ihrer formalen Bestimmung muß diese Regierung ein Organ der Allgemeinen Konstituierenden Versammlung sein. Was das Wesen ihrer Tätigkeit anbelangt, so hat sie das Mindestprogramm der proletarischen Demokratie zu verwirklichen, die einzig fähig ist, die Interessen des sich gegen das Selbstherrschertum auflehrenden Volkes zu gewährleisten — so erläuterte diese Losung Lenin bald nach dem Parteitag.

Diese Regierung war gedacht als Regierungskoalition zweier Klassen — des Proletariats und der Bauernschaft, als revolutionäre Diktatur der werktätigen Massen gegenüber den ausbeutenden Elementen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, somit als demokratische Diktatur. Diese Regierung war gedacht als politische Garantie einer radikalen Agrarrevolution, als „Regierung des plebejischen Terrors, der jakobinischen Methode, mit dem Absolutismus, Feudalismus, Spießertum aufzuräumen.“ (Marx.)\* Kurz gesagt, diese Losung wurde mit der Notwendigkeit in Verbindung gebracht, die engen Klassen- und Berufsinteressen des Proletariats zu überwinden.

Die ganze historische Bedeutung dieser Losung wird uns noch klarer sein, wenn wir uns erinnern, welche Position der Menschewismus in dieser Frage einnahm. Seine Stellungnahme kam in den Beschlüssen der menschewistischen Konferenz und den Artikeln der neuen „Iskra“ zum Ausdruck. Die Menschewiki lehnten die Losung der provisorischen Regierung entschieden ab. Ihre Erwägungen waren folgender Art: Ist die Revolution in Rußland eine bürgerliche Revolution, so muß auch die Macht in die Hände des Bürgertums übergehen. Somit hat die Partei des Proletariats unter diesen Umständen die Verpflichtung, die Selbständigkeit des proletarischen Klassenkampfes zu wahren. Die grundlegende Vorbedingung hierzu ist die prinzipielle Unzulässigkeit der Beteiligung an der Regierung. Entweder Marxismus oder Millerandismus — dies war der polemische Trumpf der Menschewiki. Die Losung einer provisorischen Regierung ist unannehmbar, denn sie bedeutet die Auflösung des Klassenkampfes des Proletariats in allgemein-demokratischen Losungen, sie ist unannehmbar, denn sie wird — nach Ansicht der kaukasischen Menschewiki — „die bürgerlichen Klassen veranlassen, vor der Revolution zurückzuschrecken und damit ihre Stoßkraft zu mindern.“ Die Losung der provisorischen Regierung ist nicht real, denn sie setzt den einheitlichen Willen des Proletariats und des Kleinbürgertums (der Bauernschaft) voraus, der in Wirklichkeit nicht vorhanden sein kann. Die Losung der provisorischen Regierung ist eine jakobinische

\* Sofort nach dem Parteitage schrieb Lenin: „Der (entscheidende) Sieg wird gerade die Diktatur sein, d. h. sie wird sich unvermeidlich auf die Militärmacht stützen müssen, auf die bewaffneten Massen, den Aufstand und nicht auf diese oder jene „legalen“, auf „friedlichem Wege“ geschaffenen Institutionen. Dies kann nur die Diktatur sein, da die Verwirklichung der Umwandlungen, die das Proletariat und die Bauernschaft sofort und unbedingt benötigen, einen verzweifelten Widerstand seitens der Gutsbesitzer und Großbourgeois und des Zarismus hervorrufen wird. Ohne Diktatur ist es unmöglich, diesen Widerstand zu brechen, die gegenrevolutionären Versuche abzuwenden.“ (Band VI, S. 335.)

Losung, sie bedeutet die Unterschiebung der Diktatur an Stelle der Revolution; sie bringt somit das Schicksal der jakobinischen Diktatur mit sich. Dies war der Gedankengang des Menschewismus, dieser gefährlichsten Abart des internationalen Opportunismus. Der erste bolschewistische Parteitag stellte ihm seinen revolutionär-marxistischen Standpunkt gegenüber, der sich wie folgt zusammenfassen ließ: Ja, unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution; das bedeutet jedoch keineswegs, daß das Proletariat nicht ihre leitende Kraft sein könnte. Die Arbeiterklasse, die sich an einer Revolutionsregierung beteiligt, verrät nicht nur nicht ihre Klasseninteressen, sondern schafft im Gegenteil die einzig realen Garantien für ihre Klasseneroberungen. Dagegen ist das Gerede der Menschewiki von der Auflösung der Interessen des Proletariats im Grunde genommen ein Abklatsch der Reden der bürgerlichen Liberalen, die daran interessiert sind, daß das Proletariat sich auf das Gebiet der engen gewerblichen Kämpfe beschränkt und das Feld des allgemeinen politischen Kampfes der Bourgeoisie überläßt. Die Menschewiki fürchten, die Provisorische Regierung würde die Bourgeoisie zurückschrecken. Das gerade müssen aber die Sozialdemokraten wünschen, denn es wird das Ende der bürgerlichen Verrätereien bedeuten, die Bourgeoisie vor den Volksmassen bloßstellen. Was die Menschewiki empfehlen, ist „die Taktik des Verrats an der Revolution, der Umwandlung des Proletariats in ein trauriges Anhängsel der Bourgeoisie.“ Die Menschewiki lehnen die Möglichkeit eines „einheitlichen Willens“, d. h. ein Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft ab. Das geschieht deshalb, weil sie an die Frage selbst bezüglich des „einheitlichen Willens“ doktrinär herantreten. Das gesamte Kleinbürgertum kann keinen „einheitlichen Willen“ mit dem Proletariat im Kampfe um den Sozialismus haben, dagegen ist ein solcher einheitlicher Wille durchaus möglich im Kampfe gegen das Selbstherrschertum, im Kampfe für die Republik. In den „Zwei Taktiken“ schrieb später Lenin: „Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat eine Vergangenheit und Zukunft. Ihre Vergangenheit sind Selbstherrschertum, Leibeigenschaft, Monarchie, Privilegien. Im Kampfe gegen diese Vergangenheit, im Kampfe gegen die Konterrevolution ist eine „Einheitlichkeit“ des Willens des Proletariats und der Bauernschaft möglich, denn es liegt eine Einheitlichkeit der Interessen vor.“ (Lenin, Band VI, S. 359.)

## V.

In dem Maße, wie der Parteitag die Losung der Provisorischen Regierung als demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft proklamierte, bekundete er seine Stellungnahme gegenüber einem Bündnis dieser beiden Klassen. Die Taktik der Bolschewiki in dieser Frage hatte die Idee zur Voraussetzung, daß die russische Revolution gerade deshalb eine bürgerliche sei, weil sie ihrem Wesen nach eine Agrarrevolution ist. Die Bauernschaft in ihrem Kampf um den Boden bis zur Konfiskation der Ländereien der Grundbesitzer, bis zur „Neuaufteilung des Bodens“ zu unterstützen — diese Richtlinie erteilte der Parteitag nach Durchberatung der Berichte Lenins und Zchakais über die Bauernbewegung. Die Agrarrevolution erfordert jedoch eine radikale politische Revolution, erfordert eine Anspannung der revolutionären Energie der Bauernschaft, den Verzicht auf lokal abgeschlossene Fronten des Klassenkampfes. Der erste Parteitag der

Bolschewiki behandelte zum erstemal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung klar die Frage eines Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft im Kampfe um die Macht. Die Bedeutung dieser Frage erscheint umso klarer, wenn man bedenkt, wie damals diese Frage behandelt wurde. Die Frage wurde damals gestellt vom Standpunkte der Vertretung zünftlerischer Interessen in der Arbeiterbewegung, als Frage der Betätigung innerhalb einer „besonderen Schicht“, während der bolschewistische Parteitag in der Bauernfrage „die Aufgaben der Führung im allgemeinen nationalen Interesse des Kampfes gegen den Zarismus von seiten der breiten revolutionär-demokratischen Bewegung“ hervorhob. (Lenin.) Während der Parteitag bestrebt war, die Bauernschaft zu der Rolle einer der wichtigsten Triebkräfte der Revolution zu erheben, brachten sie die Menschewiki der Unterstützung der Liberalen, in erster Linie der Gutsbesitzer aus den Reihen der Semstwoleute, zum Opfer. Diesen Unterschied der beiden Taktiken hob Lenin in seiner Arbeit scharf hervor, die die Entscheidung des Parteitages erläuterte: „Die Konferenz (der Menschewiki N. L.) ist durch ihre allgemeinen politischen Losungen im Augenblick der Revolution unbewußt auf das Niveau der Masse der Gutsbesitzer herabgesunken. Der Parteitag hebt durch seine allgemeinen politischen Losungen die Bauernmasse auf ein revolutionäres Niveau empor. (Lenin, Band VI, S. 327. Der Sperrdruck stammt überall von Lenin.)

Der erste bolschewistische Parteitag lieferte nicht nur eine klare strategische Richtlinie für die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland. In den nachfolgenden Zeilen Lenins, die im Zusammenhang mit dem Beschluß des Parteitages geschrieben worden waren, finden wir bereits den klar zum Ausdruck gebrachten Gedanken einer Arbeiter- und Bauernkoalition in der proletarischen, sozialistischen Revolution. „Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung restlos durchführen, die Masse der Bauernschaft zu sich hinüberziehend, um den Widerstand des Selbstherrschertums mit Gewalt zu brechen und die Wankelmütigkeit der Bourgeoisie zu paralisieren. Das Proletariat muß eine sozialistische Umwälzung durchführen, die Masse halbproletarischer Elemente der Bevölkerung zu sich hinüberziehend, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die Wankelmütigkeit der Bauernschaft und des Kleinbürgertums zu paralisieren.“ (Lenin, Band VI, S. 371.)

Nur unter Berücksichtigung dieser grundlegenden strategischen Richtlinie kann man z. B. begreifen, weshalb der Parteitag die Genehmigung zu einem Bündnis mit den Sozialrevolutionären für den Fall eines gemeinsamen Kampfes erteilte: Noch kurz vor dem Parteitag hatten die Bolschewiki einen erbitterten Kampf gegen die Sozialrevolutionäre geführt.\* Der Bund mit den Sozialrevolutionären wurde als Bündnis mit den Vertretern gewisser Schichten des revolutionären Kleinbürgertums und der Bauernschaft betrachtet. Der Bolschewismus, der damals schon die Biegsamkeit seiner takti-

\* Die ideelle Kritik fand natürlich auch durch die Parteitagsbeschlüsse nicht ihr Ende.

schen Bewegungslinie bewiesen hat, berücksichtigte das Anwachsen der Bauernbewegung und einen gewissen Einfluß der Sozialrevolutionäre in einzelnen Bezirken und war sich darüber klar, daß der Kampf gegen die Sozialrevolutionäre, als kleinbürgerlichen Sozial-Utopisten, die Möglichkeit eines sachlichen Bündnisses mit ihnen auf dem Boden des Kampfes gegen das Selbstherrschtum nicht ausschließt. Die doktrinär gestimmten Menschewiki erblickten in einem solchen taktischen Schachzug ein Zugeständnis und sahen hierin in Verbindung mit der allgemeinen Auffassung des Bolschewismus, einen neuen Schritt auf dem Wege zur Annäherung an das Narodniktum. Sie glaubten, ein Bündnis mit den liberalen Gutsbesitzern würde eher dem „Marxismus“ entsprechen als ein Bündnis mit den revolutionären kleinbürgerlichen Parteien.

## VI.

Der erste Parteitag der Bolschewiki lieferte jedoch nicht nur klare politische Losungen. Er bemühte sich auch die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Direktiven zu schaffen durch Beseitigung des organisatorischen Kuddelmuddels, der in den Tagen der Herrschaft des Menschewismus bestand.

Erstens machte der Parteitag der Anarchie in der Parteileitung ein Ende, indem er eine einheitliche Zentralstelle in Gestalt des Zentralkomitees schuf, in das er eine Reihe Praktiker berief, die sich in ihrer illegalen Tätigkeit hervor getan hatten.\*

Zweitens arbeitete der Parteitag ein Statut aus, das die menschewistischen Punkte beseitigte, die auf dem vorangegangenen Parteitage zur Annahme gelangt waren, und den Organisationsprinzipien des Bolschewismus entsprach.

Drittens wurde der Kurs in Richtung der Einbeziehung der fortgeschrittenen Arbeiter in die illegalen Komitees eingeschlagen, die bis dahin fast ausschließlich aus Intellektuellen bestanden.

Viertens unterzog der Parteitag die Frage der Notwendigkeit, die illegale Tätigkeit mit der legalen in Verbindung zu bringen, deren Bedeutung angesichts der Massenbewegung eine gewaltige geworden war, einer klaren Behandlung. Später schrieb Lenin in den „Zwei Taktiken“: „Man muß die legalen und halblegalen Vereine benutzen, um sie nach Möglichkeit in Stützpunkte der künftigen, offen auftretenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland zu verwandeln.“

Fünftens lieferte der Parteitag die Richtlinien an die Parteiorganisationen in bezug auf die Veränderung von Form und Inhalt der Agitation und Propaganda. Nicht Einzelne oder Dutzende sollten von der Agitation und Propaganda erfaßt werden, sondern Tausende und Zehntausende. Einer der Delegierten brachte sogar den Antrag ein, Lenin zu beauftragen, eine Reihe populärer Broschüren zu verfassen.

Es entsprach somit der Beschluß des Parteitages in der Organisationsfrage der allgemeinen Richtung der Parteitagsarbeiten, deren Ziel es war, an Stelle des zersplitterten Organisationssystems eine festgefügte, disziplinierte Partei zu setzen, die sich auf die Massen stützt und die die Massen leitet im Kampfe für den Sturz des Absolutismus. Es war natürlich nicht Schuld des Partei-

\*\* Darunter Rykow u. a. m.

tages, daß die weiteren Ereignisse von 1905/6, die das ganze Werk der Revolution zunichte machten, die Partei einem neuen Organisationschaos entgegenführten.

## VII.

Die Beschlüsse des Parteitages waren, wie wir gesehen haben, gekennzeichnet durch ihre revolutionäre Schwungkraft. Dabei stand der Parteitag die ganze Zeit über auf dem Boden des revolutionären Realismus. So erklärte der Parteitag z. B. offen, daß die Revolution die bürgerliche Ordnung nicht beseitigen, sondern, im Gegenteil, ihrer Entwicklung den Weg ebnen würde. Der Parteitag unterschied streng zwischen den Aufgaben der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, was die Menschewiki durchaus nicht begreifen konnten. Der Parteitag warnte offen die Partei und das Proletariat, wies auf die großen Siegeschancen der Reaktion hin und stellte klar die Frage der beiden Perspektiven der Revolution: entweder völliger Sieg der Revolution oder ihre Niederlage. Indem der Parteitag die Losung der Revolutionsregierung proklamierte, verschwieg er der Partei gegenüber nicht, daß auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Losung gewaltige Hindernisse ständen. Mehr als das: der Parteitag hütete sich sogar, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß bei der Ausnutzung der Früchte des Sieges dem Proletariat die Siegespalme zufallen würde. Fast alle Delegierte stimmten den folgenden Worten Lenins zu, als dieser gegen einige Genossen der Linken polemisierte:

„Ob den Ausgang der Revolution das Proletariat entscheiden wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Das gleiche gilt von der Rolle des Führers. Die Woinowsche Entschließung ist in vorsichtigeren Ausdrücken abgefaßt\*. Die Sozialdemokratie kann den Aufstand organisieren, kann ihn sogar entscheiden, ob ihr aber die führende Rolle gewährleistet sein wird, läßt sich nicht von vornherein sagen; es wird dies von der Kraft, von der Organisiertheit des Proletariats abhängen. Das Kleinbürgertum kann sich als besser organisiert erweisen, seine Diplomaten können sich als stärker — besser vorbereitet erweisen. Der Genosse Woinow ist vorsichtiger, er sagt: „Du kannst ausführen“. „Du wirst ausführen“, sagt der Genosse Michailow\*\*. Vielleicht wird das Proletariat der Revolution den entscheidenden Ausgang geben, aber mit Bestimmtheit läßt sich das nicht behaupten. Die Genossen Michailow und Ssosnowski\*\*\* sind in den Fehler verfallen, den sie dem Genossen Woinow zugeschrieben haben: „Brüste dich nicht, wenn du in den Kampf ziehst.“†

Die gleiche Warnung erteilte Lenin auch in der Frage über das Verhalten gegenüber den Bemühungen der zaristischen Regierung, den Sieg der Revolution durch Schaffung eines Parlamentersatzes in Gestalt der Semstwoversammlung zu vereiteln. Die Mehrheit des Parteitages stimmte dem zu, daß man keine kategorischen Boykottdirektiven in bezug auf

\* Lunatscharski, Referent zu der Frage des bewaffneten Aufstandes.

\*\* Der Delegierte des Nord-West-Komitees, ein damals angesehener bolschewistischer Parteifunktionär.

\*\*\* Dessnitzki-Strojew, Delegierter von Nishni-Nowgorod. Wurde vom Parteitag in das Zentralkomitee gewählt.

† S. die Protokolle des 3. Parteitages der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei S. 182.

derartige Institutionen erteilen könnte. Alles wird von den konkreten Verhältnissen abhängen. Der revolutionäre Realismus, unter dessen Zeichen alle Entschlüsse des Parteitages gefaßt wurden, erleichterte es den Bolschewiki, die richtige Stellung nahezu zu allen Fragen der laufenden Ereignisse einzunehmen. Er trat besonders kraß zutage in den nachfolgenden Monaten, als die Menschewiki angesichts der stürmischen Ereignisse gezwungen waren, eine ganze Reihe Entscheidungen ihrer Konferenz aufzuheben.

### VIII.

In den Beschlüssen des Parteitages paarte sich die wissenschaftliche, auf die materialistische Dialektik sich stützende Analyse der Klassenverhältnisse mit einem tiefen Glauben an die Schöpferkraft der Volksmassen. Das ist der Grund, weshalb die Beschlüsse der menschewistischen Konferenz, die voller Zaghaftigkeit in praktischen Direktiven und voll von nebelhafter Phraseologie in der prinzipiellen Bewertung der Ereignisse war, von Lenin wie folgt qualifiziert wurden: „Es ist das nicht die Sprache von Politikern, es ist die Sprache von Archivaren“. Die Geschichte hat die Richtigkeit der Leninschen Worte bestätigt. Die menschewistische Konferenz ist schon längst ins Archiv gewandert. Die Beschlüsse des ersten bolschewistischen Parteitages dagegen haben sich in zwei russischen Revolutionen bewährt.

In keiner der Etappen der Arbeiterbewegung hat der Bolschewismus auf seine grundlegende strategische Losung verzichtet, die der erste Parteitag der Bolschewiki verkündet hatte: Demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Jedesmal brachte er ihn nur in Verbindung mit den konkreten Aufgaben der Arbeiterklasse, füllte alles mit einem immer tieferen Gehalt an. 1906 verteidigt der Bolschewismus, von dieser Losung ausgehend, die Idee der Nationalisierung des Bodens als wirtschaftliche Grundlage dieser demokratischen Diktatur. In den Jahren des Aufstiegs, 1912/1914, proklamierte der Bolschewismus, in voller Übereinstimmung mit seiner grundlegenden Idee, die Losungen der demokratischen Republik und der Zwangenteignung des Bodens, die das Proletariat an die Spitze des neuen revolutionären Aufstiegs stellen soll. Als der Krieg in vollem Gange war, als die Konturen der neuen Revolution zutage zu treten begannen, bestätigte Lenin erneut in seinen berühmten Thesen vom Oktober 1915 die Realität der früheren Losung. „Den sozialen Inhalt der nächsten Revolution in Rußland kann nur die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bilden. Jetzt jedoch sind die Aufgaben der Arbeiterklasse komplizierter als vor zehn Jahren, als der Parteitag zum ersten Male diese Losung verkündete. Jetzt ist es „die Aufgabe des Proletariats in Rußland“, die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bis ans Ende durchzuführen, um (von Lenin in Sperrdruck hervorgehoben) die sozialistische Revolution in Europa zu entfachen.

Es beginnt die Revolution von 1917. Der Bolschewismus bestätigt aufs neue die Richtigkeit seiner grundlegenden strategischen Richtungslinie. Was einigen als ideelle Umbewaffnung erschien — Ersetzung der Losung der demokratischen Diktatur durch die Losung „die ganze Macht den Räten“ — war in Wirklichkeit bloß die Anwendung allgemeiner Ideen des Bolschewis-

mus, die in ihren Grundzügen vom ersten Parteitag ausgearbeitet worden waren, in bezug auf eine neue konkrete revolutionäre Situation. Als die Arbeiterklasse und die Bauernschaft Rußlands zur Macht gelangten, erteilte der Inspirator des ersten bolschewistischen Parteitages, der Genosse Lenin, mit Recht Kautsky die folgende Antwort in bezug auf das Urteil der Geschichte über die Beschlüsse des Parteitages:

„Und es kam, wie wir gesagt hatten. Der Verlauf der Revolution hat die Richtigkeit unserer Argumentation bestätigt. Zunächst im Verein mit dem „gesamten“ Bauerntum gegen die Monarchie, die Gutsbesitzer, das Mittelalter (und so weit bleibt die Revolution eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische). Nachher, zusammen mit den ärmeren Bauern, mit den Halbproletariern, mit allen Ausgebeuteten, gegen den Kapitalismus, einschließlich der Großbauern, Wucherer, Spekulanten, (und hier wird die Revolution zu einer sozialistischen).“\*

---

\* S. N. Lenin „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky, Vulkan-Verlag, Leipzig 1919, S. 65.

M. T.:  
EN TSUNG YEN,  
DIE POLITIK DER OFFENEN TÜR\*

Angesichts des gewaltigen, nie dagewesenen Kampfes, der gegenwärtig das 400 Millionen Einwohner zählende China und mit ihm die ganze übrige Welt erschüttert, verdient das Buch des chinesischen Professors En Tsung Yen, zur Zeit Lehrer der chinesischen Sprache an der amerikanischen Universität Georgetown, besondere Beachtung.

Der Verfasser gehört, seiner Arbeit nach zu urteilen, zu jenem Teile der chinesischen Intellektuellen, die, durch kulturelle und materielle Fäden gebunden (in diesem Falle der Dienst an einer westlichen Universität), die Stellung einer gemäßigten Opposition der Halbheiten gegenüber den das chinesische Volk knechtenden Imperialisten einnehmen. En Tsung Yen hebt die Chinapolitik des amerikanischen Imperialismus, in dessen Schatten er lebt, als die ehrlichere und fast freundschaftliche in bezug auf China hervor. Er behauptet sogar einleitend in dem Buche, daß „die Vereinigten Staaten das einzige Land seien, das wesentliche Interessen im (Fernen) Osten habe, trotzdem aber hätten sie sich die Hände rein gehalten“. Er widmet sein Buch sogar dem Andenken des amerikanischen Staatssekretärs John Hay, der im Jahre 1899 die sogenannte „Politik der offenen Tür“ in China verkündete.

Trotzdem bleibt das Buch jedoch interessant. Es ermöglicht, sich darüber zu orientieren, weshalb diese Stimmungen in bezug auf die amerikanischen Imperialisten von wesentlichen Kreisen der chinesischen Gesellschaft geteilt werden, auch jetzt noch, in dem Augenblick des entbrannten heiligen Hasses gegenüber den englischen, japanischen und anderen Bedrückern, eines Hasses, der das ganze chinesische Volk erfaßt hat. Das Buch liefert auch ein reichhaltiges, gewissenhaft durch Dokumente bekräftigtes Material über das Ringen um den Einfluß in China seit Ende des vorigen Jahrhunderts bis zur Washingtoner Konferenz einschließlich, in Verbindung mit der sogenannten „Politik der offenen Tür“. Außerdem kennzeichnet das Buch, wie wir weiter unten sehen werden, das innere Mißtrauen gegenüber dem imperialistischen Westen, das selbst in jenen Schichten der chinesischen Intellektuellen tiefe Wurzel gefaßt hat, die zum Teil unter den Einfluß dieses oder jenes imperialistischen Landes geraten sind.

Worin besteht das Geheimnis der „Politik der offenen Tür“ in China, die der amerikanische Imperialismus predigt und die bis zu einem gewissen Grade bestimmte chinesische Kreise für sich gewinnt? In dem vorliegenden Buch finden wir wertvolles, zur Klärung dieser Frage notwendiges Material.

Das Ende des vorigen Jahrhunderts verläuft in der internationalen Politik unter dem Zeichen großer Besitzergreifungen seitens der imperialistischen Mächte in China. Das zaristische Rußland riß in Nordchina eine Position nach der anderen an sich; der japanische Druck in China mündete schließlich in den Krieg von 1894/1895, durch den China der Formosainseln verlustig ging und der den Boden für neue, noch zynischere Raubtaten bereitete. Die Engländer, die englischen Imperialisten, eroberten, nach der Besitzergreifung von Hongkong und von wichtigen Positionen in Schanghai, Kanton u. a. Hafenstädten im „Opiumkrieg“ (1839—1841), 1885 Burmah — ein Gebiet im Süden Chinas, das unter dem Schutze von China stand. Die Franzosen rissen nach der Annexion von

\* Stratford Co., Boston.

Gebieten in Indochina (1867) im Kriege von 1884 Tongkink an sich und erweiterten ihre Besitzungen in Indochina. Deutschland hatte kaum den Weg des Imperialismus in internationalem Maßstabe beschritten, als es auch schon durch Anleihen und diplomatische Interventionen den Boden für den frechen Raub von 1898 vorzubereiten begann. Es folgten endlich die Ereignisse jenes Jahres, wo die gierige Meute aller europäischen Imperialisten sich auf das unglückliche China stürzte, um es in Stücke zu reißen: Deutschland riß das gewaltige Territorium an der Bucht von Kiautschou an sich, Rußland Port Arthur und Dalnij, Frankreich Kwangtschou und England Weihawei.

Welches war nun die Politik der Vereinigten Staaten in jener Zeit? Bis zum Kriege mit Spanien (April/Juni 1898) hatten die Vereinigten Staaten zwar erhebliche kommerzielle und politische Interessen in China, waren aber zu sehr mit dem Verdauen der inneren Schätze des eigenen gewaltigen Territoriums beschäftigt, als daß sie eine energische aggressive Kolonialpolitik hätten führen können. Aber der Appetit kommt beim Essen. Der Sieg über Spanien und die darauf folgende Besitzergreifung der Philippinen und der Hawaii-Inseln im Fernen Osten (Kubas und Porta-Ricos im Caraibischen Meer) — alles das bereitete ein energisches Vorgehen der Vereinigten Staaten in der chinesischen Frage unter der Losung der „offenen Tür“ vor. In der Zirkularnote des Staatssekretärs Hay an die Mächte vom 6. September 1899 wurden im wesentlichen folgende Grundsätze aufgestellt:

Im Bereich der sogenannten „Einflußsphären“ dürfen die Staaten, die dort einen vorherrschenden Einfluß genießen,

1. anderen Interessen (lies: amerikanischen) keine Hindernisse bereiten;
2. den chinesischen Behörden das Zollwesen nicht aus der Hand nehmen, um mit seiner Hilfe die eigenen Staatsbürger zu begünstigen zum Nachteil der anderen;
3. keine höheren Eisenbahn- und Hafentariife festsetzen als für die eigenen Staatsbürger.

Wir sehen somit, daß die Vereinigten Staaten, obgleich post factum gezwungen, die bereits angeeigneten „Einflußsphären“ anzuerkennen, dennoch kühn einen ziemlich engen Rahmen entwarfen, aus dem jene imperialistischen Länder nicht heraustreten sollten, denen es gelungen war, sich festzusetzen.

Diese Politik fand ihre Erklärung darin, daß es für die Vereinigten Staaten in der damaligen Situation (wie auch jetzt wieder) vorteilhafter war, als Beschützer und Freund Chinas aufzutreten, der die Konkurrenten, denen es bereits gelungen ist, ein gehöriges Stück an sich zu raffen, ein wenig im Zaume hält. Es war für sie vorteilhafter, die Voraussetzungen für den Handel mit ganz China und für die Ausbeutung von ganz China zu schaffen, als diese oder jene „Einflußsphäre“ an sich zu reißen. (Obgleich einige Politiker schon damals die Besitzergreifung von einem Stück chinesischen Bodens anstrebten.)

Das ist der wahre Grund für die berühmte „Politik der offenen Tür“. Der Verfasser, dem es vermutlich nicht ganz bequem ist, den amerikanischen Imperialisten die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern, gibt der Frage diese klare Fassung nicht.

Aber auch die amerikanische Politik China gegenüber, die auf den ersten Blick weniger brutal erscheint als die Politik der anderen imperialistischen Staaten, wird immer aggressiver. In den Jahren 1900/01, während des Boxeraufstandes, blieben die Vereinigten Staaten, im Gegensatz zu ihrer Taktik während des Krieges zwischen den europäischen Staaten und China im Jahre 1857, schon nicht mehr abseits stehen, sondern sie beteiligten sich neben den anderen Staaten an dem Feldzuge gegen Peking zum Schutze des gesetzlichen Handels der amerikanischen Bürger. (Im Zeitraum 1890/97 hatte sich der Umfang des amerikanisch-chinesischen Handels nahezu verdreifacht — 30,3 Millionen gegen 11,8 Millionen Taels.) Die Vereinigten Staaten beteiligten sich auch an der Aufhalsung

einer räuberischen Kontribution auf China, wobei sie sich von der Gesamtsumme 24 Millionen Dollars zusprechen ließen. Die amerikanische „Humanität“ kam darin zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten sich gegen neue Besitzergreifungen von Landesteilen aussprachen, die einen größeren Nutzen für jene Mächte bedeuteten, die schon früher in China eingedrungen waren.

Ein wenig später, im Jahre 1903, erklärte Präsident Roosevelt bereits in San Francisco offen, daß die Vereinigten Staaten die Hegemonie im Fernen Osten erlangen müßten. Im gleichen Jahre setzte Roosevelt eine kleine „Revolution“ in Panama in Szene, und nach einem zehnjährigen Kampfe gegen die europäischen Mächte riß er den Schlüssel zum Stillen Ozean an sich.

Gleichzeitig kämpften die Vereinigten Staaten mit Macht gegen das Eindringen Englands und des zaristischen Rußland nach China an, sowie nach dem russisch-japanischen Kriege — gegen den übermütig gewordenen Sieger Japan. Im Oktober 1906 zwingen die Vereinigten Staaten Japan noch einmal, das sogenannte „Prinzip der offenen Tür in China“ anzuerkennen (Abkommen Root-Takachir), verpflichten sich aber gleichzeitig, die „territorialen Besitzungen“ Japans in China sowie den „status quo im Gebiete des Stillen Ozeans zu achten“. 1917 unternimmt die Washingtoner Diplomatie noch einen Versuch, den Eroberungseifer des übermütigen Rivalen in China zu zügeln. Japan machte sich bekanntlich den Krieg zunutze, um in der Form eines auf zwei Tage befristeten geheimen Ultimatums an China die berüchtigten 21 Forderungen (vom 7. Mai 1915) zu stellen, die im wesentlichen auf die freche Zumutung hinausliefen, China unter das Protektorat von Japan zu stellen. Amerika konnte sich damit natürlich nicht einverstanden erklären, aber gewiß nicht aus Sympathie für China. Es legte sofort (am 16. Mai) gegen die Verletzung des Prinzips der offenen Tür durch Japan Verwahrung ein, aber am 25. Mai bereits unterzeichnete das auf die Knie gezwungene China die japanischen Bedingungen.

Als späterhin unter dem „großen Pazifisten“ Wilson, die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg hineingezogen wurden, um „die Welt für die Demokratie zu sichern“ (to make the world safe for the democracy), nahmen sie sich selbst in hohem Maße die Möglichkeit, auf ihren „heldenmütigen Verbündeten“ — Japan — einzuwirken, der unter dem Lärm dieses großen Kampfes um die „Demokratie“ immer frecher in China vordrang. Am 2. Januar 1917 wurde ein Kompromiß, das „Gentlemen-Abkommen“ Yschii-Lansing unterzeichnet. In diesem „nicht formellen“ Verträge gab Japan einerseits nochmals das „feierliche“ Versprechen, das Prinzip der offenen Tür in China zu respektieren, während Amerika gleichzeitig der japanischen Diplomatie eine so gefährliche Waffe in die Hand drückte, wie die Zuerkennung von „Sonderinteressen“ (special interests) Japans in China. Allerdings gaben hinterher die Vereinigten Staaten das Signal zum Rückzug. Lansing erklärte in der Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten vom 11. August 1919: „Wir haben natürlich anerkannt, daß Japan, angesichts seiner geographischen Lage, besondere (peculiar) Interessen in China hat, aber diese Interessen sind ihrer Natur nach keine politischen Interessen. Die Gefahr, Sonderinteressen zu sanktionieren, besteht in der Auslegung derselben; daher habe ich es abgelehnt, eine solche Erklärung abzugeben.“ (In dem offiziellen Verträge.)

Gleichzeitig erklärte Lansing in einer Unterhaltung mit Yschii, daß, falls die „Sonderinteressen“ als „überwiegende Interessen“ (paramount interests) gedeutet werden sollten, er eine Erörterung dieser Frage ablehnen würde.

Es handelt sich natürlich nicht um Philologie, um den Unterschied zwischen den Varianten „Sonder-“, „Überwiegend“, „Politisch“ u. a. m., sondern darum, daß in dem Maße, wie die Vereinigten Staaten infolge des Krieges erstarkten, ihre Chinapolitik immer aggressiver

wurde, wenn nicht in der Form, so doch in ihrem Wesen. Dementsprechend versuchten sie, Japan den ihm bei einem ungünstigen Spiel überlassenen Trumpf zu entreißen.

Die Weigerung des amerikanischen Kongresses, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, erklärt sich nicht zum geringsten aus der Unzufriedenheit darüber, daß Wilson vor der japanischen Diplomatie den Rückzug angetreten hatte, indem er dem Übergange einer in wirtschaftlicher, politischer und strategischer Hinsicht so überaus wichtigen Position wie Schan-tung, Kiaut-schou an Japan zustimmte. (Dieses Gebiet, das Deutschland 1898 von China annektiert hatte, wurde während des Weltkrieges Deutschland durch Japan entrissen unter der „feierlichen“ Verpflichtung, es an China zurückzugeben.)

Die Vereinigten Staaten revanchierten sich gegenüber Japan auf der Washingtoner Konferenz. Der sogenannte „Vertrag der neun Mächte“ über die Politik im Fernen Osten bereitete die Nichtigkeitserklärung des Abkommens Yschli-Lansing vor. (März 1923.)

Amerika spielte hier die Rolle eines großmütigen, uneigennütigen Freundes von China. Es zwang Japan, sich unter bestimmten Bedingungen mit der Räumung von Schan-tung und dem Verzicht auf einige wesentliche, aus den 21 Forderungen sich ergebende Vergünstigungen abzufinden. Amerika setzte auch mehrere Resolutionen durch mit dem Versprechen, China in den Fragen der Exterritorialitätsrechte der Mächte, der Erhöhung der Zollabgaben, der chinesischen Post an Stelle der ausländischen usw. Zugeständnisse zu machen. Unter dem Druck von Amerika wurden nebelhafte, zweideutige Deklarationen Englands und Frankreichs darüber bekanntgegeben, daß sie „beabsichtigten“, China Wei-hai-wei und Kwang-tschou-wan zurückzugeben, „sobald die Umstände“ usw. usw.

Der Verfasser des vorliegenden Buches spricht von den Ergebnissen der Washingtoner Konferenz als von „bedeutenden Errungenschaften“ für China. Er ist sehr befriedigt, daß das Prinzip der offenen Tür, das nach seiner Meinung gleichbedeutend ist mit einer Souveränität Chinas, auf der Konferenz den Sieg davongetragen hat, und daß China zu der „vornehmen Familie“ der hohen Diplomaten in Washington zugelassen wurde (er erwähnt u. a. nicht die Fernhaltung Sowjetrußlands, die sich in hohem Maße durch die Furcht vor einer Unterstützung Chinas durch die Sowjetdelegation erklärt).

Es ist jedoch bezeichnend, daß selbst ein solcher Vertreter der chinesischen Intellektuellen, wie der Verfasser es ist, sein Buch mit den folgenden Gedanken schließt:

„Die Tatsachen bestätigen jedoch nicht die These, daß das Problem des Fernen Ostens durch die Washingtoner Konferenz befriedigend gelöst worden sei. Wie oft haben die Mächte in der Vergangenheit versprochen, die Unabhängigkeit Chinas, seine Souveränität, die territoriale und administrative Ungeteiltheit zu respektieren? Wie oft haben sie in Wirklichkeit nach den feierlich verkündeten Prinzipien gehandelt? Diese Deklarationen sind mitunter (nicht immer? M. T.) — Fetzen Papier“ . . .

Der Verfasser kommt letzten Endes zu dem ganz richtigen Schluß, daß die erste Vorbedingung für eine Lösung der chinesischen Frage „die Erringung der Position einer Großmacht“ ist.

Weiterhin liefert der Verfasser, der scheinbar das Spiel der „hohen Diplomatie“ mit den Vereinigten Staaten aufgibt, einen Beweis dafür, daß er dieses „große Prinzip“ der offenen Tür, das angeblich auf der Anerkennung der vollen Souveränität Chinas beruht, nicht für bare Münze nimmt:

„Die Unabhängigkeit und Integrität einer schwachen Nation zu proklamieren, ist von seiten der starken Mächte die alte Politik des Gleichgewichts der Kräfte, und auf China angewendet, ist sie durchaus nicht neu. Die Mächte wandten sie auch der Türkei, Persien und anderen schwachen Völkern gegenüber an. Man kann diese Politik verschieden formulieren; eine dieser Formulierungen ist die „Politik der offenen Tür“ . . . Dieser Politik liegt die Tatsache zugrunde, daß ein schwaches Volk vorhanden ist, das

der eine Teil der starken Völker berauben will, während der andere Teil — um den ersten zurückzuhalten und das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten — es zu schützen bereit ist.“

Hier ist, wie wir sehen, eine ganz andere Behandlung der Frage. Hier beginnt unser Publizist, wie man so sagt, auf den Grund der Dinge zu schauen. Er ist auch im Recht, wenn er sagt:

„Trotz der Schwäche, der Finanzkrise, der schlechten Verwaltung, der inneren Wirren und des Druckes der fremden Staaten, ist die Lage in China durchaus nicht hoffnungslos. Mehr als das. Die Zukunft flößt vollen Optimismus ein“ . . .

„Die potentielle Größe Chinas — reiche Naturschätze, eine günstige geographische Lage, die Werte Chinas als eines Volkes . . . das auf eine Geschichte von fünf Jahrtausenden zurückblickt und . . . ein Viertel der ganzen Menschheit umfaßt — das alles gibt berechtigten Grund zum Optimismus.“

„Die Modernisierung Chinas ist kein Traum . . . Unter dem Drucke des gegenwärtigen sozialökonomischen Systems und sogar der furchtbaren Folgen des Krieges, wird das chinesische Volk bald in dieses komplizierte kapitalistische System hineingezogen werden . . . Die Ausbeutung der Naturschätze in China, die Einführung von Maschinen, der Bau von Fabriken, das Anwachsen von Kapital und Arbeit zusammen mit ihren Problemen, die Veränderung der sozialen, ökonomischen und politischen Ordnung . . . dies alles wird nicht lange auf sich warten lassen.“

In der Tat, die jetzigen, wahrhaft gewaltigen historischen Ereignisse in China bestätigen, daß die Entwicklung vorwärtsschreitet und dort in einem so raschen, sich überstürzenden Tempo vorwärtsschreiten wird, das sogar vorauszu sehen schwierig sein wird. Im Prozesse dieser Entwicklung werden die Kräfte geboren, die die unentschlossenen, schwankenden chinesischen Intellektuellen, die der Verfasser vertritt, beiseiteschieben werden, und die mit fester Hand das Steuer der chinesischen national-revolutionären Bewegung in die Hand nehmen werden.

Das kürzlich veröffentlichte Manifest der chinesischen Kommunistischen Partei zeugt davon, daß diese Kräfte vorhanden sind und wachsen. Die Vorhut der chinesischen revolutionären Kräfte gibt sich schon keinerlei Illusionen mehr hin von wegen einer „Mission“ Amerikas in China und seiner Politik der „offenen Tür“.

„Das Auftreten Amerikas bedeutet nicht“, so lesen wir in diesem Manifest, „daß es in Wirklichkeit zu Zugeständnissen bereit ist; Amerika bemüht sich nur, sich mit Hilfe schöner Gesten eine privilegierte Stellung auf dem chinesischen Markt zu schaffen. Die Washingtoner Konferenz, die so viel versprochen und so wenig geleistet hat, hat die chinesischen Volksmassen enttäuscht; sie werden sich nicht mehr durch leeres Geschwätz irreführen lassen.“

Das Manifest erhebt die Forderung nach Annullierung der Verträge ohne Gleichberechtigung, nach Entwaffnung jener chinesischen Generale, die es ablehnen, gegen die ausländischen Räuber zu kämpfen. Sie fordern die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, die Demokratisierung des Landes, die Legalisierung der Gewerkschaften und des Streikrechtes, die Zwangsentziehung des Grund und Bodens der Gutsbesitzer, die Schaffung eines Fonds für Volksbildung usw.

Diese Losungen zeugen davon, daß die vorgeschrittenen Kräfte Chinas tatsächlich am Werke sind. Sie wollen eine Gemeinschaft mit dem neuen Westen und seinen neuen revolutionären Ideen. Sie wollen auch die offene Tür Chinas, und sie wollen sie sogar weit öffnen, um erst einmal die in das chinesische Haus eingedrungenen Plünderer hinauszuschmeißen und dann den großen Ideen weiten Eingang zu verschaffen, die den alten Kräften imperialistischer Knechtung den Tod bringen.

B. L.:

## ROSA LUXEMBURG, EINFÜHRUNG IN DIE NATIONALÖKONOMIE

Dieses neuerdings veröffentlichte Fragment aus dem literarischen Nachlaß von Rosa Luxemburg ändert in keiner Weise die objektiv-geschichtliche Position, die die gereifte kommunistische Bewegung Rosa Luxemburg zugewiesen hat, hebt jedoch die außerordentlich subjektiven Fähigkeiten der Autorin vielleicht besser hervor als alle ihre bisher publizierten Arbeiten. Diese Fähigkeiten — die Fähigkeiten eines großen Propagandisten —, die lebendige, jede fade Wiederholung meidende Popularisierung der Marx'schen Gedanken, eine farbige, kräftige und doch fein differenzierte Darstellungsweise und das ständige Bestreben, den Marxismus auf immer neuer Stufe zu reproduzieren, stammen natürlich nicht nur aus psycho-biologischen Gegebenheiten, sondern hängen mit dem Lebensweg von Luxemburg und seiner geschichtlichen Umstände engstens zusammen.

Heute, 1925, nach einer sechsjährigen „Selbstverständigung“, ist es unzweifelhaft, daß nicht R. L. die geschichtliche Mission zuteil geworden ist, der deutschen und dadurch der ganzen europäischen sozialdemokratischen Bewegung die Ergebnisse und die neuen Gesichtspunkte der russischen Revolution zu vermitteln. Im Gegenteil: ihr theoretisches Lebenswerk ist gerade die Basis jener offenen und versteckten Opposition, die eine aus den historischen Schranken der deutschen Arbeiterbewegung entstammende vollständige oder teilweise Verständnislosigkeit der russischen Revolution gegenüber zum Ausdruck bringt.

Kautsky gegenüber, dem Ideologen des deutschen Parteivorstandes, konnte Rosa Luxemburg, eben infolge ihrer engen Verbindung mit den russischen und polnischen revolutionären Bewegungen, jene deutschen Proletariatsmassen ideologisch repräsentieren, die an dem Prozeß der allmählichen Organisierung und der ideologischen Erstarkung der Arbeiteraristokratie — aus verschiedenen Gründen — nicht teilgenommen haben. Einerseits hat das die allzu abstrakte politische Einstellung und den unleugbaren organisatorischen Dilettantismus des Luxemburgismus verursacht. Andererseits, gerade weil die wirkliche Orthodoxie des Marxismus notwendigerweise die ideologische Form der Opposition geworden ist und gerade weil der literarisch-ideologische Kampf den Hauptteil der Tätigkeit der Opposition ausmachte, hat diese durch das Aufwerfen von neuen Fragen die Arbeiterbewegung und die marxistische Gesellschaftskritik theoretisch herausgehoben aus dem Morast, in den sie durch den Kautskyanismus geraten war. Der fast zauberhafte Einfluß von Rosa Luxemburg in den revolutionären proletarischen Bewegungen am Ende des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege nährte sich aus zwei Quellen: 1. in den Augen der europäischen Massen war sie es, die der russischen Revolution am nächsten stand; sie erschien als das geeignetste Bindeglied zwischen der russischen und der mittel-europäischen Revolution; 2. ihre theoretischen Arbeiten bildeten ein geschlossenes „System“, das am Beginn der proletarischen revolutionären Massenbewegung notwendigerweise an Stelle der zusammenstürzenden sozialdemokratischen Ideologie trat. Die „Einführung in die Nationalökonomie“, die nationalökonomischen Vorträge von Rosa in der

deutschen Parteischule, sind zweifellos ein revolutionäres Werk. Das Buch, das von Paul Levi herausgegeben und mit einem ebenso wichtiguerischen als loeren Vorwort versehen wurde, beginnt mit dem Kapitel: „Was ist die Nationalökonomie?“, um sich dann den „Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft“ zuzuwenden. Dieses Werk illustriert die ganze historische Tragik Rosas: schon diese Einteilung ist vielsagend. Als Anfang eine außerordentlich feine und scharfe Analyse der Definierung der bürgerlich ökonomischen Wissenschaft (Roscher, Schmoller, Bücher usw.), und darauf ein Versuch, die proletarische Taktik wissenschaftlich-ökonomisch zu begründen.

In der Hand Kautskys sind „Karl Marx' ökonomische Lehren“ hauptsächlich zur Erklärung des Prozesses der deutschen Kapitalisierung notwendig, er sieht seine Aufgabe darin, „Leitfaden“ und Auszüge zu fabrizieren. Dagegen sieht Rosa: In Marx' ... schlägt die Wissenschaft über die Produktionsweise des Kapitals in die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus um“. Für sie ist die marxistische Ökonomie „die unentbehrliche Grundlage der proletarischen Aufklärung“. „Das letzte Kapitel der national-ökonomischen Lehre ist die soziale Revolution des Weltproletariats.“ Wie anders ist deshalb die Popularisierung bei ihr als bei Kautsky. Die Marxschen Kategorien, die Ergebnisse eines mächtigen Abstraktionsprozesses, werden nicht zu toten Schemata, sondern füllen sich mit den Ereignissen des aktuellen Lebens. Vor der Erörterung dieser Kategorien befindet sich eine Auseinandersetzung mit den Vertretern der bürgerlichen Ökonomie über das Wesen der Nationalökonomie und über den Gegenstand der ökonomischen Forschung, sowie zwei lange Abhandlungen über den wirtschaftsgeschichtlichen Platz der urkommunistischen Gesellschaft — entgegen der bürgerlich wissenschaftlichen Arbeit von Morgan und der Cunowschen „Soziologie“ —, um die ganze heutige Zivilisation, mit ihrem Privateigentum, ihrer Klassenherrschaft, die Männerherrschaft, dem Zwangsstaat und der Zwangsehe, bloß als kurze, vorübergehende Phase darzustellen. Leider enthält das Buch nur einzelne, außerordentlich wertvolle, die Grundbegriffe des Marxismus (Lohngesetz, Wesen der Warenproduktion) behandelnde Fragmente. Aber auch so demonstriert das vorhandene Material genügend den Niveau-Unterschied gegenüber Kautsky.

Die Professoren der bürgerlichen Ökonomie des deutschen Imperialismus zeichnen sich in ihrem systematischen Vulgarisieren bzw. vulgären Systematisieren durch besondere Verwischung und Verworrenheit der Begriffe aus. Der aufstrebende deutsche Kapitalismus ist nicht der Anfangskapitalismus, der selbstgenügsame Kapitalismus Englands von vor 100 Jahren, und die Stufe des Klassenbewußtseins des Proletariats ist auch viel höher, als die der englischen Lohnarbeiterklasse seinerzeit war. Der zweite Umstand, die gleichzeitige Entwicklung des deutschen Sozialismus mit dem deutschen Kapitalismus, hat jede wissenschaftliche Objektivität, jeden ernsten Forschungsgeist gefesselt und verhindert sogar auch die Aufwerfung des wissenschaftlichen Problemkreises, die dem ersten Umstand entstammt, nämlich: die Analyse des Phänomens der Weltwirtschaft mit den Waffen der klassischen Ökonomie. Gegenüber dem „Volkswirtschaftsbegriff“ des „immer vollkommeneren Mikrokosmos“ weist Rosa daraufhin, daß: „hinter den trockenen Hyrogllyphen des internationalen Handels ein ganzes Netz von wirtschaftlichen Verschlingungen steckt, die mit dem einfachen Warenaustausch, der allein für die Professorialweisheit existiert, nichts zu tun haben.“

Nicht die Ökonomen des deutschen Kapitalismus, auch nicht die Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, wohl aber die Ideologin der unorganisierten deutschen Proletarieropposition warf die Frage auf: was ist prinzipiell neu in der: „ungeheuren Ausdehnung des Herrschaftsbereiches des Kapitals, in der Ausbildung des Weltmarktes und der Weltwirtschaft.“

Aber umsonst war das zentrale Problem des Lebens von Rosa Luxemburg, die Bestimmung des richtigen Verhältnisses „zwischen Taktik und Prinzip“. Auf Grund ihrer falschen taktischen und organisatorischen Position konnte sie keine richtige Beleuchtung der Prinzipien der imperialistischen Weltbewegung des Kapitalismus, mit andern Worten, der kapitalistischen Entwicklungstendenz geben: die wissenschaftliche Begründung der revolutionären Taktik.

Rosa Luxemburg ist das Kind jenes Zeitalters, da die Arbeiterbewegung nach den Worten Lenins sich noch in den Reformismus und Anarchismus teilte. Wenn das auch der ganzen Tätigkeit Rosa Luxemburgs seinen Stempel aufdrückte, so war sie doch ein „Adler“, der sich hoch über dem Sumpf der deutschen Sozialdemokratie erhob. Die Einführung in die Nationalökonomie“ ist eine neue Bekräftigung des Urteils von Lenin.

ENDE AUGUST ERSCHEINT:

# Rosa Luxemburg

## GEGEN DEN REFORMISMUS

Gesammelte Werke / Band III

Herausgegeben von  
C. ZETKIN und A. WARSKI

Eingeleitet und bearbeitet von  
PAUL FRÖLICH

### AUS DEM INHALT:

Die reformistischen Theorien / Sozialreform oder Revolution?  
Probleme des Reformismus und Debatten / Erläuterungen  
über die Taktik / Miliz und Militarismus / Reden zur Zoll-  
politik / Die Bundesgenossen des Reformismus / Die  
reformistische Praxis / Der Ministerialismus in Frankreich  
Die süddeutsche Fronde / Das bayrische Wahlkompromiß  
Badische Budgetabstimmungen / Das Stichwahlabkommen 1912

Umfang ca. 400 Seiten

Ein Stück des unerbittlichen und unermüdlichen Ringens der genialen revolutionären Führerin gegen Theorie und Praxis des Reformismus ist in diesem Band enthalten. Neben bekannten Veröffentlichungen wie „Sozialreform oder Revolution?“ (deren Text nach der ersten Auflage wieder hergestellt wurde) erscheinen eine ganze Reihe von verschollenen, äußerst wichtigen und interessanten Arbeiten Rosa Luxemburgs. In der Einleitung und in Vorbemerkungen zu den einzelnen Abschnitten wird der historische Hintergrund jener Waffengänge der gefallenen Führerin gezeichnet. — In diesen Aufsätzen Rosa Luxemburgs werden scharfe Waffen gegen die reformistische Entartung der Arbeiterbewegung geliefert

---

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGSANSTALTEN  
BERLIN SW 61 G. M. B. H. PLANUFER 17.

1917  
**UM DEN OKTOBER**

---

Mit Beiträgen von  
**TROTZKI / SINOWJEW / BELA KUN  
STALIN / BUCHARIN / KUUSINEN**

327 Seiten

Brosch. 3,— Mark

Gebunden 4,— Mark

---

**DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE**

---

Erstes Halbjahr / Heft 1 bis 6 mit aus-  
führlichem Register und Inhaltsverzeichnis

Preis gebunden 10,— Mark

Einbanddecke und Register gesondert 1,— Mark

**VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER**